

Preußische Allgemeine

Nr. 27 · 5. Juli 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Der nächste Sturm zieht auf

Um die Bauern war es zuletzt still geworden. Doch ihr jüngster Verbandstag zeigt, dass ihre Unzufriedenheit über die Agrarpolitik der Ampel weiter anhält Seite 2



Motto Wie die Ungarn Europa „great again“ machen wollen Seite 3



Wilhelmshöhe Kassels Domizil der Herrscher dreier Reiche Seite 11

FOTOS: SHUTTERSTOCK, ACTION PRESS, MICHAEL INHOFF VERLAG

VON RENÉ NEHRING

Wir leben in wahrhaft historischen Zeiten. Während in Deutschland die Ampelparteien in jüngsten Meinungsumfragen nur noch auf etwa 30 bis 31 Prozent kommen (fast 20 Prozentpunkte weniger als bei der letzten Bundestagswahl), und damit zusammen nur noch so stark sind wie die Union aus CDU und CSU allein, erlebte Frankreich bei der vorgezogenen Parlamentswahl am vergangenen Wochenende einen politischen Erdbeben. Der rechtspopulistische „Rassemblement National“ (RN, deutsch: Nationale Sammlungsbewegung) und die linkspopulistische „Nouveau Front populaire“ (Neue Volksfront) gewannen zusammen mehr als 57 Prozent der Stimmen, das zentristische Bündnis von Präsident Macron, „Ensemble pour la majorité présidentielle“ (Gemeinsam für die Mehrheit des Präsidenten), holte lediglich 20 Prozent. Damit rückt der Albtraum des politischen Establishments, der Verlust der Macht an den RN und dessen Vorsitzende Marine Le Pen, in greifbare Nähe.

Da die Abgeordneten zur Pariser Nationalversammlung mit Mehrheitswahlrecht gewählt werden, steht deren künftige Zusammensetzung erst nach dem kommenden Sonntag fest. In der dann stattfindenden Stichwahl haben die Bürger eines Wahlkreises die Wahl zwischen den beiden erstplatzierten Bewerbern der ersten Runde sowie weiteren Kandidaten, deren Ergebnis im ersten Wahlgang mindestens 12,5 Prozent der Stimmberechtigten in diesem Wahlkreis entsprach.

Mit Linksaußen gegen Rechts

Um den befürchteten Durchmarsch Le Pens zu verhindern, erklärten führende Vertreter des linken Lagers und des zentristischen Macron-Blocks umgehend, bei den Stichwahlen ihre jeweils eigenen Kandidaten in den Wahlkreisen zurückzuziehen, in denen der Bewerber einer anderen

Die Krise des Establishments ist keine Krise der Demokratie

Nach dem Wahlerfolg Le Pens wird allerorten vor den Populisten gewarnt – doch über den Verlust des Vertrauens in die politische Mitte geschwiegen

Partei bessere Chancen hätte, den Vertreter des „Rassemblement National“ zu schlagen. Auch wenn diese Taktik nicht von allen Politikern der Mitte gutgeheißen wird – der frühere Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire etwa erklärte, dass das linkspopulistische Lager für ihn genauso inakzeptabel sei wie das rechtspopulistische –, so befremdet einmal mehr, wie selbstverständlich Vertreter der bürgerlichen Mitte bereit sind, Bündnisse mit Linksaußenpolitikern, darunter Kommunisten, die unzweifelhaft eine andere Gesellschaftsordnung anstreben, als „Rettung der Demokratie“ zu preisen.

Dieses Phänomen ist auch in Deutschland bekannt. Während zur AfD selbst in ihren Anfangstagen, als sie noch von wirtschaftsliberalen Köpfen geprägt war, Barrieren errichtet wurden, die inzwischen gar zu „Brandmauern“ ausgebaut wurden, gilt das linkspopulistische Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) umgehend als salon- und vor allem koalitionsfähig, obwohl dessen Stifterin jahrelang Mitglied der „Kommunistischen Plattform“ der PDS gewesen war und sich bis heute um eine klare Distanzierung vom Unrecht der DDR-Diktatur herumdrückt.

Auch in Deutschland lautet die gängige Erzählung vielerorts, um die „rechte Gefahr für die Demokratie“ abzuwehren, müssten zur Not auch Bündnisse des Mitte-Lagers mit Linksaußen möglich sein. Wobei in der Mitte niemand zu merken

scheint, dass mit dieser Notstandsrhetorik das linke Lager eine weitaus größere Macht erhält, als ihm gemäß der Wahlergebnisse eigentlich zustünde. So erhalten die Deutschen seit rund zwei Jahrzehnten in nahezu allen Bereichen eine deutlich linke und vor allem grüne Politik, obwohl Sozialdemokraten und Grüne so gut wie nirgendwo eine Mehrheit hatten.

Entscheidend ist Volkes Wille

Zurück zur angeblichen „Gefahr für die Demokratie“. Diese meint dem Wortsinn nach „Herrschaft des Volkes“ und ist in der Praxis eine politische Ordnung, in der die wahlberechtigten Bürger auf verschiedenen Ebenen entscheiden, von wem sie sich jeweils vertreten lassen wollen. Wenn also die Bürger – wie derzeit in vielen Ländern Europas – aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien diese ihre Stimme entziehen und sich stattdessen alternativen Kräften zuwenden, ist das zweifellos eine Gefahr für das politische Establishment, jedoch keine Gefahr für das demokratische System als solches. Vielmehr ist es grundsätzlich sogar Ausdruck einer funktionierenden Demokratie, wenn sich neue politische Formationen bilden können und eine reale Chance haben, durch Regierungsbeteiligung eine andere Politik herbeizuführen.

Zu einer Gefahr für die Demokratie würden Parteien wie der RN in Frankreich oder die AfD in Deutschland erst dann,

wenn sie beabsichtigen sollten, eine andere politische Ordnung zu errichten, in der nach ihrer Machtübernahme die Bürger keine Möglichkeit mehr hätten, eine andere Partei zu wählen. Doch eine solche Absicht unterstellen selbst schärfste Kritiker beiden Parteien bislang nicht.

Fakt ist: Der Souverän in einer Demokratie ist das wahlberechtigte Volk – und nicht die Volksvertreter. Seien diese durch ihren Zugriff auf den Staatsapparat auch noch so mächtig. Wer sich also wirklich Sorgen um die Demokratie macht, sollte sich den Ursachen des Erfolgs populistischer Parteien widmen: der Auflösung der gewohnten Lebenswelten bis in das kleinste Dorf hinein, der Zentralisierung im Gesundheitswesen und in der Verwaltung, der Abwanderung der Industrie gen Asien und Afrika, der Explosion der Immobilienpreise, die dazu führt, dass selbst Gut- und Besserverdiener nicht mehr in der Lage sind, ein eigenes Häuschen zu bauen, sowie nicht zuletzt der unbegrenzten Zuwanderung mit ihrem dramatischen Anstieg bei den Verbrechen und den Kosten des Sozialstaats.

Die etablierten Parteien müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, diese und andere Entwicklungen sowie deren Folgen allzu lange hingenommen oder gar aktiv gefördert – und zugleich die Sorgen und Nöte vieler Bürger ignoriert zu haben. Es steht ihnen frei, sich künftig wieder mehr am Willen ihrer Wähler zu orientieren.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Putins Geisterflotte zur Umgehung der westlichen Sanktionen Seite 6

Kultur

Fröhliche Landpartien bei den Musikfestspielen im hohen Norden Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Junge Polen auf den Spuren deutscher Vergangenheit im südlichen Ostpreußen Seite 13

Reise

„Tren Al Andalus“ – mit dem Luxuszug quer durch die Iberische Halbinsel Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 27
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Die Lage der Bauern Systematisch machen Berlin und Brüssel vor allem den kleinen Landwirten das Leben schwer. Neue Herausforderungen drohen durch die EU-Förderung der ukrainischen Konkurrenz

„Die Ampel hat nicht geliefert“

Der Deutsche Bauerntag in Cottbus zeigt sich unzufrieden mit dem „Entlastungspaket“ der Ampel

VON HERMANN MÜLLER

Außerst knapp vor dem diesjährigen Deutschen Bauerntag am 26. und 27. Juni in Cottbus hat die Ampel-Koalition ein Entlastungspaket für die deutschen Landwirte beschlossen. Zugesagt wird den Bauern mit dem Paket weniger Bürokratie, dazu auch steuerliche Erleichterungen. Mit im enthalten ist die Möglichkeit zu einer erleichterten Gewinnglättung. Dies soll den Landwirten dabei helfen, Gewinne aus guten und schlechten Jahren bei der Steuer zu verrechnen.

Obwohl die Ampel damit eine Forderung der Bauern erfüllt, sind viele Landwirte über das „Entlastungspaket“ der Ampel-Koalition enttäuscht. Sie hatten stattdessen einen generellen Kurswechsel in der Agrarpolitik gefordert.

Joachim Rukwied, auf dem Bauerntag wiedergewählter Präsident des Deutschen Bauernverbands (DBV), erklärte gegenüber dem ZDF: „Die Ampel hat nicht geliefert. Das Agrarpaket ist Lichtjahre von dem entfernt, was wir als Landwirte an Entlastungen brauchen.“ Weiter machte Rukwied deutlich: „Die Frustration auf den Höfen ist enorm.“ Er hofft hatten sich die Landwirte offenbar sehr viel mehr als eine Gewinnglättung, um witterungsbedingte Ertragsschwankungen etwas auffangen zu können, und eine doch eher vage Aussicht auf etwas weniger Bürokratie.

Entzündet hatten sich die massiven Proteste von Landwirten Ende vergangenen Jahres am Versuch der Ampel, zur Schließung einer Lücke im Bundeshaushalt unter anderem die Landwirte stärker zu belasten. Dazu beschloss die Ampel eine Streichung der Befreiung von der Kfz-Steuer für landwirtschaftliche Fahrzeuge und eine Erhöhung des Steuersatzes auf Agrardiesel. Unter dem Eindruck der Bauernproteste in vielen deutschen Städten nahm die Ampel-Regierung einen Teil der Kürzungspläne wieder zurück.

Özdemir kritisiert die Ampel

Von Seiten der Landwirte blieb allerdings die Forderung, bis Mitte dieses Jahres für weitere Entlastungen zu sorgen. Vor diesem Erwartungshintergrund der Landwirte gleicht das „Entlastungspaket“ der

Bundesregierung eher einem „Entlastungspäckchen“.

Mit der Enttäuschung bei den Landwirten wächst die Wahrscheinlichkeit, dass im Wahljahr 2025 die deutschen Bauern wieder öffentlichkeitswirksam auf den Straßen der Städte für ihre Anliegen demonstrieren werden. Bemerkenswert fiel der Auftritt von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) und von Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) auf dem Bauerntag in Cottbus aus. Trotz ihrer jeweiligen Parteibücher gingen beide Politiker bei dem Treffen der Landwirte auf Distanz zur rot-grün-gelben Bundesregierung. Der Grünen-Politiker stellte sich auf dem Deutschen Bauerntag gegen die Forderung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und auch seiner eigenen Partei zur Einführung eines Mindestlohns von 15 Euro. Die Einführung würde insbesondere in der Landwirtschaft die „Wettbewerbsfähigkeit in Frage stellen“, so Özde-

mir. Zudem wies er darauf hin, dass er sich für eine Ausnahme für Milchkuhhalter von einem Anbindeverbot der Rinder eingesetzt habe, die für kleine Betriebe gilt, die Stall- und Weidehaltung kombinieren. Özdemir erklärte den Landwirten: „Wenn das zum Parteiprogramm passt, ist es schön. Wenn es nicht ins Parteiprogramm passt, mache ich es trotzdem, wenn es in der Sache notwendig ist.“ Quer zur Linie vieler seiner Parteifreunde liegt Özdemir mittlerweile auch bei den Problemen der Weidehaltung, die immer stärker unter der wachsenden Wolfspopulation leidet: „Bei jedem konkreten Problem mit konkreten Wölfen müssen Abschlüsse erfolgen. Da kann es keine Diskussion geben“, so der Bundeslandwirtschaftsminister.

Woidke übt noch mehr Kritik

Noch stärker als Gegenspieler der Ampel-Regierung konnte sich auf dem Bauerntag Brandenburgs Ministerpräsident Woidke geben, da er im Gegensatz zu Bundesmi-

nister Özdemir dieser nicht angehört. Er nannte die Entscheidung der Ampel zum Agrardiesel, damit auch die seiner Parteifreunde in Berlin, trotz der teilweisen Korrektur „eine falsche Entscheidung“.

Viel Applaus der Landwirte erntete Woidke mit der Aussage: „Wenn man Dinge nur halbbrichtig macht oder sogar falsch, dann braucht man Kraft – man braucht dann nämlich die Kraft zur Korrektur. Ich wünsche der Bundesregierung vor allen Dingen auch diese Kraft zur Korrektur.“ Woidke kündigte zudem an, Brandenburg werde im Bundesrat kein grünes Licht für das Düngegesetz geben.

Der Bauernverband scheint unterdessen weniger Hoffnungen auf eine Kurswende bei der Bundesregierung zu setzen, denn auf die neue EU-Kommission und einen neuen EU-Agrarkommissar. Neben einem stabilen Agrarbudget im Bund sollen mehr Gelder der EU die Lage der Landwirte verbessern, so die Hoffnung.



Auf dem Deutschen Bauerntag: Joachim Rukwied (M.) mit Cem Özdemir (l.) und Dietmar Woidke

Foto: Patrick Pleul

UKRAINE-BEITRITT

Die EU vor einem Kraftakt

Ganz offiziell sind am 25. Juni die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Ukraine gestartet. Der Zeitraum zwischen dem Antrag der Ukraine und der Aufnahme von Verhandlungen zum Beitritt war mit rund zweieinhalb Jahren ungewöhnlich kurz. Eine Reihe von Beobachtern spricht allerdings davon, dass noch Jahrzehnte vergehen könnten, bis die Ukraine in die EU aufgenommen wird. Tatsächlich kann sich die Aufnahme der Ukraine als ein Kraftakt herausstellen, an dem sich die EU verhebt. Allein die Wiederaufbaukosten für das Land sind extrem hoch. Die EU-Kommission stellte Ende 2023 eine Bedarfsanalyse vor, die von Wiederaufbaukosten in der Ukraine in Höhe von 452,8 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren ausgeht. Selbst wenn die EU neben der Weltbank und anderen Staaten nur einen Teil der Kosten beiträgt, wird sich dies im Haushalt der EU sehr deutlich auswirken.

Viel Konfliktpotential für die Zukunft der EU steckt auch in den regulären Zahlungen, die der Ukraine als Mitglied zustehen würden. Wäre die Ukraine bereits jetzt Mitglied, würden ihr als flächenmäßig größtem Mitglied nach Berechnungen des Centre for European Policy Studies (CEPS) netto 18 bis 19 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt zustehen. Derzeit ist noch Polen der größte Nettoempfänger von EU-Mitteln. Es erhält jährlich rund zwölf Milliarden Euro aus Brüssel. Trotzdem hält der Autor des CEPS-Papiers einen EU-Beitritt der Ukraine finanziell für „verkräftbar“.

Die EU-weiten Proteste von Landwirten, die sich auch gegen ukrainische Agrarimporte richteten, zeigen jedoch, welche politische und gesellschaftliche Brisanz in den Beitrittsplänen steckt. Erweisen muss sich auch noch, ob nach einem Beitritt der Ukraine bisherige Nettoempfänger von EU-Mitteln wie etwa Polen auch zu Nettozahlern werden sollen oder ob bisherige Nettozahler wie Deutschland noch zusätzlich für die Nettozahlungen an die Ukraine aufkommen sollen. H.M.

EUROPÄISCHE UNION

Eine Agrarpolitik für Großbetriebe

Systematisch fördert die EU durch Bürokratie und Subventionen die Konzentration in der Landwirtschaft

Warnungen von Politikern oder Medien, dass immer mehr Industrieunternehmen geschlossen und ins Ausland verlagert werden, sind inzwischen keine Seltenheit mehr. Weniger beachtet wird das langsame Verschwinden von Landwirtschaftsbetrieben, das sogenannte Höfesterben. Laut Daten des Statistischen Bundesamtes existierten Ende vergangenen Jahres noch 255.000 landwirtschaftliche Betriebe. Bis 2040 könnte einer Studie der Universität Göttingen zufolge jeder zweite dieser Betriebe verschwunden sein. Der sinkenden Zahl von Höfen steht ein Wachstum der durchschnittlichen Größe der Betriebe gegenüber. Immer weniger Höfe beackern immer größere Flächen

und halten immer größere Mengen an Tieren.

Erheblichen Anteil an dieser Entwicklung hat die bisherige Agrarpolitik der EU. Diese hat die Hauptförderung für die Landwirtschaftsbetriebe an die Fläche gekoppelt. Je kleiner ein Hof, desto kleiner fällt die Förderung aus. Zwar können kleinere Höfe auch Prämien über Ökosystemleistungen erhalten, der Hauptteil der Beihilfen kommt aber über die Fläche in die Kasse.

Kauf und Pacht von zusätzlichen Agrarflächen haben sich allerdings vielerorts teils drastisch verteuert. Ursache ist der Platzbedarf für Windräder oder Solarparks. Wenn Flächen für die stark subven-

tionierte Öko-Stromerzeugung genutzt werden, dann lässt sich oft mehr Geld verdienen, als wenn Flächen landwirtschaftlich genutzt werden.

Dazu kommen weitere Belastungen, die das Wirtschaften von Kleinbetrieben mit wenigen Hektar immer unrentabler machen, während Großbetriebe solche Belastungen, etwa die überbordende Bürokratie im Zusammenhang mit den EU-Fördermitteln oder dem Steuerrecht, noch verkraften können. Angesichts dieser Gemengelage wirken immer neue Auflagen und Verbote aus Brüssel und Berlin auf viele Landwirte wie Kampfansagen.

In dieser Situation war die Steuerhöhung auf Agrardiesel Ende vergangenen

Nach den immer neuen Auflagen und Verboten aus Brüssel und Berlin war die Steuerhöhung auf Agrardiesel Ende vergangenen Jahres nur ein letzter Anstoß

Jahres nur ein letzter Anstoß, der massive Bauernproteste ausgelöst hat. Der Umstand, dass europaweit Bauern auf die Straßen gegangen sind, hat aber auch mit der Politik der Europäischen Union zu tun. Zur Unterstützung der Ukraine hatte die EU Zölle auf wichtige Agrarimporte aus der Ukraine ausgesetzt. Daraufhin überschwemmte insbesondere billiges Getreide aus der Ukraine die Märkte in der EU. Das führte zu einem Preisverfall. Für die Landwirte in der EU bedeutete dies wegfallende Einnahmen und sinkende Einkommen. Inzwischen leitet die EU eine Kehrtwende ein, indem sie die Einfuhr von immer mehr ukrainischen Agrarprodukten deckelt. H.M.

„Make Europe Great Again“

Am 1. Juli übernahm Ungarn die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union. Das zuvor verkündete Motto erinnert nicht zufällig an den Slogan eines ehemaligen US-Präsidenten. Das Ziel ist eine größere Souveränität unseres Kontinents

VON BENCE BAUER

Am 18. Juni 2024 wurden in Budapest durch den ungarischen EU-Minister János Bóka das Motto und das Programm der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 2024 offiziell vorgestellt. Der Minister betonte, dass das Motto auch symbolisieren solle, dass die Europäer gemeinsam stärker seien als jeweils allein. Er fügte hinzu, dass Europa fähig sein könne, ein eigenständiger globaler Akteur zu werden und seine Interessen auf internationaler Bühne wirkungsmächtig zu vertreten.

Das Motto, angelehnt an den Wahl-Slogan von Donald Trump im Jahr 2016, wurde von Ministerpräsident Viktor Orbán bereits Anfang März anlässlich seines Besuches bei Trump veröffentlicht – allerdings in einem anderen Zusammenhang. Nicht nur Eingeweihte gehen davon aus, dass zwischen dem Motto „Make America Great Again“ (MAGA) und „Make Europe Great Again“ (MEGA) durchaus ein sinnhafter Zusammenhang bestehen könnte. Anders als viele Kritiker verlautbaren, ist Ungarn nicht an einer Schwächung der EU interessiert, sondern ganz im Gegenteil an deren Stärkung. Diese muss aber in einem geopolitischen Kontext erfolgen, in dem die Europäer ihren strategischen Handlungsrahmen erkennen, artikulieren und international mit Selbstbewusstsein agieren können, so der ungarische Standpunkt.

Aktuelle Herausforderungen

Europa werde, so Bóka, derzeit „durch den Krieg in unserer Nachbarschaft, das Abdriften hinter unseren globalen Konkurrenten, die fragliche sicherheitspolitische Lage, die illegale Migration, die Naturkatastrophen, die Folgen des Klimawandels und die demographische Situation gleichermaßen vor gemeinsame Herausforderungen gestellt“.

Darüber hinaus gelte es, den institutionellen Zusammenhang erfolgreich zu gestalten. Die Präsidentschaft Ungarns müsse dem Frieden und der Sicherheit Europas dienen. Operativ bedeutet dies, dass Ungarn etwa 1500 Arbeitsgruppen des Rats, 37 formale Ratssitzungen in Brüssel und Luxemburg sowie 230 Veranstaltungen der EU-Ratspräsidentschaft in Ungarn durchführen wird. Unter den Sitzungen im Land der Präsidentschaft soll es 16 informelle Ratssitzungen geben, eine informelle Sitzung des Europäischen Rates sowie ein Spitzentreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft.

Bereits in der ersten Jahreshälfte 2011 hatte Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft inne. Damals wurden wichtige Entscheidungen wie die Aufnahme Kroatiens in die Union, die europaweite Roma-Strategie oder die Donauraum-Strategie verabschiedet. Eine Besonderheit ist, dass vor dreizehneinhalb Jahren die gleiche Regierung die Präsidentschaft durchgeführt hat wie heute. Die damalige EU-Ratspräsidentschaft galt als eine durchaus erfolgreiche.

Obwohl eine linke Mehrheit im Europäischen Parlament versuchte, Ungarn den diesjährigen Ratsvorsitz abzuerkennen, konnte dieses Ansinnen nicht verfangen. Ein wichtiger Garant für das Gelingen der Präsidentschaft ist der in Fachkreisen sehr anerkannte Europaminister János Bóka, der aus der Wissenschaft kommt und ein erfahrener Europa-rechtsexperte ist sowie auch den Brüsseler Politikbetrieb aus nächster Nähe jahrelang hat verfolgen und mitgestalten können.

Ungarns sieben Prioritäten

Sieben Prioritäten soll das Programm der Budapest Ratspräsidentschaft umfassen, wobei allen inhaltlich gemein ist, dass sie wichtige Bausteine sein sollen, um die Resilienz sowie die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit



Provokanter Slogan, seriöse Botschaft: Ungarns Europaminister János Bóka am 18. Juni bei der Vorstellung des Mottos für die EU-Ratspräsidentschaft seines Landes
Foto: action press

Europas zu stärken. Gerade angesichts der globalen Herausforderungen ist die politische Führung des Landes davon überzeugt, dass Europa ein wichtiger globaler Akteur sein kann, allerdings nicht ohne vorher seine eigene Selbstbehauptung manifest werden zu lassen. Hier die einzelnen Prioritäten:

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Europa ist im Vergleich mit globalen Wettbewerbern, bedingt durch hohe Inflation, steigende Staatsverschuldung, hohe Energiekosten, Fragmentierung globaler Lieferketten sowie die Schwächung der Produktivität und des Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren weltweit ins Hintertreffen geraten. Daher bedarf es laut der ungarischen Ratspräsidentschaft eines ganzheitlichen Ansatzes, um die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Ziele sind eine technologieneutrale Industriestrategie, die Verbesserung der Rahmenbedingungen der europäischen Produktivität, die Stärkung der offenen und vernetzten Wirtschaft sowie des internationalen Wirtschaftsaustausches, daneben aber auch die Schaffung von sicheren europäischen Arbeitsplätzen durch einen flexiblen Arbeitsmarkt, der steigende Löhne verspricht.

In diesem Zusammenhang soll eine neue Vereinbarung zur Wettbewerbsfähigkeit zustande kommen, die den EU-Binnenmarkt vertieft, kleine und mittelständische Unternehmen unterstützt, die grüne und digitale Transition in Partnerschaft mit den Wirtschaftsakteuren sowie den Bürgern ermöglicht, die Stabilität und Nachhaltigkeit der Arbeitsplätze garantiert und die internationale Zusammenarbeit vorantreibt. Was den Aufbau einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen und arbeitsbasierten Gesellschaft betrifft, hat Ungarn selbst große Erfolge im eigenen Land verbuchen können.

Stärkung der Verteidigungspolitik

Die Konflikte in Europa und weltweit in den letzten Jahren haben gezeigt, dass Europa seine Verteidigungsfähigkeit, die Reaktionsfähigkeit bei internationalen Konflikten und seine Kapazitäten stärken muss. Die Europäische Union muss hier eine größere Rolle einnehmen, um ihre Resilienz- und Handlungsfähigkeit zu verbessern. Die ungarische Ratspräsidentschaft möchte nicht nur den sogenannten „Strategischen Kompass“ der EU implementieren, sondern auch die industriell-

le und technologische Basis der europäischen Rüstungsbranche stärken.

Miteingeschlossen sind die Verteidigungsinnovation sowie auch die Zusammenarbeit zur Wehrrüchtigung in Beschaffungsfragen. Ungarn konnte durch das im Jahre 2016 lancierte Modernisierungsprogramm der eigenen Streitkräfte und eine intensive Zusammenarbeit mit der deutschen Rüstungsindustrie bereits einige Erfolge in der Stärkung der Wehrfähigkeit des Landes verbuchen. Mit keinem anderen Land arbeitet Deutschland so intensiv zusammen wie mit Ungarn, so eine frühere deutsche Bundesverteidigungsministerin.

Konsequente und auf Verdiensten beruhende Erweiterungspolitik

Nach Lesart der Ungarn ist die Erweiterungspolitik eine der erfolgreichsten Fachpolitiken der EU. Sie zu bewahren ist wichtig und kann nur auf der Fortsetzung einer auf der objektiven Beurteilung der Fortschritte der Beitrittskandidaten beruhenden, ausgeglichenen und glaubwürdigen Politik basieren. In erster Linie kann durch die Beitrittsperspektive der Länder des Westbalkans die wirtschaftliche, sicherheitspolitische und geopolitische Lage der EU gestärkt werden. Ungarn will sich hierzu der Formate der EU-Westbalkan-Spitzenreffen und der Europäischen Politischen Gemeinschaft bedienen. Bereits 2011 konnte Ungarn starke Impulse für die Aufnahme Kroatiens setzen und die Ungarn rechnen damit, dies nun mit Serbien gleichzutun.

Eindämmung der illegalen Migration

Der seit Jahren auf Europa lastende Migrationsdruck stellt nicht nur eine große Herausforderung für die EU als Ganzes dar, sondern auch für jeden einzelnen Mitgliedsstaat, insbesondere für jene mit einer EU-Außengrenze. Es ist unverzichtbar, mit den Nachbarländern der EU sowie den Entsende- und Transitländern enger zusammenzuarbeiten, um die Migration zurückzudrängen und den Schleppern Einhalt zu gebieten.

Die EU-Ratspräsidentschaft Ungarn hat vor, sich verstärkt den äußeren Dimensionen der Migration zu widmen, effektiv mit Drittländern zu kooperieren, die Rückkehrquote zu steigern sowie auch den Rechtsrahmen innovativ zu gestalten. Daneben soll die Bedeutung des Außengrenzschutzes sowie dessen EU-Finanzierung besonders hervorgeho-

ben werden. In der Migrationspolitik kann Ungarn ebenso auf ein Feld mit großer Expertise verweisen. Die ungarischen Maßnahmen zum EU-Außengrenzschutz fanden weite Beachtung und das Land konnte den Zustrom illegaler Migranten nachhaltig einschränken.

Zukunft der Kohäsionspolitik

Zur Bewahrung des Gleichgewichts auf dem Kontinent soll der Abbau regionaler Differenzen einen besonderen Stellenwert bekommen, allen voran die Sicherstellung einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und regionalen Kohäsion. Noch immer wohnen 25 Prozent der EU-Bevölkerung in Gebieten, die nur an 75 Prozent des Entwicklungsstandes des EU-Durchschnitts herankommen. Diese Divergenzen zu senken ist nicht nur für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von enormer Bedeutung, sondern auch für die ausgeglichene Funktionsweise des EU-Binnenmarktes.

Ein deklariertes Ziel der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft ist es, eine strategische Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik zu führen sowie über deren Rolle für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Beschäftigungspolitik und Demographie. Ungarn konnte in den letzten Jahren in diesen Bereichen mit einer Steigerung der Geburtenraten und einer rapiden Zunahme von Arbeit und Beschäftigung europaweit beachtliche Erfolge erzielen. Dieser Wissensschatz kann nun auch europäisch urbar gemacht werden.

Bauernzentrierte Agrarpolitik

Die ungarische Landwirtschaft erlebte ungekannte Herausforderungen wie den Klimawandel, die gestiegenen Investitionskosten, die Importe aus Drittländern und die massive Verschärfung der Produktionsregularien. Die Produktivität musste dabei Einbußen verkraften. Daher ist es unabdingbar, den Landwirten die Möglichkeiten der nachhaltigen Produktion niedrigschwellig anzubieten.

Da der Bauernstand mit seinen Lebensmitteln grundlegende Güter herstellt, ist es für die strategische Autonomie Europas erforderlich, auch langfristig die Lebensmittelsouveränität und Lebensmittelsicherheit sicherzustellen. Von daher ist es der Präsidentschaft ein Anliegen, für die Zeit nach 2027 ein Regelwerk aufzustellen, das eine wettbewerbsfähige, resiliente und bauernfreundliche europäische Agrarpolitik ermöglicht. Ungarn als Agrarland kann hierbei auf maßgebliche Erfahrungen zurückblicken.

Demographischer Wandel

Viele Herausforderungen wie die Alterung der europäischen Gesellschaften, die Nachhaltigkeit sozialer Sicherungssysteme sowie der Fachkräftemangel sind paneuropäische Problemlagen, die effektiv zu behandeln sind. Diese Tendenzen sind für die Wettbewerbsfähigkeit beziehungsweise Finanzierbarkeit der EU höchst relevant. Ziel des Ratsvorsitzes ist es demnach, neben der Garantie der nationalen Souveränität auf die diesbezüglichen Herausforderungen hinzuweisen. Ungarn konnte die Geburtenrate von 1,2 auf 1,6 steigern, die ungarische Familien- und Geburtenpolitik gilt auch international als vorbildlich.

Ein ernstzunehmendes Angebot

Wenn auch die äußere Aufmachung der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft auf Außenstehende ostentativ wirken mag, verbirgt sich hinter den kommunikativen Spitzen doch ein Programm, das inhaltlich ernst gemeint und durchaus ernst zu nehmen ist. Ungarn glaubt an die Realisierung einer starken EU. Hinter dem Motto „Make Europe Great Again“ steht eine ausgearbeitete und langfristig angelegte Sachpolitik. Hierbei kann sich Ungarn auf eigene nationale Erfolge und Erfahrungswerte stützen. Inwieweit diese nun auf gesamteuropäischer Ebene nutzbar gemacht werden können, wird sich zeigen.

Anders als viele Kritiker verlautbaren, ist Ungarn nicht an einer Schwächung der EU interessiert, sondern ganz im Gegenteil an deren Stärkung. Diese muss aber in einem geopolitischen Kontext erfolgen

Zur Person

● **Bence Bauer** ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium in Budapest. Vor Kurzem erschien „Ungarn ist anders“ (MCC Press 2024). www.mcc.hu

● MELDUNGEN

BAG-Urteil zu Ungeimpften

Erfurt – Pflegeeinrichtungen hatten das Recht, ungeimpfte Beschäftigte mit Inkrafttreten der einrichtungsbezogenen Impfpflicht im Gesundheits- und Pflegebereich ohne Bezahlung freizustellen. Das entschied nun das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt und wies damit die Klage einer Altenpflegerin aus Südbaden zurück. Es argumentierte, dass die im Nachhinein laut gewordenen Zweifel an der Effektivität der Impfpflicht ihrer rechtlichen Wirksamkeit nicht entgegenstünden. Des Weiteren bezeichnete das BAG anteilmäßige Kürzungen des Urlaubsanspruches für die Zeit der Freistellung als zulässig. Dahingegen hob das Gericht die parallel erteilten Abmahnungen für ungeimpfte Mitarbeiter auf. Fehlende Impfungen seien „keine abmahnfähigen Pflichtverletzungen“, weil der Arbeitnehmer sich auf das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit berufen dürfe und der Arbeitgeber diese „höchstpersönliche Entscheidung ... zu respektieren“ habe. **W.K.**

Scholz räumt Fehler ein

Berlin – Bundeskanzler Olaf Scholz hat im traditionellen Sommer-Interview eingeräumt, dass manche Corona-Maßnahmen aus heutiger Sicht überzogen gewesen seien. Er sprach sich dafür aus, die Pandemie durch Bürgerräte aufarbeiten zu lassen, um die richtigen Schlüsse daraus ziehen zu können. Da seien schließlich nicht nur Experten und Abgeordnete dabei, sondern auch Bürger, erklärte der SPD-Politiker. Als Beispiele für Übertreibungen nannte er seines Erachtens zu starke Eingriffe in die Privatsphäre der Menschen oder die Tatsache, dass Schulen sehr lange geschlossen waren. Aus Teilen der FDP kam die Forderung, die Pandemie müsse durch eine Enquete-Kommission des Parlaments aufgearbeitet werden. Auch bei den Grünen kann man sich mittlerweile ein solches Instrument vorstellen. Die SPD tut sich damit allerdings eher schwer, bildete sie doch gemeinsam mit der Union die Regierung zu Pandemiezeiten. **P.E.**

Auswanderung ist kein Tabu

Köln – Jeder dritte Solo-Selbstständige in der Bundesrepublik denkt darüber nach, seine Tätigkeit zu beenden oder ins Ausland zu wechseln. Das ergab eine Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, an der 6300 Selbstständige teilnahmen. Als Hauptgründe für die Unzufriedenheit nennt das IW „die enorme Bürokratiebelastung und die damit einhergehende Rechtsunsicherheit“. Diese „stellen für viele Selbstständige eine erhebliche Hürde dar, ihre Tätigkeit in Deutschland fortzusetzen“. Im Mittelpunkt der Kritik steht dabei das aufwendige Statusfeststellungsverfahren, in dessen Verlauf geprüft wird, ob eine Person Scheinselbstständig ist oder nicht. Besonders betroffen hiervon sind laut IW junge, hochqualifizierte und deshalb stark gesuchte IT-Fachkräfte. Laut dem IW-Direktor Michael Hüther könnte das Ganze gravierende Folgen haben und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands noch weiter gefährden. **W.K.**



Längst beschränken sich Insolvenzen nicht mehr auf kleinere Betriebe: Zentrale der FTI Touristik GmbH in Münchens Landsberger Straße

Foto: Wilrooij

WIRTSCHAFT

Der Pleitegeier kreist

Creditreform rechnet für 2024 mit höheren Insolvenzzahlen als vor Corona

VON PETER ENTINGER

Es sind zwei Meldungen, die nur auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben. Erstens ist die Zahl der Firmenpleiten so hoch wie seit 2015 nicht mehr. Zweitens räumte Bundeskanzler Olaf Scholz in der vergangenen Woche ein, man habe im Corona-Management durchaus Fehler gemacht. Gefühlt schwächelt die deutsche Wirtschaft seit der Pandemie und kommt nicht mehr auf die Beine. Seitdem sind weitere Krisen hinzugekommen wie der Ukrainekrieg und damit einhergehend eine steigende Inflation. „Die Unternehmen kämpfen weiter gegen die Auswirkungen der Rezession von 2023, anhaltende Krisen und die kraftlose konjunkturelle Entwicklung in diesem Jahr“,

sagt Patrick-Ludwig Hantzsch, Leiter der Wirtschaftsforschung des Wirtschaftsauskunfts-Dienstleisters Creditreform. Die Zahl der von einer Firmeninsolvenz betroffenen Angestellten wird in der ersten Hälfte dieses Jahres auf über 130.000 geschätzt. Die bekanntesten der im Zusammenhang mit Großinsolvenzen genannten Unternehmen waren der einstige Warenhaus-Riese Galeria Karstadt Kaufhof und der Reiseanbieter FTL.

Ein wachsendes Problem

Es gibt bis heute Kritiker, die sagen, der Staat habe während der Corona-Pandemie viele Fehler gemacht. Einer davon sei die Geldverteilung nach dem Gießkannenprinzip gewesen. Nun, da alle Corona-Hilfsmaßnahmen ausgelaufen sind, kommt die bittere Wahrheit ans Tages-

licht. Unternehmen, die damals schon nicht mehr wettbewerbsfähig waren, gehen jetzt bankrott.

Die Dynamik bei den Firmenpleiten ist zuletzt noch einmal stärker geworden. Im Jahr 2023 stieg ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um 17,2 Prozent. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres liegt sie 30 Prozent über der des Vergleichszeitraums des Vorjahres. „Der Prozess setzt sich nicht nur fort, er beschleunigt sich sogar“, sagt Hantzsch. Der Gesamtschaden für die Volkswirtschaft beziffert sein Arbeitgeber auf derzeit mehr als 19 Milliarden Euro in der ersten Hälfte dieses Jahres.

Zunächst waren eher kleinere Betriebe betroffen, doch mittlerweile sind es auch Großkonzerne. Die Zahl an Insolvenzen in Betrieben mit mehr als 250 Mitarbei-

tern hat sich von 40 im ersten Halbjahr 2023 auf 80 im ersten Halbjahr 2024 verdoppelt. „Das liegt weit über dem üblichen Niveau der vergangenen Jahre“, teilt Creditreform mit.

Quer durch alle Branchen

Die Probleme ziehen sich dabei quer durch alle Branchen. Im Handel beträgt der Anstieg 20,4 Prozent, im verarbeitenden Gewerbe sind es mit 21,5 Prozent etwas mehr, in der Baubranche sind es bereits 27,5 Prozent und im Dienstleistungssektor sogar 34,9 Prozent.

Ein neues Sorgenkind ist dabei der gewerbliche Immobilienmarkt. Seit Corona stehe der stationäre Einzelhandel unter Druck. Der zunehmende Trend zur Heimarbeit verschlimmere die Probleme. „Eine Erholung der Nachfrage ist nicht zu erwarten. Das bringt viele Unternehmen weiter in existenzielle Schwierigkeiten“, erklärte Christoph Niering, Vorsitzender des Berufsverbandes der Insolvenzverwalter, gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“. Dass viele Berufstätige mittlerweile zu Hause arbeiten können, hatte bislang als eine der positiven Errungenschaften der Corona-Maßnahmen gegolten.

BUNDESREGIERUNG

Gesundheitsministerium Spitze bei Sponsoring

2019 bis 2022 gingen die mit Abstand meisten Zuwendungen der Großindustrie an das BMG

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) veröffentlicht regelmäßig Berichte zur „Integrität in der Bundesverwaltung“, aus denen auch die „Sponsoringleistungen an die obersten Bundesbehörden und ihre Geschäftsbeiräte“ ersichtlich sind. Denn, so das BMI: „Eine leistungs- und zukunftsfähige Verwaltung lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.“ Das könnte nun allerdings durch die Integritätsberichte der Jahre 2020 bis 2022 beschädigt werden, denn diese besagen, dass das von 2018 bis Anfang Dezember 2021 von Jens Spahn (CDU) und seitdem von Karl Lauterbach (SPD) geleitete Bundesministerium für Gesundheit (BMG) in dem untersuchten Zeitraum erhebliche Zuwendungen von Großkonzernen erhalten habe.

In den beiden Jahren 2019 und 2020, die der 2021 veröffentlichte Integritätsbericht für 2020 behandelt, gingen Sponsorengelder in Höhe von 164 Millionen Euro bei der Bundesregierung ein. Das waren 65,7 Millionen Euro mehr als 2017/18. Davon flossen acht Zehntel an das Gesundheitsministerium, das seine diesbezüglichen Einnahmen somit fast verdoppelt hat.

Zu den 36 Großsponsoren des BMG, die insgesamt 130,7 Millionen Euro zur Verfügung stellten, gehörten dem Bundesinnenministerium zufolge die Pharmakonzerne Sandoz, Novartis, Bayer, MSD Sharp & Dohme, Astra Zeneca, Sanofi-Aventis und Gilead Sciences. Außerdem erhielt das Bundesgesundheitsministerium Geld von den IT-Riesen Twitter, Amazon, Apple, Alibaba, Facebook und

Google. Dazu kamen die zwei chinesischen Firmen Covestro und Fosun. Deren Zahlungen summierten sich auf rund 54 Millionen Euro. Die großzügigsten Zuwendungen machten Gilead, Google und Facebook.

Ähnlich sah es im Jahr 2021 aus, über den der nachfolgende Integritätsbericht informiert. Diesmal lag die Höhe der Sponsorenleistungen an die Bundesregierung nur bei knapp 49 Millionen Euro, allerdings erhielt das Bundesgesundheitsministerium mit 33,8 Millionen Euro wiederum den Löwenanteil des Geldes. In diesem Jahr zählten die Internetkonzerne Google, TikTok und Facebook zu den spendabelsten Geldgebern.

Für das Jahr 2022 liegen noch nicht alle Daten vor. Sicher ist jedoch, dass erneut zwei Drittel der Sponsorengelder in

Höhe von diesmal insgesamt 38,5 Millionen Euro an das BMG gingen.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Dietz kommentierte dies alles jetzt folgendermaßen: „Dass solche Spenden während der Corona-Zeit angenommen wurden, ist ein Skandal und lässt ernsthafte Zweifel an der Integrität und Unabhängigkeit des Ministeriums aufkommen ... Finanzielle Zuwendungen in diesem Ausmaß können nicht spurlos an der politischen Entscheidungsfindung vorbeigehen. Es ist kaum zu fassen, wie die Grenze zwischen angeblich wohltätigen Spenden und Beeinflussung in der Corona-Zeit komplett verwischt wurde. Die AfD-Bundestagsfraktion als einzige Opposition sieht es als ihre Pflicht an, eine vollständige Aufklärung zu fordern.“

Wolfgang Kaufmann

MIGRANTENGEWALT

Selbst Oderbruch wird zum Angstraum

Tschetschenen überfallen Festbesucher: Gewaltexzesse von Asylsuchern erreichen den ländlichen Raum

VON HERMANN MÜLLER

Die alljährlichen Sommerfeste des Oderbruchmuseums im idyllisch gelegenen Altranft sind normalerweise eine Garantie für ausgelassene Stimmung und gute Unterhaltung. In diesem Jahr endete für Besucher des Altranfter Dorf- und Museumsfestes der sommerliche Abend jedoch mit Angst und Schrecken, zum Teil auch mit Verletzungen durch brutale Gewalt.

Wie es im offiziellen Polizeibericht heißt, sind Besucher beim Verlassen des Festgeländes am frühen Morgen des 23. Juni zunächst verbal belästigt worden. Im weiteren Verlauf sollen dann einzelne Festbesucher auch attackiert worden sein: „Jeweils einer der Täter hätte demnach zugeschlagen, und wenn die derart Angegangenen dann zu Boden fielen, hätten die anderen auf den Gestürzten eingetreten“, so die Darstellung der Polizei. Weiter heißt es im Polizeibericht: „Die Schläger flüchteten, jedoch konnte ein Teil derer auf Grund von Zeugenhinweisen bekannt gemacht werden. Das Trio ist bereits hinlänglich bekannt, wobei auch Gewaltdelikte zu ihrem Portfolio zählten.“

Der Bericht der Polizei und auch die Darstellung einer Regionalzeitung spiegeln möglicherweise nur einen Teil dessen wider, was sich am Rande des Museumsfestes in der Nacht zum 23. Juni in dem Oderbruchdorf abgespielt hat.

Täter zumeist aus dem Kaukasus

Beim Landtagsabgeordneten Lars Günther (AfD) meldeten sich mehrere Bürger, die von einer Gruppe von 20 bis 30 zumeist tschetschenischen Jugendlichen gesprochen haben. Die Augenzeugen berichteten zudem von einer wesentlich größeren Anzahl von Verletzten: Demnach sollen nicht nur fünf, sondern etwa 15 Festbesucher beim Verlassen des Festgeländes zum Teil brutal zusammengeschlagen worden sein. Demnach hat sich die Gruppe der Jugendlichen jeweils einzelne Festgäste herausgegriffen.

Gab es Gegenwehr, waren die Opfer sofort von mehreren Tätern umringt. Selbst wenn die Opfer bereits am Boden lagen, hätten die Angreifer weiter auf sie eingeschlagen und getreten. Dass sich



„Ekstatisches Ausleben von Gewalt“: Die Gefahr erfasst zunehmend auch den ländlichen Raum

Foto: imago/Panthermedia

nicht alle Opfer bei der Polizei gemeldet haben, ist für Bewohner der Region nicht verwunderlich. Längst habe sich nämlich auch in Städte wie Bad Freienwalde und Prenzlau ein Klima der Angst vor äußerst gewaltbereiten, zumeist aus dem Kaukasus stammenden Jugendlichen breit gemacht. Befördert wird diese Angststimmung offenbar noch durch den Umstand, dass es im ländlichen Raum durchaus seine Zeit dauern kann, bis im Notfall Polizei zur Stelle ist. Auch beim Museumsfest in Altranft war die Polizei zwar mit einigen Beamten vor Ort. Die war laut Zeugenaussagen jedoch mit der Lage überfordert, bis Verstärkung eintraf.

Gänzlich neu ist die Gewalt durch migrantische Jugendbanden am Rande von Dorffesten im Oderbruch nicht: Bereits im Juni 2022 hatte eine Gruppe von etwa zwanzig Jugendlichen, laut Zeugenaussagen zumeist Tschetschenen, die Gäste eines Dorffestspiels in Neutrebbin attackiert. Seinerzeit hatte es noch Vermu-

tungen gegeben, dass bei den Angriffen auch Revierkämpfe zwischen tschetschenischen und albanischen Jugendlichen eine Rolle gespielt haben. Mit Blick auf die jüngsten Gewaltvorfälle in Altranft hält der Landtagsabgeordnete Günther dies für unwahrscheinlich. Grund: Die Reviere im Drogenhandel seien mittlerweile auch im Oderbruch abgesteckt, so Günther.

„Dieses Land übernehmen“

Der Abgeordnete aus Bad Freienwalde wertet die Gewalt beim Museumsfest stattdessen als pure Machtdemonstration durch migrantische Jugendliche, von denen viele aus der Nordkaukasusregion stammten: „Das ekstatische Ausleben von Gewalt auf den Straßen ist auch ein Zeichen, wer hier die Macht hat. Man kann darin sogar ein Signal sehen, dass man dieses Land übernehmen will.“ Trifft diese Diagnose zu, dann setzt im Oderbruch möglicherweise eine Entwicklung ein, die in Österreich schon fortgeschritten ist.

Österreichs Innenministerium kam in seinem neuesten Sicherheitsbericht zu der Einschätzung, dass tschetschenische Banden mittlerweile eine so herausragende Stellung in der Organisierten Kriminalität des Landes inne hätten, „dass sich andere Gruppen mit ihnen arrangieren müssten, um ihren Geschäften ungestört nachgehen zu können“. Nach Einschätzung des Innenministeriums in Wien beherrschen die Tschetschenen-Banden mittlerweile Felder wie Wirtschaftskriminalität, Erpressung, Drogen- und Waffenhandel sowie illegales Glücksspiel.

Diese Zustandsbeschreibung ist möglicherweise nur ein Ausblick auf das, was Brandenburg droht, wenn nicht gegengesteuert wird. Das Beispiel des Landkreises Märkisch-Oderland zeigt, dass diese Gefahr im ländlichen Raum sogar besonders groß sein kann, wenn Polizei fehlt und Opfer Angst vor brutaler Rache haben müssen, wenn sie es wagen, Anzeige zu erstatten.

LANDESHAUSHALT

Koalition scheitert vor Verfassungsgericht

AfD triumphiert: Umgebung der Schuldenbremse durch „Brandenburg-Paket“ war rechtswidrig

Brandenburgs Verfassungsgericht hat nach einer Klage von 23 AfD-Landtagsabgeordneten das schuldenfinanzierte „Brandenburg-Paket“ der rot-schwarz-grünen Regierung als verfassungswidrig eingestuft. Die Richter bemängelten zwar nicht das Ausrufen einer Notlage im Land Brandenburg, wohl aber die Begründungen für die Hilfen aus dem Paket.

Das von der Landesregierung 2022 beschlossene Paket in Höhe von zwei Milliarden Euro sollte nach offizieller Darstellung zur Bewältigung der Folgen des Ukrainekrieges und zur Abmilderung der Energiekrise im Land dienen. Die Abgeordneten der AfD-Landtagsfraktion hatten allerdings bezweifelt, dass bei Teilen des Pakets tatsächlich ein Zusammenhang mit den Folgen des Krieges gegeben ist. Brandenburgs Landesrechnungshof hatte vergangenes Jahr ebenfalls in Frage

gestellt, ob bei allen geförderten Einzelprojekten des Brandenburg-Pakets ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine besteht.

Im Brandenburg-Paket hatte die Landesregierung unter anderem 150 Millionen Euro für die „Aufnahme, Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Integration von Geflüchteten“ vorgesehen. Davon waren allein 98 Millionen Euro eingeplant, um 14.000 zusätzliche Unterbringungsplätze für „Geflüchtete“ zu schaffen. Mehr als 56 Millionen sollten nach den Vorstellungen der Landesregierung den märkischen Kommunen und Landkreisen für „Transformations- und Klimaschutzmaßnahmen“ zur Verfügung gestellt werden. Selbst die Anschaffung neuer Fahrzeuge für das Innenministerium sollte aus dem Brandenburg-Paket bezahlt werden.

Aus Sicht der AfD-Landtagsabgeordneten waren dies Vorhaben, welche die rot-schwarz-grüne Koalition aus dem regulären Haushalt hätte finanzieren müssen, nicht aber unter Hinweis auf den Ukrainekrieg aus dem Brandenburg-Paket und damit unter Umgehung der Schuldenbremse. Angezweifelt hatten die AfD-Abgeordneten auch die Begründung für das Schuldenmachen an sich. Um verfassungskonform zusätzliche Kredite aufnehmen zu können, hatte der Landtag im Dezember 2022 auf Initiative der Regierungskoalition das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation festgestellt.

Ministerin stoppt Auszahlungen

Aus Sicht der AfD hat es 2022 keine Notsituation gegeben, die sich der Kontrolle des Staates entzogen hätte. Von einer unverschuldeten Notlage könne keine Rede

sein, so Fraktionschef Christoph Berndt. Zur Begründung wies Berndt bei Plenardebatten im Landtag auf die Sanktionspolitik gegen Russland hin, die Deutschland selbst eingeleitet habe.

Als Reaktion auf das Urteil des Landesverfassungsgerichts hat Brandenburgs Finanzministerin Katrin Lange (SPD) alle Auszahlungen im Zusammenhang mit dem Brandenburg-Paket inzwischen gestoppt. In einer Sondersitzung des Landtages stimmte eine breite Mehrheit inzwischen auch dafür, auf jede notlagenbedingte Kreditfinanzierung für dieses Jahr zu verzichten.

Stattdessen sollen die Maßnahmen nun aus den Rücklagen finanziert werden. An Rücklagen vorhanden sind derzeit noch rund 1,6 Milliarden Euro. Davon sollen nun 600 Millionen Euro in einen Nachtragshaushalt 2024 fließen. H.M.

KOLUMNE

Cheblis Welt

VON THEO MAASS

Sawsan Chebli, die nach einem Gerichtsurteil als „Quotenmigrantin der SPD“ und „islamische Sprechpuppe“ bezeichnet werden darf, hat sich in die Debatte um die israelischen Abwehrmaßnahmen und den Terror-Überfall der Hamas im Gazastreifen einge-mischt. Die SPD-Politikerin beklagt den angeblich zunehmenden Rassismus gegen Palästinenser in Deutschland. Die Ursache scheint sie in der Berichterstattung in den deutschen Medien zu erblicken: „Ich denke mir oft: In welcher Parallelwelt leben wir in Deutschland eigentlich? Viele Nachrichten kommen hier schlicht nicht vor, vieles ist einseitig und verzerrt.“

Die von palästinensischen Flüchtlingen abstammende frühere Berliner Staatssekretärin für „Bürgerschaftliches Engagement und Internationales“ beklagt: „Von der deutschen Öffentlichkeit erfahren wir kaum Empathie und Solidarität, sondern Ausgrenzung, Misstrauen und immer öfter puren Hass.“ In einer Zeit, in welcher der Antisemitismus an den Berliner Universitäten grassiert und höchste Repräsentanten offen Partei für die „Sache der Palästinenser“ ergreifen, ist das schon ziemlich dreist. Die Solidarität mit Israel stand seit den frühen Tagen des Bundeskanzlers Konrad Adenauer in der Bundesrepublik Deutschland niemals zur Disposition.

Chebli, deren Politikerkarriere einst vom heutigen Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier gefördert wurde, war von 2014 bis 2016 stellvertretende Sprecherin des Auswärtigen Amtes, dem Steinmeier damals als Außenminister vorstand. Deutschland hat palästinensische Asylbewerber großzügig aufgenommen und alimentiert. Sollten sich Chebli und ihre offenbar schlecht integrierten Landsleute in Deutschland nicht wohlfühlen, können sie Deutschland jederzeit verlassen und in einem Land Wohnsitz nehmen, das ihnen näher steht. Weder benötigen wir von dieser Seite Belehrungen noch eine Korrektur unseres außenpolitischen Koordinatensystems.

MELDUNG

Potsdams SPD zerlegt sich

Potsdam – Brandenburgs Landeshauptstadt war bei der Kommunalwahl am 9. Juni eine der Städte, in denen die SPD bei den Wählern punkten konnte. Mit 19,4 Prozent der Stimmen wurde die Partei erneut stärkste Kraft und legte sogar leicht zu. Nur kurz nach der Kommunalwahl hat der SPD-Stadtverordnete Troche allerdings seinen Wechsel zur CDU bekanntgegeben. Im Stadtparlament verschieben sich damit die Mehrheitsverhältnisse. Da auch ein weiterer Stadtverordneter des Bündnis Mitten in Potsdam (MiP) zu den Christdemokraten wechselt, hat die CDU nun zehn Sitze, genauso viele wie die SPD. Mit den neuen Mehrheitsverhältnissen könnten sich in der Stadtverordnetenversammlung auch neue Chancen für eine denkmalgerechte Wiederherstellung des Stadtkanals und den weiteren Aufbau der Potsdamer Garnisonkirche ergeben. Die CDU hatte zur Kommunalwahl beide Vorhaben in ihr Wahlprogramm aufgenommen. H.M.

● MELDUNGEN

Hohe Ausgaben für Atomwaffen

Washington – Die Atommächte haben 2023 insgesamt 91,6 Milliarden US-Dollar für die Modernisierung und Aufstockung ihrer Kernwaffenarsenale ausgegeben, was auf ein Plus von 13,4 Prozent gegenüber 2022 hinauslief. Dies hat die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) berichtet. Das meiste Geld wendeten die USA auf, die ihre Ausgaben sogar um 18 Prozent steigerten, womit diese sich auf 51,5 Milliarden beliefen. An zweiter Stelle rangierte die Volksrepublik China mit 11,9 Milliarden, danach folgte Russland mit 8,3 Milliarden. Platz Vier und Fünf belegten die beiden europäischen NATO-Staaten Großbritannien und Frankreich mit 8,1 und 6,1 Milliarden. Dahingegen kam Indien mit 2,7 Milliarden aus. Und Pakistan, Israel und Nordkorea beschränkten sich sogar auf jeweils eine Milliarde. Somit gaben die Vereinigten Staaten von Amerika 2023 mehr für ihre Kernwaffen aus, als alle anderen Atommächte der Welt zusammen. W.K.

China droht mit Todesstrafe

Peking – Der Oberste Gerichtshof und die Generalstaatsanwaltschaft der Volksrepublik China haben im Einvernehmen mit den Ministerien für Staatssicherheit und Öffentliche Sicherheit neue Richtlinien für die Justiz des kommunistischen Staates erlassen, denen zufolge nun in- und ausländischen Befürwortern der Unabhängigkeit Taiwans lange Haftstrafen oder sogar die Todesstrafe drohen. Dabei soll es möglich sein, entsprechende Verfahren in Abwesenheit zu führen. Somit besteht kein formeller rechtlicher Hinderungsgrund für den Justizapparat des Regimes in Peking mehr, taiwanische Politiker als „kriminelle Separatisten“ zum Tode zu verurteilen. Das Ganze läuft auf eine Einschüchterung der Regierung in Taipeh hinaus: Im Falle der Annexion des angeblich abtrünnigen Inselstaates durch die Volksbefreiungsarmee könnte die sofortige Hinrichtung der zuvor in Abwesenheit schuldig Gesprochenen erfolgen. W.K.

Mehr Wein für Russland

Tiflis – Laut dem georgischen Statistikamt hat das Land von Januar bis April 37.000 Tonnen Wein im Wert von 100 Millionen US-Dollar nach Russland exportiert, zehnmal mehr als in die EU, wohin im gleichen Zeitraum nur 3250 Tonnen im Wert von zehn Millionen US-Dollar gingen. Als Grund für die gesteigerten Wein-Ausfuhren nach Russland wurde genannt, dass die russischen Importeure sich bevorrateten würden, indem sie Einkäufe vorzögen, weil sie Importzölle auf georgischen Wein befürchteten. Bereits im vergangenen Jahr war Georgien Russlands wichtigster Weinlieferant. Weine aus Georgien zeichnen sich laut Experten durch eine geringe Preisschwankung aus im Gegensatz zu denen aus Italien, da dort mit Preiserhöhungen und Zahlungsschwierigkeiten zu rechnen sei. Mit 2000 Tonnen im ersten Quartal gilt auch Polen als wichtiger Importeur georgischen Weins. MRK

TROTZ HARTER SANKTIONEN DES WESTENS

Putins ertragreiche Geisterflotte

Marode Ölfrachter und hochmoderne Gas-Tanker lassen Einnahmen sprudeln

VON WOLFGANG KAUFMANN

Aufgrund der westlichen Sanktionen wegen des Einmarsches in die Ukraine ist es für Russland schwerer geworden, Deviseneinnahmen aus Öl- und Gasverkäufen zu erzielen. Deshalb greift Moskau seit geraumer Zeit auf eine meist getarnt operierende Flotte zurück. Diese besteht zum einen aus mehr als tausend oftmals schrottreifen Tankern und zum anderen aus 15 hochmodernen Flüssigerdgas-Transportern.

Die besagten Öl-Tanker sind offiziell nicht im Besitz russischer Reedereien und fahren unter der Flagge Kameruns oder winziger pazifischer Inselstaaten. Sie werden vielfach in den russischen Ostseehäfen Primorsk und Ust-Luga befüllt. Danach beliefern sie heimlich jene Staaten, die noch russisches Rohöl kaufen, um es weiterzuverarbeiten und gewinnbringend auf dem Weltmarkt anzubieten. Während der Fahrt schalten die Tanker die an Bord

befindlichen Ortungsgeräte aus oder verschleiern den Ausgangspunkt und das Ziel ihrer Reise auf andere Weise. Manchmal wird der Inhalt der Tanker auch mitten auf hoher See auf andere Schiffe umgepumpt, was die Tarnung noch perfekter macht. Ein beliebter Platz für dieses Vorgehen ist der Lakonische Golf im Süden des Peloponnes, dessen Uferregionen nur dünn besiedelt sind. Nach dem Austausch der Ladung besteht dann kaum eine Möglichkeit mehr, die Herkunft des Öls noch zu ermitteln.

Öl-Hauptabnehmer sind China und Indien, gefolgt von der Türkei

Als Abnehmer des „Schwarzen Goldes“ fungieren nach Recherchen des Centre of Research on Energy and Clean Air in Helsinki vor allem China und Indien. Diese beiden Länder kaufen mittlerweile 48 beziehungsweise 35 Prozent der russischen Rohölexporte auf – und gleich danach folgt die Türkei mit immerhin sechs Prozent Anteil.

Die USA versuchen seit geraumer Zeit, gegen Putins geheime Schattenflotte vorzugehen. Sie setzten etliche der Tanker auf ihre Sanktionsliste und beschlagnahmten auch einige davon. Allerdings chartert Moskau dann einfach andere Schiffe. Des Weiteren macht die Europäische Union keine Anstalten, es Washington gleichzutun, sondern beschränkt sich bisher lediglich auf Absichtserklärungen. Das resultiert möglicherweise daraus, dass auch EU-Länder wie Ungarn, Tschechien und die Slowakei weiterhin russisches Öl kaufen.

Da die Tanker im Dienste Russlands oft sehr marode sind, herrscht Angst vor Havarien. So sagte der ehemalige estnische Außenminister Jaan Manitski: „Es wäre eine Katastrophe für die Ostsee, wenn ein rostiger Tanker auseinanderbrechen würde. Das kann jederzeit passieren.“ Und tatsächlich musste im August vorigen Jahres ein manövrierunfähiger Tanker mit Maschinenschaden in den Hafen zurückgeschleppt werden. Außerdem

leidet die Umwelt bereits jetzt schon stark unter diversen Ölteppichen, die beim hektischen Umpumpen des Rohstoffs von einem Schiff zum anderen immer wieder entstehen.

Der Verkauf des russischen Flüssigerdgases (LNG) findet dahingegen unter weniger konspirativen oder ökologisch bedenklichen Umständen statt. Denn die Gastanker, die momentan vor allem zwischen dem LNG-Terminal von Sabetta auf der sibirischen Jamal-Halbinsel und west- oder südeuropäischen Häfen pendeln, verkehren nicht unter fremder Flagge und sind technisch auf dem neuesten Stand. Schließlich müssen sie auf jeder Hin- und Rückfahrt durch die Kara- und Barentssee steuern und dort mit ihren 70.000-PS-Antriebsmaschinen Eis von bis zu zwei Metern Dicke brechen.

Die bislang eingesetzten 15 LNG-Tanker ließ die staatliche russische Reederei Sowkomflot in Südkorea bauen. Dann erhielt die Werft von Bolschoi Kamen im Fernen Osten der Russischen Föderation den Auftrag, weitere 15 eisbrechende Frachter zum Transport von Flüssigerdgas zu liefern, wobei der südkoreanische Konzern Samsung Heavy Industries als Technologiepartner fungieren sollte. Die beiden ersten Schiffe dieser Baureihe namens „Alexei Kossygin“ und „Pjotr Stoly-pin“ stehen inzwischen kurz vor ihrer Fertigstellung.

Putin kompensiert inzwischen den Nord-Stream-Pipeline-Ausfall

Nach Berechnungen der wirtschaftswissenschaftlichen Denkfabrik Brussels European and Global Economic Laboratory (Bruegel) sanken die europäischen Importe von russischem Pipeline-Gas seit Beginn des Ukrainekrieges um 83 Prozent. Gleichzeitig liefern die LNG-Tanker Putins aber mittlerweile so viel Flüssigerdgas, dass diese Menge ausreicht, um den Ausfall der Nord-Stream-Pipelines weitgehend zu kompensieren. Und wenn sich die Zahl der russischen LNG-Transporter dann in Kürze sogar verdoppelt, was das Ansteuern etlicher weiterer Häfen rund um die Welt ermöglicht, kann Moskau den Sanktionen letztendlich noch besser trotzen.



Rostig, veraltet, schrottreif: Der russische Tanker „Ust-Luga“ ist eine Gefahr für Schiffsverkehr und Umwelt

INTERNATIONALE HOLZRÄUBER

Eichendiebstahl grassiert in Lothringen

Die 100 Jahre alten Bäume sind vor allem in China begehrt

In Frankreich kommt die sprichwörtliche deutsche Eiche auch heute noch in dem Landesteil am meisten vor, der zumindest teilweise wie das Elsass vor 1918 zu Deutschland gehört hatte: in Lothringen. Die begehrten Eichenbäume, die über 100 Jahre alt sein müssen, stammen also auch noch aus deutscher Zeit. In Hettange in Lothringen, nur fünf Kilometer von der Südgrenze des Großherzogtums Luxemburg entfernt und 15 Kilometer von der deutschen Grenze bei Perl, wurden im Frühjahr etwa 20 Bäume auf einem Privatgrundstück am Straßenrand gefällt. Vier Tage lang fällten Holzdiebe das Holz vor den Augen der Nachbarn und transportierten es ab. Die Besitzerin, die nicht in der Gemeinde wohnt, bemerkte all das erst, als alles bereits vorbei war, und erstattete Anzeige. Eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Didier Daclin, Vizepräsident des Verbands der privaten Forstwirtschaftsverbände der Region Grand-Est (Fransylva),

hat in seiner Region eine starke Zunahme solcher Fälle festgestellt, die er vor allem auf die steigende Nachfrage nach Parkett, Bauholz und Exportholz zurückführt. In den letzten fünf Jahren hat sich der Preis für Eichenholz verdreifacht, das Angebot hat sich aber – auch infolge des Klimawandels – verknappt, wobei die Nachfrage aber stark gestiegen ist. Das gestohlene Holz geht in den Export oder dient dazu, Parallelmärkte zu versorgen.

Diese wilden Abholzungen haben verheerende Auswirkungen auf die lokale Flora und Fauna. Der Einschlag ist brutal und endgültig, viele Besitzer werden nicht mehr die Mittel haben, danach wieder einen Wald aufzubauen, da es sehr teuer ist und sie die Ernte ihrer Arbeit nicht mehr erleben werden. Deshalb werden viele Parzellen nie wieder aufgeforstet werden. Das kriminelle Abholzen ist eine Katastrophe, es ist eine systematische Zerstörung der Landschaft, des Waldes, der Sauerstoff freisetzt. Hinzu kommt der

moralische Schaden, einen Wald zu verlieren, der von Generation zu Generation in den Familien weitergegeben wurde.

Eine Justiz, der es erheblich an Effizienz mangelt

Waldbesitzer bekommen vor Gericht nur selten Recht. In seinem Département Moselle versucht Daclin dennoch, die Opfer davon zu überzeugen, Klage einzureichen, aber nur wenige tun dies, da Anwälte und Sachverständige teuer sind und Diebe selten gefasst werden. Dazu dauern die Verfahren lange. Doch ohne Justiz wird der Eichenraubbau weitergehen.

Fransylva versucht, mit ihren Mitteln Lösungen zu finden, um diesen wilden Holzeinschlag zu verhindern und den Wald leichter zu überwachen. Dies geschieht durch die Sensibilisierung der Bürgermeister für das Thema, die Zusammenlegung kleiner Parzellen, die Bereinigung der Kataster oder auch die Identifizierung der Eigentümer. Der französische

Wald besteht zu 75 Prozent aus privaten Eigentümern. Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Forstwirtschaft Ländersache ist, ist im zentral regierten Frankreich Paris zuständig. Dort kümmert sich jedoch niemand um den Raubbau.

Der Diebstahl ist oft das Werk international agierender Profis. Die Diebe müssen über lokale Kontakte oder Hehler verfügen, die sowohl die Wälder mit den entsprechenden Eichen als auch die Umgebung vor Ort genau kennen. Außerdem muss man sich gut mit Holzfällerei auskennen und im Besitz der richtigen Ausrüstung sein. Vor allem in China ist die Nachfrage groß, weil dort weltweit die meisten Luxusjachten gebaut werden, deren Holz aus Eichen bestehen, das mehr als 100 Jahre alt sein muss. Trotz der Schwierigkeit, Bäume von bis zu fast 100 Meter Länge zu rauben, sind solche Diebstahle alles andere als ein Einzelfall. Oft gehen die Schäden bei einer Diebestour in die hunderttausend Euro. Bodo Bost

VON PETER ENTINGER

Wenn ein Politiker ein neues Amt antritt, dann eilen ihm nicht selten Vorschusslorbeeren voraus. Beim FDP-Politiker Marco Buschmann war das nicht anders. Als Fachkraft in der Fraktion hatte er sich durchaus einen Namen gemacht, als Justizminister galt er daher als Wunschlösung der Liberalen. Doch vieles bei der Ampel-Regierung blieb Stückwerk, und bei Buschmann, der bei Amtsantritt von sich selbst sagte, er wolle zum Entbürokratisierungsminister werden, ist das nicht anders.

Mit Beginn dieses Monats ist ein Gesetz in Kraft getreten, das vor allem Wirtschaftsvertreter auf die Palme bringt. Ampel-Vertreter, allen voran die freidemokratischen, beeilten sich in den vergangenen Monaten stets zu versichern, dass es sich nur um die Umsetzung einer Vorgabe aus Brüssel handele. Das stimmt zwar formal, doch der Vorgabe, dass alle Firmen künftig einen Nachhaltigkeitsbericht vorlegen müssen, haben die Ampel-Vertreter im EU-Parlament vor gut zwei Jahren zugestimmt. Als die Umsetzung der EU-Verordnung in die heiße Phase ging, musste das liberal geführte Justizressort Farbe bekennen. Denn die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichtserstattung (CSRD) kommt die deutsche Wirtschaft mit einem finanziellen Aufwand von 1,4 Milliarden Euro pro Jahr teuer zu stehen. In einem ersten Schritt werden 750 Millionen Euro fällig. Fast kleinlaut räumte Buschmann ein, dass es sich dabei ausschließlich um Bürokratiekosten handeln werde. „Es ist kein Geheimnis, dass ich über diese Regelungen unglücklich bin“, sagte Buschmann Ende Juni. Denn die neuen Regelungen würden vor allem Mehrbelastungen für die deutsche Wirtschaft bedeuten. „Das hätte es so nicht gebraucht“, sagte Buschmann.

Seit dem 1. Juli in Kraft

Mehr als 13.000 deutsche Kapitalgesellschaften sind ab sofort verpflichtet, einmal pro Jahr einen Bericht über ihre ökologischen und sozialen Ziele vorzulegen. Die Berichte sollen der Finanzbranche Empfehlungen für Investitionen geben. Das Ganze ist Bestandteil des sogenannten Green Deals, einem Lieblingsprojekt der EU. Die Ampel – wohlgemerkt vor nicht einmal drei Jahren auf der Seite der Befürworter – kann sich derzeit gar nicht schnell genug von dem eigenen Projekt distanzieren. „Seit Aufzeichnungsbeginn der Bürokratiekosten im Jahr 2006 hat kein Gesetz Kosten in dieser Größenordnung verursacht“, räumte Lutz Göbel, Chef des Normenkontrollrats der Bun-



Ein Projekt der Grünen und der Eurokraten in allen Parteien: Die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichtserstattung (CSRD)

BÜROKRATIE

„Das hätte es so nicht gebraucht“

Die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichtserstattung wird die deutsche Wirtschaft jedes Jahr 1,4 Milliarden Euro kosten

desregierung, ein. Das Ansinnen der EU war ursprünglich, ein nachhaltiges und inklusives Wachstum dadurch zu erreichen, dass Finanzströme auf ökologisch korrekte Projekte umgeleitet werden.

Die Pflichten des CSRD umfassen die Veröffentlichung von Informationen zu verschiedenen Aspekten der Nachhaltigkeit. Unter anderem müssen die Unternehmen darlegen, wie ihre Ausrichtung mit dem Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft und dem Erreichen des 1,5-Grad-Ziels vereinbar ist.

Keiner will's gewesen sein

Neben dem bürokratischen Aufwand und finanziellen Belastungen kommt ein weiteres Problem hinzu. Berichtspflichtige Unternehmen wollen offenbar Fragen zu

ihrer Lieferkette an kleinere Betriebe weitergeben, die nach den Gesetzesvorgaben eigentlich nicht zur Abgabe von Daten verpflichtet werden sollten. Dies sollte nämlich erst ab einer Betriebsgröße von 250 Mitarbeitern der Fall sein. Nach einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft planen dennoch 36 Prozent dieser kleineren Unternehmen, Berichte abzugeben. Teilweise sollen dafür Mitarbeiter geschult oder neues Personal eingestellt werden. Teilweise sollen sogar externe Dienstleister verpflichtet werden. Eine regelrechte Geldverbrennungsmaschine dürfte entstehen.

Die Forscher vom Institut der Deutschen Wirtschaft berichten von einer großen Unsicherheit bei der Frage, wer eigentlich abgabepflichtig sei oder wer

nicht. Der Wirtschaftswissenschaftler Jörg Rocholl, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats im Finanzministerium, bringt es dem „Spiegel“ gegenüber auf den Punkt: „Dieses Gesetz hat in der Wirtschaft für ein großes Durcheinander gesorgt.“ Viele Finanzvorstände hätten wichtige Bestandteile der Berichte als weitgehend irrelevant eingestuft. Der Datenaufwand sei zudem enorm. Kaum jemand blicke noch durch. Justizminister Buschmann hatte gefordert, den „Bürokratie-Burn-Out“ der Unternehmen zu beenden. Das hört sich witzig an, ist aber bitterernst. „Diese Richtlinie ist ein neues Negativbeispiel für maßlosen Verwaltungsaufwand“, kritisierte Rainer Kirchendörfer, Vorstandssprecher der Stiftung Familienunternehmer und Politik.

AUFRÜSTUNG

Rheinmetall ergattert Rekord-Auftrag

Die Bundeswehr hat bei dem Rüstungskonzern Artilleriemunition für 8,5 Milliarden Euro bestellt

Der börsennotierte Rüstungskonzern Rheinmetall AG, dessen Aktien zumeist von US-amerikanischen und europäischen Investmentgesellschaften gehalten werden, ist die größte deutsche Waffenschmiede. Zu deren Produktportfolio gehören gepanzerte Kettenfahrzeuge, sonstige Militärfahrzeuge, Artilleriegeschütze samt Munition sowie Flugabwehr- und Feuerleitsysteme. Als der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine von einer „Zeitenwende“ in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik sprach und die Schaffung eines Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ankündigte, äußerte der Rheinmetall-Konzernchef Armin Papperger die Erwartung, dass sein

Unternehmen hiervon profitieren werde. Und damit lag er tatsächlich richtig.

So genehmigte die Bundesregierung im Juni vorigen Jahres einen Rahmenvertrag über den Kauf von 155-Millimeter-Granaten, wie sie auch die Panzerhaubitze 2000 verschießt, im Gesamtumfang von 1,3 Milliarden Euro. Vor wenigen Tagen unterzeichnete die Präsidentin des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw), Annette Lehnigk-Emden, eine weitere Vereinbarung mit Rheinmetall, durch welche die Vertragssumme auf 8,5 Milliarden Euro erweitert wurde. Wie viele Geschosse Rheinmetall dafür liefern soll, ist unklar, doch wird eine Stückzahl im einstelligen Millionenbereich vermutet. Laut Papperger han-

delt es sich um den „größten Auftrag in der Firmengeschichte“ des Konzerns, die bis 1889 zurückreiche. Und das stärke „Rheinmetalls führende Rolle als Munitionsausrüster in Deutschland und unsere Position als weltweit größter Hersteller von Artilleriemunition“.

Die Auslieferung der ersten Granaten dieser Auftragsserie ist für Anfang nächsten Jahres geplant. Ihre Produktion erfolgt in der Rheinmetall Waffe Munition GmbH (RWM) im niedersächsischen Unterlüß. Deren jährliche Produktionskapazität soll von 100.000 Geschossen pro Jahr auf 200.000 verdoppelt werden. Dafür investierte der Konzern 300 Millionen Euro. Außerdem plant er die Errichtung weiterer Werke in Spanien, Litauen, Ungarn, Südafrika und Australien.

Allerdings sind die 155-Millimeter-Granaten von Rheinmetall nicht nur für die Aufstockung der geschrumpften Lagerbestände der Bundeswehr gedacht, sondern auch für die weitere „Unterstützung der Ukraine bei ihrem Abwehrkampf“. Darüber hinaus sollen die Niederlande, Estland und Dänemark von der Munitions-Massenproduktion profitieren.

Für das laufende Jahr rechnet Rheinmetall mit einem Gesamtumsatz von zehn Milliarden Euro. Das wäre ein weiterer deutlicher Anstieg gegenüber den 6,4 Milliarden von 2022 und den 7,2 Milliarden im Vorjahr und nahezu eine Verdoppelung im Vergleich zur Zeit vor dem Ukrainekrieg. Der Gesamtumfang aller laufenden Aufträge des Konzerns beläuft sich nun auf über 40 Milliarden Euro. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Demontage erzwungen

Rennes – In der französischen Gemeinde Guern im Herzen der Bretagne werden derzeit drei 140 Meter hohe Windkraftanlagen demontiert. Dies ist die Folge eines seit 2005 andauernden Rechtsstreites, den die Bewohner des 1300-Einwohner-Ortes gegen die Betreibergesellschaft SNC Parc Éolien de Guern geführt und bereits im Jahre 2010 klar gewonnen hatten – allerdings um den Preis von 30.000 Euro Gerichts- und Anwaltskosten. Damals urteilte das Berufungsgericht in Nantes, dass in der Region von Guern Windgeschwindigkeiten von bis zu 130 Kilometern in der Stunde möglich seien und es deswegen zu einer Zerstörung der Windkraftanlagen kommen könne. Da sich im Umfeld Wohnhäuser befänden, bleibe deshalb nur, die Anlagen abzureißen. Der Betreiber der Windräder wollte die Entscheidung des Gerichtes jedoch nicht akzeptieren und beantragte eine Änderungsbaugenehmigung. Aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen ist dieser Antrag nun abgelehnt worden. *W.K.*

Chiquita in den USA verurteilt

West Palm Beach – Die US-amerikanisch-schweizerische Fruchthandels-Gesellschaft Chiquita Brands International ist von einem Geschworenengericht in West Palm Beach im US-Bundesstaat Florida zur Zahlung von 38,3 Millionen US-Dollar Schadensersatz verurteilt worden. Grund hierfür ist die Tötung von acht Kolumbianern durch die paramilitärische Gruppe Autodefensas Unidas de Colombia (AUC). Diese hatte von Chiquita in der Vergangenheit mindestens 1,7 Millionen Dollar für „Sicherheitsdienstleistungen“ erhalten. Der Bananenexporteur behauptet, es handele sich um Schutzgeldzahlungen, zu denen er von der AUC gezwungen worden sei. Das Gericht sah allerdings keine Hinweise auf eine Erpressung durch die AUC. Nun könnten auf Chiquita noch erhebliche weitere Kosten zukommen, weil es insgesamt über 5000 Opfer der AUC geben soll und Folgeprozesse gegen Chiquita zu erwarten sind. *W.K.*

Neue Studie zu Impfungen

Amsterdam – Einer im Fachblatt „Forensic Science International“ veröffentlichten Studie zufolge besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen plötzlichen Todesfällen und vorausgegangenen Corona-Impfungen. So konstatieren der Epidemiologe Nicolas Hulscher von der University of Michigan und dessen Kollegen: „Wir stellten fest, dass 73,9 Prozent der Todesfälle direkt auf die Covid-19-Impfung zurückzuführen waren.“ Die neun Forscher aus den USA und Kanada werteten 678 Studien aus, in denen Pathologen über ihre Erfahrungen bei der Autopsie von Menschen berichteten, deren Ableben in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit Corona-Impfungen erfolgte. Die meisten Todesfälle traten innerhalb der ersten Woche nach der Vakzinverabreichung ein, wobei das mittlere Sterbealter bei über 70 Jahren lag. *W.K.*

KOMMENTARE

Reden mit den Taliban?

HERMANN MÜLLER

Geht es darum, Gründe zu finden, warum die Abschiebung eines ausländischen Straftäters nicht möglich sein soll, sind Grünen-Politiker selten um eine phantasievolle Antwort verlegen. Mal heißt es, den Kriminellen würden in ihren Heimatländern unmenschliche Haftbedingungen drohen, dann wird wieder gewarnt, die Abgeschobenen würden zu Hause sofort wieder laufen gelassen. Gelegentlich wird dann auch behauptet, eine Abschiebung würde nach einer Verurteilung durch ein deutsches Gericht eine doppelte Bestrafung darstellen, von der nur Ausländer betroffen seien.

Im Fall afghanischer Straftäter hat das grünegeführte Auswärtige Amt nun eine weitere Variante präsentiert. Eine Kooperation bei Abschiebungen nach Afghanistan würde zur internationalen Anerkennung der Taliban führen, so ein Sprecher des Ministeriums.

Glaubwürdig ist das jedoch nicht. Denn wenn es darum geht, Entwick-

lungshilfe zu schicken, hat die Ampel-Regierung keine Probleme mit den Herrschern am Hindukusch. So wurde im vergangenen Jahr bekannt, dass seit der Machtübernahme der Taliban 371 Millionen Euro an verschiedenste Projekte in Afghanistan geflossen sind.

Vor Kurzem wurde nun publik, dass die Bundesregierung zur Überweisung solcher Gelder auf das in der islamischen Welt verbreitete Hawala-Banking zurückgreift. Zur Einordnung: Der Bundesgerichtshof hat Organisationen, die solche Geldtransfers anbieten, als kriminelle Vereinigungen eingestuft. Das Auswärtige Amt hat den Rückgriff auf das in Deutschland verbotene Hawala-Banking dagegen als „ultima ratio“ gerechtfertigt, um in Afghanistan humanitäre Partnerorganisationen zu fördern.

Für diese Sichtweise mag es Argumente geben. Deutlich wird aber: Geht es um Vorhaben, die der „Ampel“ wichtig sind, dann lässt sie sich nicht durch Bedenken abhalten. Die Abschiebung von Kriminellen zählt offenbar nicht zu den Vorhaben mit hoher Priorität.

Das Drama um Biden

RENÉ NEHRING

Das Entsetzen war groß – und die Ratlosigkeit ist es noch immer. Das erste TV-Duell zwischen dem amtierenden US-Präsidenten Joe Biden und seinem alten wie neuen Widersacher Donald Trump – in dem Biden oft den Faden verlor, unverständliche Worte nuschelte, seine Sätze häufig nicht beenden konnte und stattdessen entgeistert ins Leere starrte – offenbarte den Anhängern der Demokraten, dass ihr Kandidat für die nächste Präsidentschaft der Herausforderung eines harten Wahlkampfes ebenso wenig gewachsen ist wie einer weiteren Amtszeit.

Vor allem die großen Leitmedien, die in Amerika einen ähnlich deutlichen Linksdrall haben wie in Deutschland und entsprechend bislang auf Bidens Seite standen, drängen den Präsidenten nun, auf seine Kandidatur zu verzichten und kurz vor dem offiziellen Nominierungsparteitag in Chicago Platz für einen anderen Bewerber zu machen.

Was die Kollegen von „New York Times“, „The Atlantic“, „New Yorker“ und anderen Häusern indes verschweigen, ist ihr eigener Anteil an dem Debakel. Denn dass Biden seit Jahren deutliche Zeichen einer Demenz zeigt, war in unzähligen seiner Auftritte vor den Augen der Welt offensichtlich. Doch anstatt ehrlich über ein unbestreitbares Problem offen zu reden, wurde – wie bei anderen Themen auch – geschwiegen und wurden stattdessen all jene, die das Problem ansprachen, bezichtigt, Trumpsche „Fake News“ zu verbreiten.

Nun also das Debakel. Dass dieses sich für die Demokraten auflöst, ist nicht zu erwarten. Denn längst erklärte Biden, trotz des „nicht so großartigen Abends“ in der vergangenen Woche, weitermachen zu wollen. Auch seine Familie spricht sich Medienberichten zufolge gegen einen Rückzug aus.

Ein altes Sprichwort lautet: Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht. Was es bedeutet, lässt sich am Drama um Joe Biden beispielhaft erkennen.



FOTO: YONHAPNEWS AGENCY/DPA

„Liebesgrüße aus Pjöngjang“: Ein mit Unrat bestückter nordkoreanischer Ballon nach der Landung im südkoreanischen Seoul

ANALYSE

Ballonkrieg um Korea

BODO BOST

Die Lage auf der koreanischen Halbinsel ist so angespannt wie lange nicht. Pjöngjangs Machthaber Kim Jong-un hatte im Januar in einer Rede eine Verfassungsänderung angekündigt und damit den Süden provoziert. Wörtlich sagte der kommunistische Machthaber: „Wir wollen keinen Krieg, aber wir haben nicht die Absicht, ihn zu vermeiden.“ Kim will Südkorea durch eine Verfassungsänderung zum „Feind Nummer eins“ erklären, da er zu dem Schluss gekommen sei, dass eine Wiedervereinigung mit dem Süden nicht mehr möglich sei. Im Falle eines Krieges auf der koreanischen Halbinsel solle die Verfassung die Frage der „Besetzung“, „Rückeroberung“ und „Eingliederung“ des Südens in sein Territorium regeln.

Am 9. Juni kündigte Südkorea an, seine Propagandakampagnen über Lautsprecher in Richtung Norden wieder aufzunehmen; eine Praxis, die ab 2018 während der Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten eingestellt worden war. Diese Entscheidung folgte darauf, dass Nordkorea am 8. Juni, mehr als 300 mit Müll gefüllte Ballons in den Süden ge-

schickt hatte, als Reaktion wiederum darauf, dass südkoreanische Aktivisten einen weiteren Tag zuvor ein Dutzend Ballons mit anti-nordkoreanischer Propaganda gestartet hatten.

Psychologische Kriegsführung

Ballonaktionen in Richtung Norden gab es bereits in den frühen 2000er Jahren. Sie wurden von Dissidenten organisiert, die nach der schrecklichen Hungersnot in den 1990er Jahren, bei der schätzungsweise eine Million Menschen ums Leben kamen, aus dem Norden geflohen waren. Die damals lancierten politischen Flugblätter gegen die Diktatur werden heute durch anspruchsvollere Propagandamaterialien wie USB-Sticks mit K-Pop, Fernsehkomödien oder Werbeclips und so weiter ersetzt. Aber auch durch Tausende von Ein-Dollar-Scheinen – da man in Pjöngjang bestimmte Produkte in Dollar bezahlen kann.

Als Vergeltung schickt Nordkorea Hunderte von Luftschiffen in den Süden, die mit Müll und Tierexkrementen beschwert sind – laut Pjöngjang „ehrliche Geschenke“ im Austausch für südkoreanische Propagandamaterialien. Dies erzürnte die Behörden in Seoul, die ihre Grenzarmee in Alarmbereitschaft versetzten –

und beschlossen, die Propagandakampagnen über Lautsprecher in Richtung Norden wieder aufzunehmen.

Die „psychologische Kriegsführung“ mit Lautsprechern geht auf die Zeit nach dem Koreakrieg in den 1950er Jahren zurück. An mehreren strategischen Punkten entlang der Grenze wurden riesige Lautsprecherwände errichtet, die regelmäßig politische Propaganda gegen die nordkoreanische Diktatur ertönen ließen. Auf der gegenüberliegenden Seite taten die Nordkoreaner das Gleiche mit patriotischen Reden, in denen sie den US-Imperialismus kritisierten. Im Jahr 2018 waren die Lautsprecher jedoch abgeschaltet worden.

Nun wird Seoul riesige Megaphone verwenden, um in der Nähe der entmilitarisierten Zone zwischen den beiden Staaten, die sich formell immer noch im Kriegszustand befinden, K-Pop zu spielen und Anti-Regime-Propaganda zu verbreiten. Das verärgerte Regime in Pjöngjang hat hingegen damit gedroht, die Lautsprecher mit Artillerie zu beschießen, wenn sie nicht ausgeschaltet werden.

So könnte der koreanische Ballonkrieg und die Wiederaufnahme der Lautsprecherpropaganda schnell der Auftakt zu einem heißen Konflikt werden.

PORTRÄT

Frankreichs Mann der Stunde

Ein „Politiker für das ganze Volk“ – als solcher versteht sich **Jordan Bardella**, Spitzenkandidat der rechten Partei Rassemblement National (RN). Nach dem Wahlsieg des RN mit 31,4 Prozent der Stimmen bei der Europawahl und rund einem Drittel der Stimmen bei der Vorrunde der vorgezogenen Parlamentswahlen in Frankreich hat der 28-Jährige sogar Chancen, neuer Premierminister zu werden. Bardella wäre nicht nur der jüngste Regierungschef, den Frankreich je hatte, sondern auch der Einzige aus den Banlieues (Vororten).

Bardella spielt mit seiner Herkunft, wenn er sagt: „Ich mache Politik wegen allem, was ich dort erlebt habe.“ Aufgewachsen ist der Hoffnungsträger des RN in einer Banlieue im Pariser Stadtteil Saint Denis, der geprägt ist vom Drogenhandel und der Gewalt radikaler Moslems. Als Sohn von Migranten mit italie-

nischen Wurzeln – seine Mutter stammt aus Turin, der Vater hat italienische und algerische Vorfahren –, schaffte er es trotz der bescheidenen Verhältnisse, eine katholische Privatschule zu besuchen. Nach dem Abschluss begann er ein Geografie-Studium, das er jedoch abbrach, weil die Politik ihn in seinen Bann zog.



FOTO: IMAGOMAPPP

Jung, charismatisch und redegewandt: Jordan Bardella

Begeistert von Marine Le Pen, trat er dem RN mit 17 bei, mit 19 wurde er Parteisekretär seines Departements und ein Jahr später erfolgte seine Kandidatur bei den Regionalwahlen. Le Pen wurde 2019 auf Bardella aufmerksam, lobte dessen „Charisma“.

Der Nachwuchspolitiker spricht akzentuiert und mit klaren Worten. Er nutzt die sozialen Medien, hebt sich von den bisherigen Eliten deutlich ab, indem er die drängendsten Probleme wie die Angst vor Armut und Migration offen benennt. Frankreichs Mann der Stunde spricht zunehmend Wähler der Mittel- und Oberschicht sowie Rentner an. Laut Umfragen könnte der RN bei der kommenden Wahlrunde am 7. Juli gut 33 Prozent der Stimmen erlangen – Emmanuel Macron hat seine Rechnung, den Rechtsruck in Frankreich aufzuhalten, offensichtlich ohne den Wirt gemacht. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Mit dem Picknick-Korb zum Konzert

Start der Musikfestivals in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern – Fester Bestandteil sind die Landpartien

VON HELGA SCHNEHAGEN

Das Schleswig-Holstein Musik Festival (SHMF) und die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern (FMV) haben die herrschaftliche Landidylle der Gutshäuser und Schlösser in Deutschlands Norden fest im Programm verankert. Oft bringen die Gäste ihren Picknick-Korb mit, um aus dem Konzertbesuch in dem gepflegten historischen Ambiente ein kleines persönliches Gartenfest zu machen.

Die „Musikfeste auf dem Lande“ gehören seit jeher zu den Herzstücken des SHMF, das vom 6. Juli bis 1. September weitere 203 Konzerte und zwei Kindermusikfeste in 120 Spielstätten an 71 Orten in Schleswig-Holstein, Dänemark, Hamburg und im Norden von Niedersachsen veranstaltet.

An jedem der fünf Musikfest-Wochenenden finden an den Sonntagen um 13, 15 und 17 Uhr und an den Sonntagen um 11, 13 und 15 Uhr jeweils drei Konzerte mit zwei einstündigen Pausen statt. An den Sonntagen gibt es zudem ab 20 Uhr noch zusätzlich ein etwa 90-minütiges Konzert. Wem das zu viel Musik auf einmal ist, sitzt das eine oder andere Konzert auf der mitgebrachten Decke oder im Liegestuhl einfach genüsslich aus.

Dem lockeren Rahmen entspricht das ausgefallene, bunt gemischte bis experimentelle Konzertprogramm. Mit Werken von Antonio Vivaldi bis Arvo Pärt gibt sich das zwischen Kiel und Rendsburg gelegene Gut Emkendorf zum Auftakt zwar noch recht klassisch. Doch dabei bleibt es in der Gutsscheune nicht. Später zeigt die Band Wildes Holz, dass die Blockflöte zur Rock- und Popmusik passt, und das Trio Agora spürt der Geschichte und Verbreitung des Tangos im 19. und 20. Jahrhundert nach (6./7. Juli).

Auf Gut Stockseehof südlich vom Plöner See traut die Obsthalle ihren Ohren nicht. Neben Werken von Joseph Haydn, Georg Friedrich Händel, Maurice Ravel und anderen Klassikern ertönt hier



Konzertgenuss der legeren Art: Ein Trio nutzt Strohbälle als Sitzunterlage beim Musikfest auf Gut Hasselburg

arabische und nahöstliche Musik. Und die belgische Band WÖR lädt an diesem ungewöhnlichen Ort zu einer Folk-Night ein (13./14. Juli).

Schloss Wotersen zwischen Hamburg und Ratzeburg wurde Ende der 1980er Jahre durch die Fernsehserie „Das Erbe der Guldenburgs“ schlagartig weithin bekannt. In der Reithalle erklingen Werke von Wolfgang Amadeus Mozart und Jean Sibelius neben irischer Volksmusik und abwechslungsreichen Kammermusik-Formationen von Mitgliedern des diesjährigen Schleswig-Holstein Festival Orchesters (27./28. Juli).

Gut Hasselburg bei Neustadt in Holstein steht beispielhaft für einen Gutshof aus dem 18. Jahrhundert. In seiner großen erhaltenen Reetscheune geht es dieses Jahr besonders bunt, spricht: anti-klas-sisch, zu. Das fünfköpfige Apollo's Cabinet begibt sich auf eine barocke Wand-erung zwischen Schauspiel, Tanz, Poesie

und Unterhaltung, das Duo Mackefisch steht mit einem Lieder-Poetry-Kabarett auf der Bühne und die vier Musiker von Maxjoseph präsentieren ihre ganz persönliche Vorstellung von Volksmusik (3./4. August).

Gut Pronstorf bei Lübeck schließlich ist eine besonders ansprechende Anlage. Das Herrenhaus aus dem 18. Jahrhundert gehört zu den schönsten Barockbauten in Holstein. Die hier ansässige Familie Graf zu Rantzau setzt die traditionelle Gutswirtschaft bis heute fort. Der aufwendig sanierte alte Kuhstall dient inzwischen als Konzertsaal und wird am Wochenende von dem Tübinger Klarinettenisten David Orlowsky samt Freunden bespielt (17./18. August).

Um den Nachwuchs geht es bei den Kindermusikfesten auf Schloss Wotersen, und das schon ab fünf Jahren. Dabei wird den Eltern einiges an Lärmverarbeitung abverlangt. Sollen die Kleinen doch mit

Gummistiefelflöten, Bratpfannen-Riesenrad, klappernden Kochtopfdeckeln und selbst gebastelten Instrumenten lernen, Klänge zu unterscheiden. Die Konzerte in der Reithalle setzen die musikalische Früherziehung mehr oder weniger lautstark fort (20./21. Juli).

Pferdepräsentation in Redefin

Das Festival Mecklenburg-Vorpommern hat dieses Jahr bis zum Abschlusskonzert am 17. September in Wismar 130 Veranstaltungen an 92 Spielstätten im Programm. Sein Picknick-Ort schlechthin ist seit 25 Jahren das Landgestüt Redefin. Schon am Nachmittag öffnet es seine Tore. Inmitten des über 200-jährigen strahlend weißen klassizistischen Gestütsensembles bietet Redefin nicht nur Picknickplätze unter alten Bäumen an, sondern auch Programm: Ponyreiten für Kinder und eine Präsentation ausgewählter Zuchtperde für die Erwachsenen.

Zu den Konzerten öffnet die moderne Reithalle ihre Tore: dieses Jahr für die französische Pianistin Hélène Grimaud und das Kammerorchester Camerata Salzburg (23. Juni) sowie den Pianisten Rudolf Buchbinder und das Sinfonieorchester Filarmonica della Scala (31. August). Das Mailänder Opernorchester mit seinem Chefdirigenten Riccardo Chailly verspricht es dazu erstmals in Mecklenburgs Pferde-Mekka.

Etwas Proviant schadet auch bei den Freiluft-Konzerten nicht, zumal man sich Zeit nehmen sollte, die herrlichen Spielorte selbst zuvor ausgiebig zu genießen. Ob bei der Großen Filmmusik Gala im Schlosspark Fleesensee in Göhren-Lebbin (29. Juni) oder dem Großen Open-Air-Konzert im Park von Schloss Bothmer (7. September), ein guter Tropfen – griffbereit – krönt jeden Abend.

Auch zum Kleinen Fest im großen Park von Schloss Ludwigslust kann eigener Proviant helfen, bei der Wanderung von Bühne zu Bühne bei Kräften zu bleiben. Hier geht es einmal nicht um Musik, sondern Kleinkunst: Akrobatik, Pantomime, Schauspiel, Comedy, Musik und Puppenspiel. Das Angebot ist derart groß, dass es sich lohnen kann, eine Auswahl zu treffen (3./4. August).

Längst zum Fünfsternehotel samt Restaurant entwickelt haben sich Schloss und Gut Ulrichshusen, der emblematische Festspielort der FMV schlechthin. Als der britische Violinist Lord Yehudi Menuhin 1994 erstmals in der gerade vom Stroh befreiten Scheune auftrat, war die verfallene Anlage noch ein Sanierungsfall. Zum 30. Jubiläum des Festspielortes lässt es sich Daniel Hope nicht nehmen, zusammen mit Sebastian Knauer und dem Hope-Orchestra zwei besondere Konzerte zu geben (7. Juli). Der Picknickkorb bleibt in diesem Fall besser zu Hause.

● Karten und Termine für Schleswig-Holstein Musik Festival: www.shmf.de; für Festival Mecklenburg-Vorpommern: www.festspiele-mv.de

AUSSTELLUNG

Eine Kunstbewegung zur Kur

Stilwende um 1900 – Bad Nauheim präsentiert in der Trinkkuranlage des Sprudelhofs Künstler des Jugendstils

Zwar wurde das hessische Bad Nauheim bereits im 9. Jahrhundert erstmals urkundlich erwähnt, doch Bedeutung erlangte der Ort erst Mitte des 19. Jahrhunderts als Heilbad für Herz-Kreislauf-Kranke. Der hessische Großherzog Ernst Ludwig initiierte um 1900 die Errichtung großzügiger Kuranlagen im Jugendstil. Deren Zentrum bildet die momentan in der Sanierung befindliche Trinkkuranlage des Sprudelhofs.

Seit 1997 ist der Jugendstilverein in Bad Nauheim aktiv, der jahrelang die Einrichtung eines entsprechenden Museums mit angeschlossenem Kulturprogramm anregte. Dem Verein wurde 2019 das Badehaus 3 des Sprudelhofs überlassen, in dem 2021 schließlich das Jugendstilforum für Wechselausstellungen eröffnet werden konnte.

Nach der erfolgreichen letztjährigen Ausstellung „Stilwende 1900“ ist derzeit die Nachfolgeschau „Stilwende 2.0 – Wege in die Moderne“ zu sehen. An insgesamt 14 Themenbereichen wird die Viel-

falt des Jugendstil-Kunsthandwerks erläutert. Dabei wird auf München als Zentrum der Kunstströmung in Deutschland verwiesen. Dort erschien 1896 erstmals die Zeitschrift „Jugend“, die als Namensgeber des neuen Stils fungierte. Auch der bedeutende Architekt Richard Riemer-

schmid, der die Gesamtplanung der Gartenstadt Dresden-Hellerau übernahm, stammte aus diesem „Stall“.

Ebenfalls bedeutende Zentren der künstlerischen Bewegung waren Berlin, Dresden und Weimar. Zudem werden Düsseldorf, Köln, Krefeld und Hagen als

Angelpunkte des Jugendstil-Kunsthandwerks genannt. Als regionales Zentrum in Hessen spielte schließlich Darmstadt eine große Rolle. Großherzog Ernst Ludwig fungierte hier als Mäzen der Künstlerkolonie Mathildenhöhe, zu der auch Peter Behrens und Josef Maria Olbrich gehörten. Sechs Darmstädter Künstler waren auch an der Ausgestaltung des Bad Nauheimer Kuranlagenkomplexes beteiligt.

Ein neben der Geschichte des Kunststils ausgiebig thematisierter Aspekt der Schau sind die Glasarbeiten der Jugendstil-Künstler. So sind mehrere bunte Vasen in floral gestalteten Bronze- und Messingmonturen zu sehen. Der Begleittext spekuliert darüber, ob die Kunsthandwerker von antiken Glasfunden dazu inspiriert worden sein könnten, in ihren Vasen und Schalen einen künstlichen Alterungsprozess zu simulieren.

Daneben ist eine Fülle an Exponaten zu sehen: Kacheln, Essbesteck, Teller, Kannen, Türgriffe, Leuchter, eine versilberte Messing-Tischuhr, Keksdosende-

sign für die Bahlsen-Werke in Hannover, zwei Wandplaketten von Alfons Mucha und zahlreiche Meisterwerke des Schmuckdesigns. Bisweilen ist der romanische Einfluss spürbar, wenn in Schalen opulente Peitschenlinien-Motive aufgegriffen werden, zudem Frauendarstellungen, meist in Form von elfenhaften „Femmes fatales“, auftauchen.

Die 1864 in Thorn, Westpreußen, geborene Julie Wolfthorn steuert hierzu die Buntstiftzeichnung einer selbstbewusst blickenden „Dame in Blau“ bei. In die Ausstellung ist folgerichtig die Sonderschau „Auf dem Weg zur Neuen Frau“ integriert, die Lebenswege von Künstlerinnen aus der Zeit von Jugendstil, Art déco und Bauhaus vorstellt.

Claus-M. Wolfschlag

● „Stilwende 2.0“ bis 28. Juli im Jugendstilforum im Sprudelhof, Badehaus 3 (Nebeneingang), Nördlicher Park 3, 61231 Bad Nauheim, geöffnet täglich außer montags von 13.30 bis 17.30 Uhr, Eintritt: 8 Euro www.jugendstilforum.de



Badehaus 3 im Sprudelhof: Der Ausstellungsort ist selbst ein Jugendstilkunstwerk

FUSSBALL-WM 1974

Der Weg zum Titel im eigenen Land

Viermal wurde Deutschland Fußballweltmeister, aber nur einmal im eigenen Land. Das war vor 50 Jahren.

Manches war bei dieser zehnten WM neu, so zum Beispiel die Siegestrophäe. Seit der ersten WM 1930 in Uruguay war diese der Coupe Jules Rimet gewesen. Von Beginn an war klar, dass die Mannschaft, die den Pokal das dritte Mal gewinnt, ihn behalten darf. Brasilien war das nach den vorherigen Erfolgen 1958 in Schweden und 1962 in Chile 1970 in Mexiko gelungen. Nun sollte erstmals der neue FIFA-WM-Pokal vergeben werden, und der ist nun ein echter Wanderpokal. Neu war auch, dass es diesmal zwei Gruppenphasen mit vier Gruppen à vier Mannschaften in der ersten und zwei Gruppen à vier Mannschaften in der zweiten Phase gab. Ebenfalls neu war, dass gleich zwei deutsche Mannschaften teilnahmen, die in der ersten Gruppenphase auch noch unweigerlich aufeinandertrafen.

Die Bundesrepublik war als Gastgeber gesetzt und gehörte nach dem überzeugenden Gewinn der vorausgegangenen EM in Belgien zu den Favoriten. Nicht so überzeugend wie 1972, aber standesgemäß gewann sie erst im Berliner Olympiastadion 1:0 gegen Chile und dann im Hamburger Volksparkstadion 3:0 gegen Australien. Dann kam es abermals im Volksparkstadion zum prestigeträchtigen deutsch-deutschen Duell. Obwohl die Bundeskicker gut motiviert waren, da ihr in Dresden geborener Trainer Helmut Schön DDR-geschädigt war, verloren sie durch ein Tor von Jürgen Sparwasser in der 77. Minute.

Abgesehen von der politischen Blamage hatte die Niederlage auch eine sportliche Dimension. Die DDR war ein WM-Debütant. So würde man nicht Weltmeister werden können. In der berühmten Nacht von Malente kam es im bundesdeutschen Quartier zu einer Aussprache. Dabei nahm der spätere Teamchef und damalige Mannschaftskapitän Franz Beckenbauer schon damals eine Führungsrolle neben dem als sehr weich geltenden Trainer ein.

Die Niederlage hatte für die bundesdeutsche Elf den Vorteil, dass sie dadurch in ihrer Gruppe I hinter der DDR-Mannschaft nur auf Platz 2 und dadurch in der zweiten Gruppenphase in die leichtere Gruppe B kam. Jugoslawien wurde in Düsseldorf mit 2:0 und Schweden in Düsseldorf mit 4:2 besiegt, nachdem man in der Pause noch mit 0:1 zurückgelegen hatte. In Frankfurt kam es dann zur legendären Wasserschlacht gegen die bis dahin ebenfalls gegen Schweden und Jugoslawien erfolgreichen Polen. Das Match ähnelte zeitweise einem Glücksspiel, da der Flug des mit Wasser vollgesogenen Balls, aber vor allem auch sein Rollen auf dem matschigen Boden kaum zu berechnen waren. Mit viel Glück gewannen die Deutschen das Duell, sodass die Bundesrepublik Gruppenerster wurde. Ihr kam es damit zu, mit dem Sieger der Gruppe A um die Meisterschaft zu spielen.

Am 7. Juli 1974 kam es im Münchner Olympiastadion zum Finale mit der ebenfalls hoch gehandelten Elf aus den Niederlanden. Nachdem die Deutschen bereits in der zweiten Minute durch einen Elfmeter in Rückstand geraten waren, glückte Paul Breitner ebenfalls mit einem Strafstoß in der 25. Minute aus. In der 43. Minute schoss dann der „Bomber der Nation“ Gerd Müller das entscheidende Siegtor.

Manuel Ruoff

RUDOLF VON BENNIGSEN

Bismarck-freundlicher Beutepreuße

Der vor 200 Jahren geborene Sohn eines welfentreuen Generalmajors des Königreichs Hannover wurde einer der wichtigsten nationalliberalen Verbündeten des preußischen Ministerpräsidenten bei der Reichseinigung



Im Jahre 1900: Rudolf von Bennigsen mit Mitte 70

Foto: Wikimedia

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Die sogenannte Lex Bennigsen verdankt ihm ihren Namen. Rudolf von Bennigsen brachte bei den Verhandlungen über die Verfassung des Norddeutschen Bundes 1867 erfolgreich diesen Zusatz ein, dem zufolge Anordnungen und Verfügungen des Bundes – und später dann des Reiches – vom Kanzler unterzeichnet werden mussten, der damit die Verantwortung übernahm. Diese Aufwertung des Amtes des Kanzlers führte dazu, dass es der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck selbst übernahm.

Am 10. Juli 1824 kam Rudolf von Bennigsen in Lüneburg zur Welt. Der Vater, Karl Ernst Gebhard von Bennigsen, war Generalmajor und Bevollmächtigter des Königreichs Hannover bei der Bundesmilitärkommission in Frankfurt am Main, seine Mutter, Elise de Dompierre von Jonquière, eine Tochter des hannoverischen Generalleutnants Karl von Jonquière.

Bennigsen studierte Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen und der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. 1843 wurde er im Corps Hannovera Göttingen aktiv, in dem zehn Jahre zuvor bereits Bismarck eine feuchtfröhliche Zeit verbracht hatte. 1844 schloss Bennigsen, das Studium in Heidelberg fortsetzend, sich zudem dem dortigen Corps Vandalia an.

Nach Studium und Referendariat wurde Bennigsen als liberaler Regierungsführer (Amtsauditor) in der zweiten Kammer der Ständeversammlung des Königreichs Hannover politisch aktiv. Es folgte eine Anstellung des Assessors in der Justiz-Kanzlei Aurich, weitere in Osnabrück, Hannover und Göttingen. Als ihm ein Urlaub verweigert worden war, verließ er die juristische Laufbahn und beschäftigte sich mit Landwirtschaft. Im Jahr 1857 trat er wieder in die Abgeordnetenkammer ein und übernahm den Vorsitz der Opposition.

1859 gründete Bennigsen mit Mitstreitern den Deutschen Nationalverein, der

sich für eine kleindeutsche Lösung der deutschen Frage unter der Führung Preußens einsetzte sowie die Bildung einer Nationalversammlung und eine starke Zentralregierung zum Ziel hatte. Bennigsen selbst wurde Vorsitzender der Vereinigung.

Ein Jahr nachdem sich Preußen als Folge des gewonnenen Deutschen Krieges 1866 den Kriegsverlierer Hannover einverleibt hatte, wurde Bennigsen Abgeordneter des Preußischen Abgeordnetenhauses sowie des Reichstages des neugegründeten Norddeutschen Bundes. Bennigsen's Deutscher Nationalverein löste sich 1867 auf. Die 30.000 Mitglieder gingen zum größten Teil in die neugegründete Nationalliberale Partei (NLP) über.

Vorsitzender der Nationalliberalen

Obwohl er andere Vorstellungen vom Aufbau des neuen Staatswesens hatte, unterstützte Bennigsen im Abgeordnetenhaus wie ab 1871 auch im Reichstag des Kaiserreiches Bismarcks Politik. So war er 1870 Bismarcks Vertrauensmann bei den

Verhandlungen zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten. Der Hannoveraner hat insbesondere im ersten Jahrzehnt nach der Reichsgründung eng mit Bismarck zusammengearbeitet, der ihn wegen seines Pragmatismus schätzte.

Dem Hannoveraner, der erst 1866 Preuße wurde, fehlte die unmittelbare Erfahrung des preußischen Verfassungskonfliktes. Deshalb war er Bismarck gegenüber weitaus positiver eingestellt als seine altpreußischen Parteifreunde. Diese unterschiedlichen historische Vorprägungen innerhalb der Nationalliberalen Partei förderte später die Spaltung der Partei.

Von 1873 bis 1879 war Bennigsen Präsident des Preußischen Abgeordnetenhauses. Ab 1871 führte er als Mitglied des Reichstags des neugegründeten Deutschen Reichs die Fraktion der Nationalliberalen Partei an, die in den ersten Jahren des Deutschen Reichs die stärkste politische Kraft war. Dabei unterstützte er meist den außenpolitischen Kurs der Regierung, während er in der Innenpolitik meist mehr eine Oppositionsrolle einnahm.

Angewandte Ablehnung Wilhelms I.

Der Eiserne Kanzler würdigte in seinen späteren Erinnerungen Bennigsen's Bedeutung für das Gelingen der Integration Hannovers in das preußische Staatsgefüge nach der Annexion, auch wenn Kaiser Wilhelm I. die bürgerliche Neigung aus Hannover, der eigenen Krone wenig zugewandt zu sein, wohl eher als Hochverrat bewertet haben mag. „Obwohl die nationalliberale Partei in Hannover und die Wirksamkeit ihres Führers vor und nach 1866 die Verstaatlichung Hannovers wesentlich erleichtert hatte und der Kaiser ebenso wenig wie sein Vater 1805 eine Neigung hatte, diesen Erwerb rückgängig zu machen, so war der fürstliche Instinkt in ihm doch herrschend genug, um solches Verhalten eines hannöverschen Untertanen gegen die welfische Dynastie mit innerlichem Unbehagen zu beurteilen“, so Bismarcks Rückblick.

1877 bot Reichskanzler Bismarck Bennigsen einen Ministerposten an. Dazu kam es jedoch nicht, denn der forderte zwei weitere Ministerposten für seine beiden Parteifreunde Max von Forckenbeck und Franz von Stauffenberg. Doch Bismarck lehnte das Ansinnen ab. Er wollte nur Bennigsen aus dessen Partei herauspressen, um die Opposition zu schwächen. Verärgert über Bennigsen's Verhalten, behauptete Bismarck, Kaiser Wilhelm I. habe alle drei Personen abgelehnt. Bismarck griff Stauffenberg direkt an. Dieser strebe nur aus persönlichen Motiven nach einem Ministeramt. Gegen diesen Vorwurf nahm Bennigsen ihn in Schutz.

1878/79 vollzog Bismarck eine konservative Wende, mit der er die Nationalliberalen spaltete in einen rechten Flügel, der an dem Bündnis mit der Regierung festhielt, und einen linken, der in die Opposition ging. Die Abspaltung einer linken Gruppe, zu der neben Forckenbeck und Stauffenberg auch Eduard Lasker und Ludwig Bambergers gehörten, die sich 1880 als Liberale Vereinigung formierte und 1884 mit der linksliberalen Deutschen Fortschrittspartei zur Deutschen Freisinnigen Partei fusionierte, konnte Bennigsen nicht abwenden. Er legte 1883 zunächst alle Ämter und Mandate im Reichstag sowie im Preußischen Abgeordnetenhaus nieder und wurde bis 1884 Mitglied des Preußischen Staatsrates. 1887 kehrte er für drei Wahlperioden in den Reichstag zurück. Zudem amtierte er von 1888 bis 1897 als Oberpräsident der Provinz Hannover und von 1888 bis 1893 auch noch als Landrat des Kreises Peine.

Bis Ende des Jahres 1897 blieb Bennigsen noch im Staatsdienst, dann trat er in den Ruhestand. Allerdings wirkte er noch bis 1898 für seinen ehemaligen Wahlkreis Otterndorf-Neuhaus im Reichstag. Er starb am 7. August 1902 auf Gut Bennigsen bei Springe.



Um 1870: Schloss Wilhelmshöhe

Foto: Michael Imhof Verlag

VON HEINRICH PRINZ
VON HANNOVER

Es war längst überfällig, dass der Stadtarchivar von Metzingen bei Reutlingen, Rolf Bidlingmaier, die hessische Residenz Schloss Wilhelmshöhe in Kassel für das historische Bewusstsein von Stadt und Land wieder als ehemalige Sommerresidenz erfahrbar macht. Der Autor hat sich zuvor bereits sehr ausführlich mit dem Alten und Neuen Schloss in Oettingen, dem Kronprinzenpalais in Stuttgart und dem Residenzpalais in Kassel beschäftigt. Bidlingmaiers neuestes Werk über das Schloss Wilhelmshöhe übertrifft dabei alle Erwartungen. Er beschreibt nicht nur die Architektur und stellt ihre Bezüge zur zeitgenössischen Stilentwicklung dar, sondern er widmet sich auch sehr detailliert den Innenräumen samt ihrer Ausstattung.

Kassel galt bis zu seiner Kriegszerstörung 1943 als eine der schönsten Städte Deutschlands. Dieser Umstand rührte auch daher, dass die hessischen Landgrafen und Kurfürsten seit dem 17. Jahrhundert ihren Heiratskreis auf europäische Königshäuser ausdehnten und sich so deren Maßstäbe für ihr Wirken wie auch für die Gestaltung ihrer Residenz, zu eigen machten.

Erst im Januar 1945 wurde der zu Wohn- und Repräsentationszwecken erbaute Mittelbau, das Corps de Logis, von Schloss Wilhelmshöhe bei einem Luftangriff fast vollständig zerstört, und der kuppelbekrönte Mittelbau des Schlosses wurde durch Bomben stark beschädigt. Die Kuppel des Mittelbaus wurde bis heute nicht wieder hergestellt. Dabei vernichteten Brandbomben der Royal Air Force die prachtvollen Innenräume. Der Wiederaufbau für die Gemädegalerie und die Antikensammlung erfolgte in den Jahren 1962 bis 1974 unter dem Motto „dies ist kein Schloss, sondern ein modernes Museum“. Vor diesem Hintergrund stellt der Autor eine Gesamtdarstellung der Bau- und Nutzungsgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der verlorenen Räume in den Mittelpunkt seiner Arbeit.

Sommerresidenz der Landgrafen und Kurfürsten von Hessen

An der Stelle von Schloss Wilhelmshöhe stand im Mittelalter das Kloster Weißenstein, so benannt nach dem auf dem Plateau im Boden vorkommenden, hellen Quarz. Das Kloster ist bereits 1143 nachweisbar und war von Augustinerinnen besiedelt. Mit der Reformation hob Landgraf Philipp der Großmütige 1527 das Kloster auf und benutzte es für seine Sommeraufenthalte. Ab 1606 ließ Landgraf Moritz das vormalige Kloster in ein

dreiflügeliges Schloss im Stil der Renaissance umgestalten. Die Anlage wurde aufgrund ihrer Nähe zur Residenzstadt Kassel von den Landgrafen gerne als Sommerresidenz genutzt und im 17. und 18. Jahrhundert immer wieder umgebaut und modernisiert.

1785 starb Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel. Sein Nachfolger Wilhelm IX. entschloss sich, auf dem Weißenstein anstelle des alten Schlosses eine neue Residenz zu errichten und den Garten in einen Landschaftspark umzugestalten. Noch während der Abrissarbeiten des alten Schlosses erbaute der Architekt Simon Louis Du Ry den frühklassizistischen Weißensteinflügel in südlicher Richtung des ehemaligen Schlosses.

Bereits 1787 erhielt der Architekt vom Landgrafen den Auftrag in nördlicher Richtung einen zweiten Flügelbau zu errichten, den sogenannten Kirchflügel. Nach längeren Planungen und Überlegungen genehmigte im Januar 1792 Landgraf Wilhelm IX. dem Architekten Hans Heinrich Jussow, der zwischen den beiden Flügelgebäuden von Du Ry einen Mittelbau entwarf, die Bauarbeiten zu beginnen. So erhielt Schloss Wilhelmshöhe einen kontrastierenden Mittelbau, der die unterschiedlichen Baugesinnungen von Du Ry und Jussow erkennen lässt.

Während Du Ry, aus dem Spätbarock kommend, in frühklassizistischer Manier noch an einem Fassadensystem festhält, löst Jussow dieses System auf und stellt den Portikus vor das Gebäude. Die rund gebauten Verbindungsflügel, zwischen dem Mittelbau und den beiden Seitenflügeln gelegen, entstanden erst 1829 und dienten Kurfürst Wilhelm II. u.a. als moderne Appartements.

Im Jahr 1806 wurde Kurhessen von französischen Truppen besetzt. Kurfürst Wilhelm I., der 1803 die Kurwürde erlangt hatte, floh nach Prag. Die Wilhelmshöher Residenz blieb kurzfristig ungenutzt, wobei der Kurfürst das Nötigste mitgenommen hatte und bedeutende Möbel, Gemälde und Statuen weg-räumen und verstecken ließ. Nachdem Napoleons Bruder Jérôme 1807 zum Kö-

SCHLOSS WILHELMSHÖHE

Kassels Domizil der Herrscher dreier Reiche

In der für den Landgrafen von Hessen-Kassel errichteten Dreiflügelanlage residierten der König von Westfalen und der Deutsche Kaiser. Kaiser Napoleon III. war hier nicht nur zu Besuch, sondern auch interniert

nig von Westfalen ernannt worden war, nutzte er das Schloss für sich als Sommerresidenz. Zu Ehren seines Bruders, des Kaisers der Franzosen, erhielt das Schloss im Dezember 1807 die Bezeichnung „Napoleonshöhe“. Unter König Jérôme kam es fast nur zu Umbauarbeiten im Schloss. Viele Räume wurden im Empirestil neu dekoriert und möbliert. Die Außenfassade des Schlosses erhielt keine Veränderung. Mit dem Zusammenbruch des Königreichs Westphalen 1813 und der Flucht des Königs Jérôme wurde ein Großteil der Einrichtungsgegenstände sowie der Seidentapeten und Gardinen in Kisten verpackt und mitgenommen. Zurück blieben nur die größeren und aufwendig zu transportierenden Möbelstücke wie Konsoltische, Kommoden, Schreibtische, Betten, zerbrechliche Objekte wie Spiegel oder schwere Gegenstände wie Büsten und Statuen.

Raumdekorationen des Klassizismus und Empire

Nach seiner Rückkehr im November 1813 übernahm Kurfürst Wilhelm I. von Hessen-Kassel weitestgehend ein leeres Schloss. Es benötigte vor allem neue Wandbespannungen, Tapeten, Leuchten und Vorhänge. Mit der Thronbesteigung von Kurfürst Wilhelm II. 1821 wurde die Beletage des Mittelbaus neu ausgestattet, modernisiert und zum Teil aufwendig möbliert.

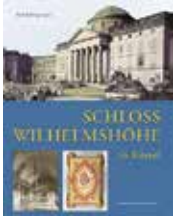
Der letzte Kurfürst von Hessen-Kassel, Friedrich Wilhelm, ließ keine aufwendigen Bauarbeiten mehr zu. Während seiner Regierungszeit wurden nur noch begonnene Bauaufträge seines Vaters abgeschlossen und konservatorische Maßnahmen ergriffen. Im Deutschen Krieg von 1866 wurde Kurfürst Friedrich Wilhelm abgesetzt und am 23. Juni als Gefangener nach Stettin überführt. Kurhessen wurde Teil des preußischen Staates und Kassel Hauptstadt der nunmehr preußischen Provinz Hessen-Nassau.

Trotz der Annexion durch Preußen behielt Schloss Wilhelmshöhe seine bisherige Funktion als Residenz. Bei der Schlacht von Sedan im Deutsch-Franzö-

sischen Krieg von 1870/71 geriet Kaiser Napoleon III. in preußische Gefangenschaft. König Wilhelm I. von Preußen überließ ihm vom 5. September 1870 bis zum 19. März 1871 Schloss Wilhelmshöhe als Quartier. Napoleon III. bezog die Appartements der Beletage im Mittelbau. Der Winter 1870/71 war übermäßig kalt und der Kaiser ein sehr kälteempfindlicher Mensch. Dementsprechend stark wurde für ihn im Schloss geheizt. Durch das starke Heizen entstand erheblicher Schaden am Schloss. Einige Öfen zersprangen und viele Holzteile, so die Wandverkleidungen, Türen und Parkettfußböden trockneten aus und verzogen sich. Somit hinterließ Napoleon III. Reparaturkosten von 6791 Reichstalern. Diese wurden auf Anordnung von König Wilhelm I. von Preußen aus dem Kronfideicommiss beglichen.

Unter dem Deutschen Kaiser Wilhelm II. erhielt das Schloss Wilhelmshöhe zum letzten Mal den Status einer Sommerresidenz. Die Übergabe des Schlosses an das Oberhofmarschallamt in Berlin fand offiziell erst 1893 statt. Der Kaiser besuchte ab 1897 regelmäßig „seine“ Kasseler Residenz und ließ dafür im südlich gelegenen Weißensteinflügel Appartements für seine Kinder herrichten. Er und die Kaiserin bewohnten die Beletage im Mittelbau. Mit dem Ende der Monarchie fiel das Schloss an die neugegründete Preußische Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten, die Schloss Wilhelmshöhe als „Museumsschloss“ erstmals der Öffentlichkeit zugänglich machte.

Heute wird das Schloss von der „Verwaltung Staatlicher Schlösser und Gärten Hessen“ betrieben und ist Sitz von „Hessen Kassel Heritage“.



Rolf Bidlingmaier:
„Schloss Wilhelmshöhe in Kassel“, Michael Imhof Verlag Petersberg 2014, Hardcover, 504 Seiten, 415 Farb- und 119 SW-Abbildungen, 69,95 Euro, ISBN 978-3-7319-1317-7.

RESTITUTION

Der eigenen Zeit weit voraus

Im Zuge der Aufarbeitung der eigenen Kolonialgeschichte kommt es derzeit zu diversen Rückgaben von Exponaten aus Afrika, die während der Kolonialzeit in den Bestand deutscher und europäischer Museen geraten waren. Das ist derzeit Trend. Eine derartige Rückgabe erfolgte allerdings auch schon vor 70 Jahren. Allerdings war sie nicht ganz freiwillig.

Im Zuge der Eroberung und Befriedung ihres Schutzgebietes Deutsch-Ostafrika stießen die Deutschen auf militärischen Widerstand von Mkwavinyika Munyigumba Mwamuyinga, besser bekannt als Chief Mkwawa oder Sultan Makaua. Der Herrscher des Volkes der Hehe in Uhehe führte einen langen, über weite Strecken erfolgreichen Krieg gegen die vorrückenden Deutschen um die Vorherrschaft in Zentral-Tanganjika.

Eine von Leutnant Tom Prince geleitete Strafexpedition brachte den überdies verwundeten Mkwawa 1898 allerdings militärisch in eine derart desolate Situation, dass er sich entweder selbst das Leben nahm oder durch einen seiner letzten Krieger töten ließ, um zumindest nicht lebend in die Hände der Deutschen zu fallen. Der Feldwebel der Schutztruppe Johann Merkl schnitt der Leiche den Kopf ab, um die auf diesen ausgesetzte Prämie von 6000 Rupien zu kassieren. Merkl selbst oder sein Vorgesetzter Prince brachten dann den Kopf nach Deutschland.

Nach dem Ersten Weltkrieg teilten sich die Kriegssieger Deutschlands Kolonialreich, und Großbritannien bekam Tanganjika zugesprochen. Es machte sich nun zum Anwalt der autochthonen Bevölkerung gegenüber der vormaligen Schutzmacht. In Artikel 246 des Friedens von Versailles



FOTO: MATT CRYFT/WIKIMEDIA

Mutmaßlicher Mkwawa-Schädel

heißt es: „Binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags ... ist der Schädel des Sultans Makaua, der aus dem deutschen Schutzgebiet Ostafrika entfernt und nach Deutschland gebracht worden ist, von Deutschland der Regierung Seiner Britischen Majestät zu übergeben.“

Die Deutschen taten sich schwer mit dem Auffinden des Schädels und schickten den Briten gleich drei zur gefälligen Auswahl. Damit war das Thema erst einmal erledigt.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und Deutschlands Besetzung hatten die Briten ganz andere Möglichkeiten, selbst zu suchen. 1953 besuchte der damalige Gouverneur von Tanganjika, Edward Twining, das Bremer Übersee-Museum und ließ sich Schädel zeigen. Er entschied sich für einen mit einem Einschussloch, der zu Mkwawas gewaltsamem Tod zu passen schien, nahm ihn mit und übergab ihn am 19. Juni 1954 in einer feierlichen Zeremonie in Kalenga Mkwawas Volk. Mittlerweile ist der Schädel in Kalengas Mkwawa Memorial Museum zu besichtigen. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Staaten und Reiche kommen und gehen – das gilt auch für Europa. So liegen der Zerfall der Sowjetunion, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei sowie der Untergang der DDR noch gar nicht lange zurück. Manche Menschen glauben, solche Ereignisse seien eher selten und vorrangig dem Ende des Kalten Krieges geschuldet. Tatsächlich jedoch stellte die europäische Geschichte seit dem Ende des Imperium Romanum eine einzige Abfolge des Werdens und Verschwindens von politischen Gebilden dar, wobei die meisten davon in Vergessenheit gerieten.

Das trifft etwa auf das Tolosanische Reich zu, das 418 gegründet wurde und dessen Hauptstadt das heutige Toulouse war. Hier herrschten die germanischen Westgoten. Sie machten aus ihrem Besitztum binnen kurzer Zeit den mächtigsten aller Staaten im nachrömischen Westeuropa. Dann erlitt dessen Oberhaupt Alarich II. im Spätsommer 507 in der Schlacht von Vouillé eine vernichtende Niederlage gegen die Franken unter Chlodwig I., woraufhin das Tolosanische Reich sehr schnell kollabierte. Heute gibt es kaum noch Zeugnisse von dessen 89-jähriger Existenz – abgesehen von einigen Münzen, Schmuckstücken und Ortsnamen mit typischen Endungen sowie dem 1988 ausgegrabenen Rest des tolosanischen Königspalastes unter dem Hôpital Larrey in Toulouse.

Burgund hielt besonders lange

Nur wenige Relikte blieben gleichermaßen von dem Königreich Strathclyde, einem zählebigen Überbleibsel des archaischen Britannien auf nunmehr schottischem Gebiet. Der Ursprung von Strathclyde liegt im Dunkel des frühen 5. Jahrhunderts und ist mit den Legenden um den mythischen Zauberer Merlin beziehungsweise den sagenhaften König Artus verknüpft. Später füllte das Reich das politische Vakuum in der permanent instabilen Zone zwischen Schottland und England, woraus seine ungewöhnlich lange Existenz resultierte.

Die eindrucksvollste Hinterlassenschaft von Strathclyde ist eine Burg auf dem markanten Basaltfelsen Dumbarton Rock am Ufer des River Clyde. Darin residierten Ceretic Guletic und dessen Nachfolger, bis ihr Besitz im 12. Jahrhundert in das Eigentum der Könige von Schottland überging.

Außerdem war da noch Burgund, das die Leute heutzutage meist mit dem Burgunderwein in Verbindung bringen, während Historiker gerne darüber streiten, ob es fünf, sechs, sieben oder gar zehn burgundische Reiche gegeben habe. Auf jeden Fall währte die Geschichte von Burgund vom Jahr 411, als der germanische Stammesführer Gundahar das kurzlebige Regnum Burgundionum be-



Zeugnis von Macht und Reichtum des damaligen Herzogtums Burgund: Schloss Chateauneuf nahe Dijon in Frankreich

Foto: imago/Zoonar

STAATEN

Die Botschaft der untergegangenen Reiche Europas

Unser Kontinent ist übersät von Spuren, die Staaten hinterlassen haben, welche schon lange vergangen sind. Ihre Schatten machen uns klar, dass selbst das scheinbar Unverrückbare nicht sicher ist

gründete, bis 1477, als das Herzogtum Burgund unter der Übermacht seiner Feinde zusammenbrach und zum französischen Kronland mutierte. Neben dem Wein erinnern derzeit vor allem noch die mittelalterlichen Gemäuer in Dijon und dessen Umgebung an das mehr als tausendjährige Burgund.

Ein weiteres in Vergessenheit geratenes, aber ebenfalls länger als tausend Jahre bestehendes Reich mit einem Zentrum auf europäischem Boden war Byzanz. Die griechische Stadtgründung Byzanz wurde 330 n. Chr. nach dem römischen Kaiser Konstantin benannt, der Konstantinopel zur Hauptstadt des östlichen Teiles des Imperium Romanum machte. Aus dem Letzteren ging das Byzantinische Reich hervor, welches bis 1453 existierte. Dann fiel Konstantinopel in die Hände der Osmanen.

Byzanz kontrollierte zeitweise Süditalien, den Balkan, weite Gebiete rund um das Schwarze Meer, Anatolien, die

Ägäis, Zypern, Ägypten sowie die Levante, verging schließlich aber unter dem Ansturm des Islam und aufgrund etlicher innerer Gebrechen. Viele der prächtigen Kirchenbauten aus byzantinischer Zeit existieren noch heute, allerdings wurden in der Türkei etliche davon – so wie zuletzt die Hagia Sophia in Istanbul – in Moscheen verwandelt.

Ruthenien lebte nur für Stunden

Sehr viel weniger bekannt als das Byzantinische Reich ist das Königreich Etrurien in der Toskana, das 1801 im Nachgang des Zweiten Koalitionskrieges zwischen dem revolutionären Frankreich und einer Allianz um Russland, Österreich und Großbritannien entstand. Seine Errichtung resultierte aus dem Bestreben Napoleons, Vasallenstaaten in Italien zu schaffen, und war das früheste monarchistische Experiment des nunmehrigen Ersten Konsuls der Französischen Republik. Als König von Etrurien fungierte der

junge Ludwig Ferdinand Philipp von Parma, welcher aber schon im Jahre 1803 starb, wonach das Regno di Etruria zunächst an seine Witwe ging und hernach im Mai 1808 dem französischen Kaiserreich einverleibt wurde. Aktuell erinnert praktisch nichts mehr an diese nur wenige Jahre währende Episode der europäischen Geschichte und schwere nationale Demütigung Italiens.

Die kürzeste Existenz aller Reiche und Staaten auf europäischem Boden war freilich der Republik Ruthenien in der Karpatenukraine beschieden. Ruthenien gehörte lange Zeit zu Österreich-Ungarn und fiel 1920 durch das Friedensdiktat von Trianon an die 1918 gegründete Tschechoslowakische Republik.

Das stieß auf den Widerstand der ruthenischen Nationalisten, die nach Selbstständigkeit strebten. Daher nutzten sie den Einmarsch der Wehrmacht in die „Rest-Tschechei“ am 15. März 1939 sowie die daraufhin erfolgte Abspaltung der Slo-

wakei, um eine eigenständige Republik auszurufen. Allerdings rückten noch am Nachmittag desselben Tages ungarische Truppenverbände in Ruthenien ein, woraufhin das Gebiet bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges von Budapest kontrolliert wurde. 1945 erklärte Stalin die Karpatenukraine zu einem Teil der Ukrainischen Sowjetrepublik, weswegen Ruthenien nun zur Ukraine gehört, die keinerlei Interesse daran hat, ein Wiederaufleben des ruthenischen Separatismus oder eine Erinnerung an die Staatsgründung von 1939 zuzulassen.

Manche Staaten und Reiche verschwanden also erst nach langem Siechtum, während andere so blitzartig vergingen, wie sie entstanden waren. Daran zeigt sich die Unwägbarkeit historischer Entwicklungen, welche eine Mahnung an die Adresse der heute Lebenden und Regierenden darstellt: Uneingeschränkt sicher ist in Europa am Ende gar nichts – weder auf lange noch auf kurze Sicht.

BAUGESCHICHTE

Denkmäler der Vergänglichkeit

„Lost Places“: Spektakuläre Ruinen erinnern an versunkenen Ruhm und Reichtum

Gut erhaltene Schlösser und Paläste ermöglichen einen aufschlussreichen Blick auf die Lebenswirklichkeit vergangener Zeiten. Aber auch die Ruinen einstiger Luxusanwesen können spannende Erkenntnisse vermitteln: Je pompöser sie früher waren, desto stärker sticht ihr Verfall ins Auge, was wiederum die Vorstellung von der Macht der Vergänglichkeit und dem unerbittlichen Verirren der Zeit schärft.

Zu den ältesten Bauwerken dieser Art gehört das Jahaz Mahal in der Ruinenstadt Mandu im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh. Der sogenannte Schiffspalast entstand auf Betreiben von Sultan Ghiyas-ud-din Khilji, der von 1469 bis

1500 regierte und angeblich 12.000 Frauen hatte. Deshalb diente das Jahaz Mahal wohl auch als Harem. Heute bildet es eine malerisch heruntergekommene Kulisse für Bollywood-Filme, Musik- und Lichtschauen sowie Ballon-Feste.

Zahlreiche weitere ehemals prächtige Immobilien, die nun als „Lost Places“ und Anziehungspunkte für Liebhaber des Morbiden gelten, stammen aus dem 19. Jahrhundert. Das gilt unter anderem für Sans Souci in Milot auf Haiti. Das 1813 erbaute Gebäude war die Residenz des vormaligen schwarzen Sklaven Henri Christophe, der sich selbst zum König der Insel erklärt hatte. Es wurde 1842 bei ei-

nem Erdbeben schwer beschädigt und nie wieder repariert.

Mitte der 1820er Jahre wiederum ließ der äußerst wohlhabende irische Grundbesitzer John Dawson Duckett den neugotischen Palast Duckett's Grove in der Grafschaft Carlow errichten. Später logierten darin Kämpfer der Irish Republikanischen Armee, bevor das Anwesen im April 1933 niederbrannte. Daher kann nur noch der Garten und die Ruine des einstmals grandiosen Landsitzes besichtigt werden.

Eine ebenso spektakuläre Ruine ist das Herrenhaus Lennox Castle unweit der schottischen Stadt Lennoxton in East Dunbartonshire. Es stammt aus dem Jah-

re 1841 und wurde 1927 in eine psychiatrische Klinik umgewandelt, die bis 2002 existierte. Danach sorgten Brände und blinde Randaliererei für einen rapiden Verfall, obwohl das Objekt weit oben auf der Liste der unbedingt zu erhaltenden schottischen Baudenkmäler steht.

Sehr bewegt verlief die Geschichte des 1901 fertiggestellten Schlosses von Frank Bannermann, dem seinerzeit größten Waffenhändler der Vereinigten Staaten, auf Pollepel Island im Hudson River 80 Kilometer nördlich von New York. Im August 1920 ereignete sich hier eine Munitionsexplosion, die den Komplex teilweise in Schutt und Asche legte. Aber

auch das späte 20. Jahrhundert hinterließ verlassene Paläste.

Zu denen zählt Hamilton Palace in Uckfield in der südenglischen Grafschaft East Sussex. Dieser Prunkbau entstand auf Initiative des mehrfach vorbestraften Immobilienspekulanten Nicholas van Hoogstraten und kostete rund 40 Millionen Pfund. Hoogstraten wollte in dem Gebäude seine Kunstsammlung unterbringen und später auch darin bestattet werden. Weil er sich im Jahr 2000 mit dem Architekten überwarf, blieb Hamilton Palace unvollendet und fällt nun ebenfalls dem Zahn der Zeit zum Opfer. W.K.



ALLENSTEIN

„Das hier ist meine kleine Heimat“

Junge Menschen auf der Suche nach deutschen Spuren im südlichen Ostpreußen

VON UWE HAHNKAMP

Der Erfolg hat viele ... Mütter. Das galt auch, als Chantal Stannik, die Kulturmanagerin des Instituts für Auslandsbeziehungen beim Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, und Olga Żmijewska, die Gründerin und Vorsitzende der Stiftung „Kunst der Freiheit“ in Hirschberg bei Osterode die Werkstatt „postdeutsch/wiedergewonnen“ organisiert hatten.

Unterstützt wurden sie dabei von Martyna Chrzanowska von der Bibliothek des Goethe-Instituts an der Woiwodschaftsbibliothek in Allenstein, sowie von Barbara Sapala vom Institut für Germanistik der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein, die bei der Suche nach Teilnehmern behilflich war. Acht Studentinnen fanden letztlich den Weg in die Arbeitsräume der Bibliothek am Marktplatz in Allenstein und stellten sich der kaum bekannten Geschichte ihrer regionalen Heimat.

Alle Wege führen zum Thema

Es war ein vielfältiges Programm. „Wir hatten als Startpunkt Olgas Ausstellung in der Bibliothek zum Thema ‚postdeutsch/wiedergewonnen‘ mit Fotos aus Ermland und Masuren, Karolina Kuszyks Buch ‚In den Häusern der Anderen‘ als literarischen Ansatz, sowie ein Mosaik aus Postkarten und ein Brainstorming zur Deutschen Minderheit“, fasst Stannik die vier Puzzleteile der Arbeitsgruppe kurz zusammen. Überraschend direkt zu Beginn war für die Organisatorinnen, dass die Studentinnen die beiden Begriffe aus dem Titel von Arbeitsgruppe und Ausstellung im Grunde nicht kannten.

Es ist positiv, dass gerade der politisch überladene Begriff „wiedergewonnen“ verschwindet, andererseits schwindet so das Bewusstsein, dass die Region einmal zu Preußen gehörte, und das Wissen um die Herkunft des deutschen kulturellen Erbes und der Deutschen Min-



Auf der Suche nach der Deutschen Minderheit: Fabienne Golc (3. v.l.)

Foto: U.H.

derheit. Umso wichtiger war die Landkarte der heutigen Woiwodschaft Ermland-Masuren mit den Sitzen der Organisationen der Deutschen Minderheit, die sich die Studentinnen erarbeiteten. Gegenstände aus deutscher Zeit kannten die meisten der angehenden Germanistinnen jedoch von zuhause. „Bei Freunden gibt es kleine Dinge, von denen ich weiß, dass sie immer hier waren und bleiben. Bei mir ist das ein kleiner silberner Besen für den Tisch, von dem ich nicht weiß, wie er eigentlich richtig heißt“, erzählt Fabienne Golc aus dem vierten Semester Germanistik.

Zuhause? Zuhause!

Viel wichtiger waren ihr und ihren Kommilitoninnen die Motive aus Natur und

Landschaft, die Olga Żmijewska auf den Bildern ihrer Ausstellung und den Postkarten für das Mosaik verewigt hat. Die Natur vor allem des Ermlands. Die sanften Hügel, die Seen, die Weite – und Pferde. Damit können sie sich identifizieren, das ist nah, riecht geradezu nach Urlaub und passt zu ihrer aktuellen Arbeit an der Literatur der Sehnsucht, der verlorenen Heimat.

Das Wissen, dass diese Motive auch für Menschen anderer Nationen eine Heimat geworden sind, wollte Olga Żmijewska weitergeben: „Sie sollten sich bewusst sein, dass nicht erst seit Kurzem, sondern schon nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Aktion ‚Weichsel‘ Ukrainer hier gelandet sind und die Region mitgeprägt haben.“ Und dass die kultu-

relle Vielfalt im südlichen Ostpreußen dazu führte, dass Bevollmächtigte für Minderheitenfragen tätig sind.

Die Motive ihrer Bilder wählte Olga Żmijewska bewusst zeitlos: „Sie könnten auch vor 100 Jahren aufgenommen worden sein. Ich will mit ihnen zeigen, dass Landschaft an keine Nation gebunden ist, sie existiert einfach.“ Andererseits hänge es von der Kultur ab, ob und wie Felder bestellt werden, wie sie geteilt werden oder welche Größe sie haben. Fabienne Golc jedenfalls kommt beim Anblick dieser Fotografien zu einer für sich wichtigen Erkenntnis: „Diese Ansichten kenne ich aus meiner Kindheit. Sie sind typisch und werden immer hier sein. Das hier ist mein Zuhause, meine kleine Heimat.“

NACHRUf

Trauer um Jewgenij Tschernyschew

Der Verstorbene war PAZ-Mitarbeiter, Teilnehmer am Deutsch-Russischen Forum der LO und ein verlässlicher Freund des Hauses

Jewgenij Tschernyschew, der Sohn des erst Anfang Februar verstorbenen langjährigen PAZ-Mitarbeiters Jurij Tschernyschew, ist tot. Nur viereinhalb Monate nach seinem Vater ist der in seinem 42. Lebensjahr stehende Wissenschaftler am 16. Juni in Berlin infolge einer schweren Erkrankung verstorben.

Alles begann im Jahr 2008, als ein hochgewachsener sympathischer junger Russe die Räume der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Hamburg betrat, um für den Vertrieb der Postkartenbücher von Königsberg zu werben, die sein Vater herausgegeben hatte. Während des Gesprächs mit dem aufgeschlossenen jungen Mann entstand die Idee einer Mitarbeit beim *Ostpreußenblatt*, die sich als äußerst fruchtbar erweisen sollte.

Ab Februar 2008 lieferte Jewgenij gemeinsam mit seinem Vater Jurij Tschernyschew, einem erfahrenen Journalisten und Fotografen, Woche für Woche Artikel

über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben Königsbergs und des nördlichen Ostpreußens.

Jewgenijs Interesse an deutscher Geschichte wurde früh durch die Großmut-



Jewgenij Tschernyschew

Foto: MRK

ter geweckt, die zur Zeit der Grenzöffnung in Königsberg einen Kiosk mit Souvenirs betrieb, und so in Kontakt mit Heimatouristen aus der Bundesrepublik kam. Der Enkel studierte Geschichte an der Albertina, wo er promovierte und später als Dozent arbeitete.

Jewgenij Tschernyschew war Historiker, Politikwissenschaftler und Journalist. Seine erste Promotion verteidigte er 2008 am Institut für Auslandsgeschichte und internationale Beziehungen der Russischen Baltischen Föderalen Immanuel-Kant-Universität. Er war einer der ersten Absolventen der Stipendienprogramme der „Zeit Stiftung Bucerius“. Im Jahr 2015 verteidigte er seine zweite Dissertation am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität in Berlin. Das Thema seiner auf Englisch verfassten Arbeit lautete: „Kaliningrad – eine ambivalente transnationale Region in einem europäisch-russischen Rahmen“.

Nach dem Abschluss des Studiums in Berlin baute Tschernyschew seine beruflichen Fähigkeiten weiter aus. So war er als Fachmann für IT und die digitale Entwicklung sowie strategisches Management für namhafte Firmen tätig. Der Wissenschaftler sammelte berufliche Erfahrung neben der Bundesrepublik in den USA, in Schweden und in der Schweiz.

Der Verstorbene bestach sowohl durch seine vielseitigen Interessen, seine Intelligenz als auch durch seine zwischenmenschlichen Fähigkeiten. Er bekleidete als Ehemaliger in der Humboldt-Universität zu Berlin Ämter als Präsidiumsmitglied und im Rat der Doktoranden.

Neben seiner freien Mitarbeit bei der PAZ war Jewgenij Tschernyschew mehrfach Teilnehmer des von der LO veranstalteten Deutsch-Russischen Forums, in dessen Rahmen Vertreter der Kreisgemeinschaften mit Heimatforschern, Museumsmitarbeitern und Archivaren einen

regenen Austausch pflegten. Jewgenij Tschernyschew trat unter anderem als Referent zum Thema „Die Entwicklung des Tourismus im Kaliningrader Gebiet“ auf.

Die Nachricht von Jewgenij Tschernyschews viel zu frühem Tod hat die Redaktion der PAZ völlig unerwartet getroffen. Sie hat Trauer und Entsetzen ausgelöst. Die Zusammenarbeit mit Jewgenij war angenehm, zuverlässig und von einem freundschaftlichen Umgang geprägt. Als sein Vater am 1. Februar verstarb, erklärte sein Sohn sich sofort bereit, dessen Arbeit fortzuführen – doch seine Erkrankung ließ ihm keine Zeit mehr. Die Stimme des stets freundlichen, immer zu Scherzen aufgelegten jungen Mannes ist für immer verstummt. Sein Tod ist ein schmerzlicher Verlust für die PAZ.

Die Redaktion und die LO werden Jewgenij Tschernyschew nicht vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Konzerte in Kirchen

Mehlaucken – Derzeit finden im Königsberger Gebiet in vielen deutschen Kirchen Konzerte statt. So auch Anfang Juni in der Kirche Mehlaucken/Liebenfelde [Salessje], wo die Musikgruppe „Tempo Restauro“ mit barocker Musik zum Thema „Sonnenuntergang der Stuart-Dynastie“ auftrat. Die Gruppe besteht aus Solisten des Moskauer Akademischen Musiktheaters MAMT. Dass die Kirche als Konzertsaal genutzt werden kann, ist das Verdienst der sogenannten Ruin Keepers (die PAZ berichtete), die im vergangenen Jahr einiges zum Erhalt des Gebäudes unternommen haben. Auch künftig soll die Mehlaucker Kirche, die als Prototyp für den Bau der Friedenskirche in Potsdam diente, als Konzertsaal in historischer Kulisse genutzt werden. *MRK*

50 Jahre Partnerschaft

Alenstein/Offenburg – Die Unterschrift unter den Partnerschaftsvertrag setzten die damaligen Stadtoberhäupter im Jahr 1999. Daran wurde in Alenstein mit einer Feierstunde im Rathaus in Anwesenheit mehrerer früherer Stadtpräsidenten erinnert. Die Annäherung der beiden Städte begann 1981 mit der Aktion „Weihnachtsbrücke“ mit Georg Dietrich, Spediteur aus Offenburg und Philanthrop. Seine Tochter Elvira Bleher-Dietrich setzt das Werk des inzwischen verstorbenen Vaters mit der Georg-und-Maria-Dietrich-Stiftung fort. Im Laufe der Jahre gab es viele Begegnungen dank Schulpartnerschaften. Die Ermländisch-Masurische Universität und die Hochschule Offenburg arbeiten zusammen. Viele kulturelle und sportliche Projekte beleben die Partnerschaft. Diese soll nach dem Willen von Offenburger Oberbürgermeister Marco Steffens und Alensteins Staatspräsidenten Robert Szweczyk weiterhin blühen. *U.H.*

Wir gratulieren...



ZUM 108 GEBURTSTAG

Echtner, Hedwig, geb. **Treziak**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli

ZUM 102 GEBURTSTAG

Kopka, Horst, aus Ortelsburg, am 10. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Pyrags, Heinz, aus Kämpen, Kreis Elchniederung, am 9. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Boehnert, Gertrud, geb. **Kraffzik**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 10. Juli

Flaum, Erika, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. Juli

Krok, Johanna, geb. **Leymann**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli

Lettau, Erika, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 6. Juli

Schellig, Martha, geb. **Sawitzki**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 8. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bandilla, Ingeburg, geb. **Karzyski**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 8. Juli
Blümel, Irmgard, geb. **Link**, aus Schugsten, Kreis Fischhausen, am 8. Juli

Dukatz, Sigfrido, aus Lyck, am 5. Juli
Ostrowski, Helene, geb. **Schaak**, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 10. Juli

Pannhausen, Friedel, geb. **Kiefert**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli

Tupeit, Irmgard, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. Juli

Wachsmann, Hedwig, geb. **Lockowandt**, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Beyenbach, Inge, geb. **Ohlemeyer**, aus Hindenburgstraße 54A, aus Lyck, am 11. Juli

Drott, Maria, geb. **Goldmann**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 10. Juli

Kragenings, Sigrid, geb. **Poppeck**, aus Berglinden, Kreis Lötzen, am 11. Juli

Schmitt, Eva, geb. **Gratzik**, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 7. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bahlo, Dorothea, geb. **Kleppek**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Juli

Gühlich, Edith, geb. **Kenzler**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 10. Juli

Korsch, Helmut, aus Treuburg, am 10. Juli

Kowalewski, Gertrud, geb. **Wask**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 10. Juli

Palloks, Martin, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 11. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Esters, Irene, geb. **Wissmann**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Juli

Grund, Elli, geb. **Junga**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 8. Juli

Koch, Erika, geb. **Tulowitzki**, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 9. Juli

Kurrat, Helmut, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Juli

Lutterbeck, Ursula, geb. **Augstein**, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 7. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Moreyko, Erwin, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 11. Juli

Reichle, Herta, geb. **Olbrisch**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 11. Juli

Rick, Ursula, geb. **Maczey**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 8. Juli

Wisotzki, Günther, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 5. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Christoffer, Heinz, aus Mohrun-gen, am 7. Juli

Ewert, Ruth, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 9. Juli

Gazioch, Anneliese, geb. **Klosssek**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli

Kolossa, Waldemar, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juli

Philipp, Günter, aus Horn, Kreis Mohrun-gen, am 8. Juli

Rowlin, Agnes, geb. **Koschorrek**, aus Lyck, am 10. Juli

Schudy, Helmut, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 8. Juli

Sewcyk, Bruno, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Basel, Horst, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 9. Juli

Debinski, Irmgard, geb. **Strümper**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 7. Juli

Dolinski, Arno, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 10. Juli

Ecker, Beate, geb. **Sablautzki**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Juli

Growe, Kurt, aus Groß Ottenha-gen, Kreis Fischhausen, am 5. Juli

Ostpreußisch behütet

Navyblaue Baseballmütze mit aufgesticktem Elchschaufelwappen
Stoffverschluss mit Metallschnalle
Preis: 12,- Euro, zuzüglich 7,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 12,- Euro zzgl. 7,- Euro Porto und Verpackung

Gusek, Kurt, aus Treuburg, am 9. Juli

Hebel, Erika, geb. **Keding**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 8. Juli

Hoffmann, Helmuth, aus Adlig Linkunnen, Kreis Elchniederung, am 7. Juli

Lunkowski, Frieda, geb. **Kropat**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 8. Juli

Nieswandt, Erka, geb. **Zeranski**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 6. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bauer, Lieselotte, geb. **Schäfer**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 6. Juli

Gettkant, Erika, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 12. Juli

Henkens, Gisela, geb. **Ruddigkeit**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 10. Juli

Krebs, Hans, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 8. Juli

Nerstheimer, Helmut, aus Sieden, Kreis Lyck, am 6. Juli

Riemann, Gerhard, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 7. Juli

Seefeld, Siegfried, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 10. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bodem, Hannelore, geb. **Kaulbarsch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 6. Juli

Bolinski, Gerhard, aus Pilgrams-dorf, Kreis Neidenburg, am 7. Juli

Danowski, Winfried, aus Froni-cken, Kreis Treuburg, am 10. Juli

Glaubitz, Ilse, geb. **Kempka**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 7. Ju-li

Jeromin, Ernst, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 7. Juli

Kowallek, Reinhold-Waldemar, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 6. Juli

Krauß, Elli, geb. **Scheida**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 6. Juli

Kullik, Hartmut, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 9. Juli

Lascheit, Gerhard, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 11. Juli

Podchul, Irene, geb. **Kasprowski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 9. Juli

Portisch, Erika, geb. **Penkewitz**, aus Lyck, am 11. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Buchholz, Ingrid, Kreisgemein-schaft Lyck, am 6. Juli

Conradi, Ingrid, geb. **Obarowski**, aus Neidenburg, am 7. Juli

Hellmann, Elfriede, geb. **Braasch**, aus Gregerswalde, Kreis Lötzen, am 10. Juli

Hiltmann, Ingeburg, geb. **Buczi-lowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 5. Juli

Skibba, Siegbert, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 5. Juli

Wüster, Ingrid, geb. **Wallends-zus**, aus Ansorge, Kreis Elchniede-rung, am 5. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Pellny, Dietmar, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 9. Juli

Widlicky, Burkhard, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 5. Juli

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

20. bis 22. September: **Ge-schichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederver-sammlung der LO-Bruderhil-fe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreu-ßische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesge-schäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 29/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 29/2024 (Erstverkaufstag 19. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 9. Juli**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star-ke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele-gierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmann-schaft Ostpreußen e.V. **infor-miert** und erhalten **Einladun-gen** zu Veranstaltungen und Se-minaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur-zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands-mannschaft – www.ostpreus-sen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung kön-nen Sie jederzeit widerspre-chen. Landsmannschaft Ostpreu-ßen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de



FOTO: OL

Ostpreußisches Landesmuseum

Was ist Schönheit? Philoso-phische Ferientage für Kin-der von 8 bis 12 Jahren mit Os-ka Freitag, Dienstag, 9. Juli, 11 bis 14 Uhr, Kosten: 8,- Euro.

Im Rahmen der philosophischen Ferientage bekommen die Kin-der unterschiedliche Zugänge zum Thema Philosophie. Es wird vermittelt, warum es wich-tig und nötig ist zu philosophie-ren und den eigenen Gedanken Raum zur Entfaltung zu geben.

Bei diesem Sommerferienpro-gramm beschäftigen sich die Kinder mit dem Begriff der Schönheit. Was versteht die Gruppe unter Schönheit und was ist Schönheit für Kant? Nach einem ersten Einstieg wird der Schönheit in der Ausstel-

lung „Kant 300. Ein Leben in Kö-nigsberg“ nachgegangen und anschließend eigene Konzepte von Schönheit malerisch umge-setzt.

Die Plätze sind begrenzt, eine Teilnahme ist an einzelnen oder allen Tagen möglich. Eine An-meldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bil-dung@ol-lg.de ist erforderlich.

Bitte einen kleinen Pausen-Snack und etwas zu trinken mit-bringen.

Ostpreußisches Landesmuse-um mit Deutschbaltischer Ab-teilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landes-museum.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Bayern**

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Sommer in Ostpreußen
Hof – Sonnabend, 13. Juli, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof zum Thema „Sommer in Ostpreußen“. Das nächste Treffen wird erst nach der Sommerpause am 14. September stattfinden, dann zum Thema „Erntedank“.

**Hamburg**

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Stadtgemeinschaft Königsberg
Hamburg - Sonntag, 7. Juli, 15 Uhr, (Einlass ab 14.30 Uhr), Haus der Heimat, Teilfeld 8 (nahe U-Bahn Rödingsmarkt, S-Bahn Stadthausbrücke, Bus 16+17 Michaeliskir-

che): Philosophisches Café. Jeden ersten Sonntag im Monat lassen wir uns von Immanuel Kant inspirieren. Diesmal: „Kant über das gerechte Glück“ sowie ein hübsches Spielfilmchen mit Kant in der Hauptrolle. Unterhaltsam und locker bei Kaffee und Kuchen unter Leitung von Gaby Schwarze. Gäste sind willkommen!

**Nordrhein-Westfalen**

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Sommerstammtisch
Bonn – Dienstag, 9. Juli, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74: Sommerstammtisch, lockere Gespräche zu aktuellen Themen – insbesondere aus landsmannschaftlicher Sicht.

**Sachsen**

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

„Transferraum Heimat“
Knippenrode – Am 8. Juni wurden die Landsmannschaften der Deutschen aus Russland und die Landesgruppe Ost- und Westpreußen vom Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler zur Eröffnung des Bildungs- und Schulungszentrums „Transferraum Heimat“ eingeladen.
Ein früher Bus fuhr von Limbach-Oberfrohna über Chemnitz

nach Knippenrode bei Hoyerswerda. Bevor es mittags mit der eigentlichen Veranstaltung losging, wurde die Zeit mit einem kleinen Ausflug an den Geierswalder See überbrückt, an dem das letzte Beiboot der „Wilhelm Gustloff“ liegt.

Dirk Rolka erzählte der fast 30-köpfigen Reisegesellschaft vom Kauf und Aufbau des Beibootes der „Wilhelm Gustloff“. Das Beiboot trägt den Namen „Sea Breeze“.

Unter großem Aufwand sowohl finanziell als auch in sehr vielen Arbeitsstunden in der Freizeit wurde das Beiboot repariert und mit einem Segel erneuert. Nach seinem Vortrag lud Rolka in das kleine im Aufbau befindliche Museum mit Strandbar „Sea Breeze“ ein. Dort soll die Geschichte des Unterganges der „Wilhelm Gustloff“ für die Schüler in einem Film gezeigt werden.

Anlässlich der Eröffnung des Bildungs- und Schulungszentrums der Vertriebenen und Spätaussiedler in Knippenrode, hat das Ensemble „Sonnenschein“ aus Leipzig der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland im Jahr seines 25. Jubiläums die Anerkennung und Freude, das Rahmenprogramm mitzugestalten und dabei auch Ministerpräsidenten Michael Kretschmer sowie 300 Mitglieder und Gästen aus nah und fern zu begeistern.

In seiner Festrede ging Kretschmer auf das Schicksal der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg ein, all das Geschehene darf nicht in Vergessenheit geraten. „Es gibt unzählige Familien, die hier in Sachsen nach ihrer Flucht aus Ostpreußen, Schlesien und Sudetenland eine neue Heimat gefunden haben.

Mit dem Transferraum „Heimat“ in Knippenrode öffnet jetzt eine Bildungs- und Begegnungsstätte, die an diese Familiengeschichten des Verlustes und des Ankommens erinnern. In einem starken Europa müssen wir die Geschichte von Krieg auf unserem Kontinent als Mahnung verstehen und an anderen Orten wie in Knippenrode für Verständigung arbeiten.“

Alexander Schulz

Mit Gold geehrt

Edeltraut Mai erhielt das Goldene Ehrenzeichen – Die Laudatio

Edeltraut Mai wurde am 12. März 1940 in Stangenwalde im westpreußischen Kreis Rosenberg geboren. Ihre Eltern stammten aus den ostpreußischen Kreisen Gumbinnen und Angerapp. Nach der Flucht erreichte die Familie über mehrere Stationen im September 1945 Berlin, von wo aus sie ins Münsterland evakuiert wurde. Schulbesuche in Epe und Gronau/Westfalen schlossen sich an, bevor Mai in Dortmund ihren Abschluss machen konnte. Nach der Lehre zur Kontoristin arbeitete sie bis zur Rente in Kassel, Allendorf, Kreis Marburg, Wentorf und Ahrensburg als geprüfte Chef-Sekretärin.

Edeltraut Mai fühlt sich Ostpreußen seit der Kindheit eng verbunden. Seit 1986 ist sie Mitglied des Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft Angerapp und seit 1987 Mitglied im Kreistag. Die Führung der Kreiskartei und die Mitarbeit an der Erstellung des Heimatbriefes gehören seit dieser Zeit zu ih-

ren vielfältigen Aufgaben. 1995 wurde Mai zur stellvertretenden Kreisvertreterin gewählt. Von 2002 bis 2024 stand sie 22 Jahre lang an der Spitze der Kreisgemeinschaft Angerapp. Seit 2006 ist Mai hauptverantwortlich für die Erstellung des Angerapper Heimatbriefes. 2024 wechselte sie wieder in das Amt der stellvertretenden Kreisvertreterin.

Edeltraut Mai setzte sich ab 2002 sehr intensiv für die humanitäre Hilfe in ihrem Heimatkreis ein. Von 2002 bis 2007 führte sie eine Reihe von Hilfstransporten in den Kreis Angerapp durch. Die Schule in Sodehnen wurde beispielsweise im April 2004 mit Hilfe von Spendenmitteln in die Lage versetzt, Schreib- und Zeichenmaterial für ihre Schüler zu kaufen. Im gleichen Monat erhielten die Einwohner der Orte Ballethen, Drachenberg und Sodehnen 50 Lebensmittelpakete für bedürftige Großfamilien und drei Schulen und ein Kindergarten Geldspenden, mit deren Hilfe tech-

nische Geräte angeschafft werden konnten. Auch die Stadt Angerapp bekam humanitäre Hilfe in Form von Gehhilfen, Rollstühlen und Bekleidung. Dem örtlichen Kinderheim wurde eine größere Spende für den Einbau eines Heizkessels übergeben.

Ein weiteres Anliegen waren für Edeltraut Mai gute Kontakte zu den Vertretern der russischen Kreisverwaltung, dem Direktor des Angerapper Museums und verschiedenen Lehrerinnen und Lehrern aus dem Kreisgebiet, die auf ihre Initiative hin auch an den Deutsch-Russischen Foren der Landsmannschaft Ostpreußen teilgenommen haben.

Bereits 1998 wurde Edeltraut Mai von der LO mit dem Ehrenzeichen ausgezeichnet.

In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Edeltraut Mai das Goldene Ehrenzeichen. LO



Applaus: Edeltraut Mai nach der Ehrung

Foto: Bettina Schöpgens-Cohrs

Wirken Sie mit an der Stiftung.

Furst Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 8549 83
BIC: FURKDE33



»Zukunft für Ostpreußen!«

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

39: Sensburger Kreistreffen. Wir heißen alle Gäste herzlich willkommen und freuen uns auf möglichst viele Teilnehmer. Die Feierstunden werden musikalisch begleitet und als Festredner wird Professor Dr. Günther Sokoll dabei sein.



Kreisvertreter (kommiss.): Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum, Telefon (04241) 5586.
Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840.
Internet: www.kreis-wehlau.de

Kreistreffen
Bassum – Wochenende, 7. und 8. September, Amtsfreiheit 1, Vorwerk der Freudenburg: Kreistreffen. Derweil findet auch das Kirchspieltreffen Allenburg mit

der Mitgliederversammlung des Vereins „Allenburger Kirche“ e.V. statt.

Sonnabend, 7. September, 13 Uhr: Mitgliederversammlung. Wer am Abendessen für einen Unkostenbeitrag von 10,- Euro teilnehmen möchte, melde sich bitte bis Dienstag, 20. August bei Gerd Gohlke an. 16 Uhr: Gedenken am Tapiauer Stein. 18 Uhr: Abendesse. 19.30 Uhr: Fortsetzung des Hauptkreistreffens.

Sonntag, 8. September, 9 Uhr: Busfahrt nach Syke zum Gedenken am Wehlauer Stein. 10 Uhr, Hoya: Gedenken am Allensteiner Stein und Besuch des Heimatmuseums Grafschaft Hoya mit der Sonderausstellung „Von Ihr zum Wir“, Fahrt zum Mittelpunkt des Patenkreises Diepholz. 12.30 Uhr: Rückfahrt nach Bassum. 13 Uhr, Bassum, Freudenburg: Erbsensuppenessen, eine Anmeldung ist bei Gerd Gohlke erforderlich. 15 Uhr, Syke: Führung im Wehlauer Heimatmuseum. 16 Uhr: Gelegenheit zum Kaffee im Museums-garten. 17 Uhr: Ausklang.

Brustkrebs an der Königsberger Frauenklinik

Der Mediziner Georg Winter folgte 1897 dem Ruf an die Universität Königsberg und wurde Direktor der Universitäts-Frauenklinik. Ein Jahr zuvor veröffentlichte er eines seiner Hauptwerke „Lehrbuch der gynäkologischen Diagnostik“. 1902 gründete er die Ost- und Westpreußische Gesellschaft für Gynäkologie, die eine breite fachliche Wirkung der Frauenklinik auf die niedergelassenen Ärzte der Provinz erzielte.

1932 starben laut einem Vortrag aus dem Jahr 1934, gehalten im Verein für wissenschaftliche Heilkunde zu Königsberg, in Ostpreußen 72 Frauen an Brustkrebs. Krebskranke müssen in der gesamten Bevölkerung erkannt werden, um entsprechend frühzeitig heilen zu können. Dazu bedarf es einer Diagnose. Winter empfahl dazu neben der Schulung von

Ärzten, Hebammen und anderem Pflegepersonal auch eine Aufklärung der Frauen selbst.

Heute erhalten in der Bundesrepublik Deutschland Frauen zwischen 50 und 69 Jahren eine Einladung zu einem Mammographie-Screening zur Früherkennung von Brustkrebs. Seit dem 1. Juli ist eine Teilnahme an diesem Screening bis einem Alter von 75 Jahren möglich. Die neu anspruchsberechtigten Frauen erhalten vorerst noch keine persönliche Einladung. Sie können sich aber ab sofort bei den sogenannten Zentralen Stellen für einen Untersuchungstermin in einer wohnortnahen Screening-Einheit anmelden. Die letzte Früherkennungsmammographie muss bei dieser Terminanfrage mindestens 22 Monate her sein. Damit können Frauen bis zu drei weitere

Termine zum Mammographie-Screening wahrnehmen. Die Kontaktdaten der regional zuständigen Zentralen Stellen sind auf der Internetseite der Kooperationsgemeinschaft Mammographie-Screening (KoopG) angegeben: www.mammo-programm.de/de/termin.

In einer Broschüre des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) finden Frauen nähere Informationen zu den Inhalten und dem Ablauf des Mammographie-Screenings. Sie ist über die Internetseite des G-BA unter Downloads abrufbar: www.g-ba.de.

Christiane Rinser-Schrut



Eine Wirkungsstätte des Mediziners Georg Winter: Königsberger Universitäts-Frauenklinik in der Drummstraße 22-24 Foto: Bildarchiv

ANSBACH

Kant, der Philosoph – Kant, der Mensch

Festvortrag von Jörn Pekrul am 15. Juni in der Karlshalle

Der Philosoph Immanuel Kant zählt zu den berühmtesten Menschen der Geisteswissenschaften. Es wird schwierig sein, jemanden zu finden, der diesen Philosophen nicht kennt. Doch wer kennt Kant als Mensch? Selbst in diesem Jahr, in dem man den 300. Geburtstag dieses großen Mannes feiert, weiß man über die Privatperson Immanuel Kant herzlich wenig. Sicherlich sind persönliche Daten wie Geburts- und Sterbedatum wohl bekannt. Aber was waren seine Vorlieben, was brachte ihn zur Philosophie und wie waren seine privaten Lebensumstände? Kaum jemand kennt diese Details und viele wissen vom Privatleben vieler Sport- und Filmstars mehr, als von einer Person, dessen Werke, Ideen und Gedanken bereits mehr als zwei Jahrhunderte überdauern und heute noch prägen.

Kant privat

Es kam daher nicht von ungefähr, dass sich der Bund der Vertriebenen (BdV) Stadtverband Ansbach, die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Ansbach und Altmühlfranken und die Gesellschaft der Freunde von Albrecht von Brandenburg-Ansbach auf Initiative von Dr. Jürgen Danowski zusammenfanden, um nicht nur den Philosophen zu seinem 300. Geburtstag zu ehren, sondern ein Licht auf den Privatmenschen zu werfen.

Hierzu konnte Jörn Pekrul aus Berlin, ein ausgesprochener Kenner Preußens, für einen Vortrag gewonnen werden. Pekrul veröffentlicht regelmäßig Artikel, Berichte und Essays, die Preußen betreffen und unterhält enge Kontakte nach Königsberg.

Die Resonanz auf den Festvortrag in der Ansbacher Karlshalle war so gut, dass zusätzlich bestuhlt werden musste. Als Ehrengäste waren unter anderem der ehemalige Bundesminister Carl-Dieter Spranger mit Ehefrau und der Ansbacher Oberbürgermeister Tho-

mas Deffner anwesend. Nach kurzer Begrüßung durch Danowski begann der Nachmittag mit einem Klavierstück komponiert von dem gebürtigen Königsberger Johann Friedrich Reichardt (1752-1814), ein Zeitgenosse und Freund Kants, dargebracht von dem Pianisten Dr. Paul Sturm aus Nürnberg.

Gerade dieses Musikstück zeigte die Zeitenwende der damaligen Epoche auf, der Übergang vom Bach'schen Barock zur Romantik. Wie treffend, denn Kant war Zeitgenosse von Bach, wie auch von Ludwig van Beethoven.

Bei den Zuhörern im mittelfränkischen Ansbach tat sich ein Raunen auf, als Pekrul Kants familiäre Wurzeln darlegte, denn diese reichen nach Mittelfranken: Kants Mutter stammte aus der Familie eines Riemermeisters, der von Nürnberg nach Königsberg übersiedelt war. Kant hatte sieben Geschwister, von denen aber nur

vier das Erwachsenenalter erreichten. Das Elternhaus war pietistisch geprägt und für Bildung sehr aufgeschlossen. Im Alter von 16 Jahren begann Kant mit dem Studium an der Albertus-Universität, die der gebürtige Ansbacher Albrecht von Brandenburg-Ansbach fast 200 Jahre zuvor gegründet hatte.

Es war der Tod seines Vaters, der Kant zwang, sein Studium zu unterbrechen, um sich als Hauslehrer den Lebensunterhalt zu verdienen. Gerade die Tätigkeit als Hauslehrer verschaffte ihm Zugang zu höheren Kreisen der Gesellschaft. Nach dieser Zeit kehrte Kant als Privatdozent an die Universität zurück, wo seine Vorlesungen große Beliebtheit genossen. So äußerte sich Johann Gottfried Herder, der spätere Dichter, Geschichts- und Kulturphilosoph der Weimarer Klassik, geradezu überschwänglich über Kant.

Große Wirkung hatte das Erdbeben von Lissabon am 1. November 1755. Es zerstörte zusammen mit einem Großbrand und einem Tsunami die portugiesische Hauptstadt fast vollständig. Mit 30.000 bis 100.000 Todesopfern ist dieses Erdbeben eine der verheerendsten Naturkatastrophen der europäischen Geschichte.

Erdbeben von Lissabon

Dieses Erdbeben hatte nicht nur erhebliche Auswirkungen auf Politik, Kultur und Wissenschaften, sondern auch auf die Philosophen, wie Kant, denn es warf die Frage neu auf, wie ein gütiger Gott solch ein Übel in der Welt zulassen könne.

Auch in Kants Vita lief nicht alles reibungslos. Seine erste Bewerbung auf den Königsberger Lehrstuhl für Logik und Metaphysik im Jahre 1759 wurde abgelehnt. Rufe anderer Universitäten (Jena und Erlangen) schlug er aus. Endlich im Jahr 1770 im Alter von 46 Jahren erhielt er den Ruf der Universität Königsberg auf die Stelle eines Professors für Logik und Metaphysik.

Der Privatmann Kant genoss die Gesellschaft und wird von seinen Zeitgenossen als überaus belesen und humorvoll bezeichnet. Zu einer Eheschließung reichte es jedoch nie. Als er endlich hierzu den Mut fasste und bei dem Vater der Angebeteten um die Hand der Tochter vorsprach, antwortete dieser: Lieber Kant, meine Tochter ist seit 20 Jahren verheiratet. So blieb Kant Junggeselle und kinderlos. Als auch er mit zunehmendem Alter gebrechlich und vergesslich wurde, kümmerte sich eine seiner jüngeren Schwestern um ihn.

Pekruls Vortrag war reich bebildert mit historischen Stichen und Bildern Königsbergs sowie aktuellen Fotos aus dem heutigen Kaliningrad, wo Kant auch heute noch allgegenwärtig ist, sei es in Form der lebensgroßen Bronzestatue vor der Universität, die seinen Namen trägt, Gedenktafeln und dem übergroßen Kantgrabmal am Königsberger Dom.

Ralf Loos



Beim Festvortrag in der Karlshalle Ansbach: Jörn Pekrul, im Hintergrund die Stadtansicht von Königsberg Foto: Ralf Loos



BdV – Bund der Vertriebenen

Im Anschluss an eine Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth MdB, erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, an ihre Eingliederung und ihre Aufbauleistungen, aber auch an ihren grenzüberschreitenden Brückenbau in Europa ist ein selbstverständlicher und eigenständiger Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur. Er hängt eng mit den Folgen der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs zusammen. Diesen Teil deutscher Geschichte einer „von Migration und Mobilität geprägten Gesellschaft“ zuzuordnen ist euphemistisch, weil damit historische und soziologische Unterschiede zur Einwanderung

wie auch zu Fluchtbewegungen außerhalb Deutschlands ignoriert oder verwischt werden. Neben den bestehenden Themen wie NS-Diktatur und SED-Unrecht müssen auch Flucht und Vertreibung der Deutschen einbezogen werden. Hiervon ist nichts zu merken. Dabei sind Grundlagen etwa mit dem Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin vorhanden. Es gilt, die Unabhängigkeit der Gedenkstätten und der Orte der Erinnerungskultur vor ideologischer und politischer Einflussnahme zu schützen. Weiterentwicklungen und thematische Erweiterungen sind sensibel, transparent und in breiter Beteiligung der Träger, der Opfer- und Interessensverbände, der aktiven und engagierten Bürger sowie von Wissenschaft und Forschung zu gestalten. Sonst besteht die Gefahr einer staatlich gelenkten Geschichtsinterpretation und Erinnerungskultur.

ANZEIGE



„Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit.
Elche stehn und lauschen
in die Ewigkeit.“
(aus dem Ostpreußen-Lied)



Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb am 21.04.24 unsere geliebte „Mutter“, die als Gymnasiallehrerin für Biologie und Chemie in Berlin vielen Abiturienten den Weg ins Leben geebnet hat. In unendlicher Liebe und tiefer Dankbarkeit sind wir für immer mit ihr verbunden.

Angelika Gerth
geb. Barkschat

geb. 29.04.1938 Insterburg/Ostpreussen gest. 21.04.2024 Berlin

In stiller Trauer
Heinz-Jürgen Gerth (Ehemann) und Ulf Gerth (Sohn)

Die Trauerfeier und Urnenbeisetzung fand am 31.05.24 in Anwesenheit ehemaliger Schüler auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde statt.

OSTPREUSSEN

Das ambitionierte Postwesen in Königsberg

Von der Botenbeförderung zu Fuß oder per Ross zum weit verzweigten Netz in der gesamten Provinz

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die 1283 gegründete Stadt Königsberg war von Anfang an in das Botenpostnetz des Deutschen Ordens eingebunden: Speziell beauftragte Ordensbrüder verteilten die Nachrichten zu Fuß in ganz Europa. Das hatte allerdings auch seinen Preis. So kostete die Übermittlung einer Depesche von Königsberg nach Rom sagenhafte 20 Golddukaten – das entspräche heute fast 5000 Euro.

Im Zuge der Umwandlung des Ordensstaates in Ostpreußen in ein weltliches Herzogtum entstand 1525 die Ämter- und Schulzenpost mit einer Zentrale im Königsberger Schloss. Auch zu dieser Zeit benutzten die Postboten noch keine Pferde. Das änderte sich erst 1616, als der oberste Berliner Boten- und Postmeister Christoph Frischmann eine Reitpostlinie zwischen Berlin und Königsberg einrichten ließ. Nach der Gründung der brandenburgischen Staatspost durch ein Dekret des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm vom 21. April 1646 kamen weitere Linien hinzu. Die längste führte ab 1649 über 1500 Kilometer von Kleve am Niederrhein nach Memel in Ostpreußen und tangierte dabei auch das Hofpostamt in Königsberg.

Von Kleve bis nach Memel

Ab 1670 existierten darüber hinaus Fahrpostlinien, auf denen nun zusätzlich Personen, Geld und Pakete befördert wurden. Für die rund 565 Kilometer lange Reise von Berlin nach Königsberg benötigten die Postkutschen damals zwölf Tage.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts verfügte der Königsberger Postmeister über vier Unterstellte, während die Stadt im Zentrum eines Netzes von sieben Postlinien lag, auf denen Kutschen oder Reiter unterwegs waren. Das freilich genügte einen preußischen Königen Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I. noch nicht. Deswe-



Im Jahr 1899 wurde die Privat-Post „Hansa“ verboten: Eine erhaltene Abschiedskarte anlässlich der letzten Beförderung vom 31. März 1900

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

gen verfügten sie den weiteren Ausbau des Postwesens in Ostpreußen. Der Soldatenkönig meinte hierzu 1723 im Geheimen Staatsrat, die Post sei „gleichsam das Oel von die ganze Staatsmaschine“.

Derselben Ansicht war wohl auch die russische Zarin Elisabeth. Denn sie sorgte anlässlich der zeitweiligen Besetzung Königsbergs durch ihre Truppen während des Siebenjährigen Krieges für einen Weiterbetrieb des dortigen königlich-preußischen Hofpostamtes als Russisches Kaiserliches Hofpostamt.

Als Friedrich der Große im August 1786 starb, existierten in Preußen mehr als 1500

Postämter und -anstalten sowie vier Oberpostämter, von denen sich eines in Königsberg befand. Danach dauerte es bis zum September 1849, ehe König Friedrich Wilhelm IV. das preußische Postwesen grundlegend neu organisierte. Nunmehr erhielt jeder preußische Regierungsbezirk eine Oberpostdirektion. Die in Königsberg war für 67 Postämter und -amtsstellen zuständig und stand unter der Leitung des Oberpostdirektors Pieck. Ihr Amtssitz lag zunächst im Hauptpostamt in der Poststraße.

Weil das Reichspostgesetz vom 28. Oktober 1871 eine private Beförderung von Briefen und Zeitungen innerhalb der

Ortsgrenzen erlaubte, war ab September 1894 in Königsberg die Privat-Post „Hansa“ aktiv, die bald um die 2,5 Millionen Sendungen pro Jahr beförderte und über 165 Briefkästen im Stadtgebiet verfügte – also 25 mehr, als die Reichspost installiert hatte. Auf Druck der Letzteren wurden die Privatposten dann aber durch ein Gesetz vom 20. Dezember 1899 verboten, wodurch die „Hansa“ ihren Dienst zum 31. März 1900 einstellen musste.

Allerdings kam es 17 Jahre später nochmals zur Etablierung einer Privatpost: Königsberger Schüler begannen heimlich Briefe zwischen den im Hafen

liegenden Schiffen, für deren Besatzungen aus militärischen Gründen Korrespondenzverbot herrschte, und Adressen innerhalb der Stadt hin und her zu befördern. Daraus entwickelte sich ein lebhafter Postverkehr, der bis 1923 andauerte, wobei die Schüler erhebliche Umsätze erzielten und 287 verschiedene Briefmarken kreierten.

Königsberger Schüler betrieben heimlich eine Privatpost

Im Jahre 1916 wurde in Königsberg auch ein staatliches Postscheckamt eröffnet, das Anfang 1926 sein eigenes Gebäude am Deutschordensring erhielt. Außerdem entstand bis 1924 der neue Sitz der Oberpostdirektion in der Brahmsstraße/Ecke Hansaring. Diese Dienststelle mutierte 1934 zur Reichspostdirektion Königsberg. Deren Auflösung erfolgte am 27. Januar 1945 durch eine formelle Weisung des letzten Direktors Walter Pietsch.

Bis zum Beginn des Endkampfes um Königsberg am 6. April 1945 befand sich der Gefechtsstand des Festungskommandanten, General der Infanterie Otto Lasch, im Gebäude der Reichspostdirektion. Dieses überstand die Schlacht und dient heute als Hauptquartier des Stabes der Baltischen Flotte Russlands. Ebenfalls erhalten blieb das Postscheckamt, in dem jetzt der Energiekonzern Jantar Energo residiert. Dahingegen erlitt das Hauptpostamt erhebliche Kriegsschäden und wurde 1960 gesprengt.

Die letzten Sendungen der deutschen Reichspost erreichten ihre Empfänger in Königsberg Anfang April 1945. Ein Jahr später kam es dann unter sowjetischer Herrschaft zu einer Wiederaufnahme des Briefverkehrs mit den Besatzungszonen im Westen, wobei bis in den Januar 1947 hinein auch noch alte deutsche Stempel verwendet wurden. Dann endete die 664-jährige Geschichte des Königsberger Postwesens endgültig.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Oberschlesien vor dreisprachigen Schildern?

Ortsschilder in slawischer Mundart machen bald wohl dem Deutschen Konkurrenz

Im Nachwendepolen hat die Einführung zweisprachiger Ortsschilder in polnischer und deutscher Beschriftung lange Jahre heftige Reaktionen ausgelöst und funktionierte in vielen Fällen auch in Gemeinden nicht, in denen Deutsche einen beachtlichen Anteil der Bevölkerung des Ortes stellen. Die vielen Hürden bis zur Verwirklichung stehen in deutlichem Gegensatz etwa zur zweisprachigen Beschilderung bei den Sorben in der deutschen Oberlausitz. Hier gilt nämlich die statistische Erfassung zur Verbreitung der sorbischen Sprache von Arnošt Muka aus den 1880er Jahren als Maßstab für die Bestimmung des so weitgehend fiktiven sorbischen Siedlungsgebiets.

Ein beträchtlicher Teil zweisprachiger sorbischer Ortsschilder steht in Orten, in denen Sorbisch mitunter schon viele Jahrzehnte lang ausgestorben ist. Neuerdings fahren in der Oberlausitz zwischen Bautzen und Kamenz Busse mit zweisprachiger sorbisch-deutscher Haltestellenankündigung. Die Neuerung soll bis 2025 auf allen Buslinien im sorbischen Siedlungsgebiet Sachsens für 800 Bezeichnungen eingeführt werden, womit diese dann auch großflächig auf „ausgestorbenem“ Sprachgebiet zu hören sein werden.

Während von solchen Perspektiven die Deutschen in Oberschlesien oder erst Recht in Masuren weit entfernt sind, hatte sich der polnische Gesetzgeber lange gezielt, dem (Ober-)Schlesischem seinen gesetzlich geschützten Spielraum einzuräumen. Die Frage, ob das Oberschlesische mit seinen Bezügen zum Polnischen, Deutschen und Mährischen überhaupt als eigenständige Sprache verstanden werden könne, ist immer von der Angst begleitet gewesen, Oberschlesien scheide damit zunehmend etwa aus dem polnischen Sprachgebiet und mithin der polnischen Nation heraus. Dabei könnte auch hier eine Analogie zur Bundesrepublik gesehen werden. So gibt es zweisprachige deutsch-niederdeutsche Ortsschilder in Niedersachsen. Sprecher des Niederdeutschen sind hier zugleich Sprecher der deutschen Standardsprache. Ähnliches gilt auch für das slawische Idiom Oberschlesiens und Polnisch in Oberschlesien.

Im April hatte der polnische Sejm das Gesetz zur Anerkennung der (ober-)schlesischen Sprache als Regionalsprache verabschiedet. Das Gesetz in dieser Form hatte Staatspräsident Andrzej Duda nicht unterzeichnet. Diese Anerkennung brächte neben der Option auf institutionelle Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen,

künstlerische Projekte oder solche zur Bewahrung kultureller Identität auch die Aussicht auf zweisprachige Schilder in Polnisch und der slawischen Varietät in Oberschlesien mit sich – Dudas Amtszeit läuft jedoch 2025 aus.

Mindestens 20 Prozent

Als Grundvoraussetzung sehen die Bestimmungen indes vor, dass bei der letzten Volkszählung mindestens 20 Prozent der

Einwohner angaben, zu Hause (Ober-)Schlesisch zu sprechen. Dem aktuellen Stand entsprechend könnten so jedenfalls über 40 Gemeinden und Städte derartige zweisprachige Schilder anstreben. Kurioserweise befindet sich unter diesen Gemeinden auch Rudnik (Polnisch: Rudnik, Oberschlesisch: Rudník) im Landkreis Ratibor [Racibórz], wo die Deutsche Minderheit aktuell auf dem Weg zu einer doppelten deutsch-polnischen Beschriftung

ist. Ob hier künftig drei Ortsnamen auf den Ortseingangsschildern zu finden sein werden, bei denen sich die deutsche und polnische Schreibweise gar nicht unterscheiden und das heimische slawische Idiom nur ein winziges diakritisches Zeichen über dem N erfordert? Es gibt Gemeinden wie Rydułtau (Polnisch: Rydułtowy, Oberschlesisch: Rydültowy), in denen Deutsch heute nicht mehr im nötigen Quorum mitmischen kann, während Rudnik nicht alleinig für eine Dreisprachigkeit in Frage käme.

Die Nische des slawisch-schlesischen Dialekts bot unter Umgehung des atmosphärisch verbotenen Deutschen viele Jahrzehnte eine Möglichkeit, auf diese Weise zu sagen: „Wir sind wir, und ihr (Polen) seid ihr“. Das könnte es der deutschen Beschriftung künftig noch schwieriger machen, denn das eigene slawische Idiom reicht vielen Menschen zur Unterscheidung. Und einen historischen Bestandsschutz wie im Falle der Sorben in der Oberlausitz gibt es nicht. Es kann neben der Ausbreitung von Schildern auf (Ober-)Schlesisch durchaus auch zum Rückgang deutscher Schilder kommen, wenn künftige Volkszählungen einen weiteren Rückgang der deutschen Sprache mit sich bringen. Till Scholtz-Knobloch



Wecken Hoffnungen und Emotionen: Zweisprachige Ortsschilder wie das von Wiekšyce/Wiegschütz

Foto: T. Scholtz-Knobloch

SPORT

Fussball unter Greif und Adler

Pommersche Fußballvereine einst im Wettstreit mit Vereinen im gesamten deutschen Ostseeraum

VON TORSTEN SEEGERT

Sie hießen Viktoria Stralsund, Greifswalder SC, Comet Stettin, Sturm Lauenburg oder Fortuna Stolp – Pommersche Fußballvereine. Obgleich sie nicht unter den Gründungsmitgliedern des Deutschen Fußball Bundes (DFB) am 28. Januar 1900 in Leipzig zu finden sind, so fanden sich doch auch an der Küste Rasenfreunde zusammen, um schon bald das runde Leder ins Tor zu kicken.

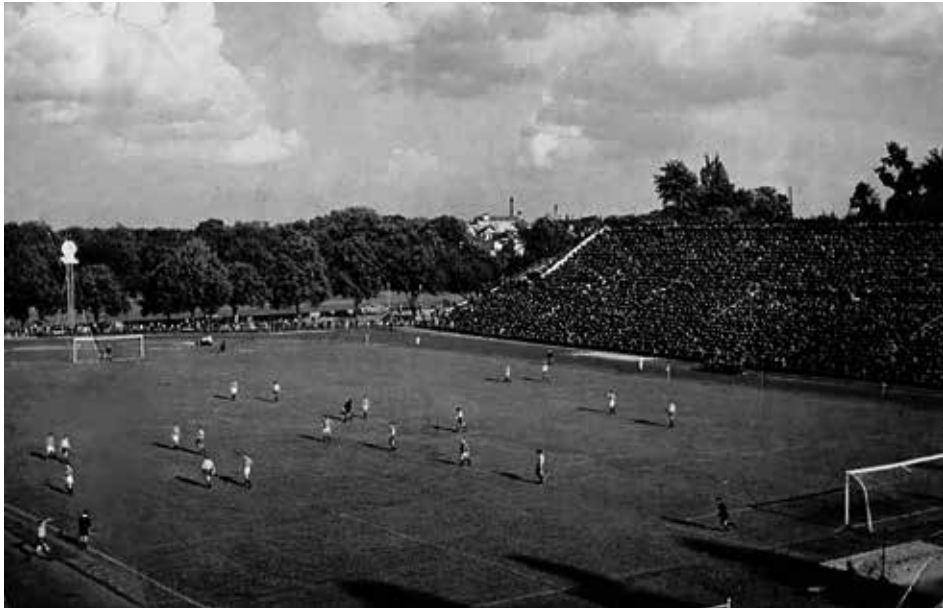
Wahrscheinlich ist, dass neben dem 1900 gegründeten FC Sport auch der Stettiner Fußballclub Titania (19. Juli 1902) zu dem pommerschen Fußball-Pionieren zählte. Um einen Ligabetrieb aufzubauen, gründete er 1903 mit drei weiteren Clubs – dem bereits erwähnten FC Sport, dem FC Saxonia sowie dem SC Comet – zunächst die Stettiner Fußball-Vereinigung (SFV) und wurde in der Spielsaison 1903/1904 erster Stettiner Fußballmeister.

Allerdings gab es parallel zu diesen Mannschaften noch den FC Greif, den FC Preußen, den FC Hohenzollern, den SC 1903 Stettin sowie den FC Urania, die sich etwa zeitgleich im Verband der Stettiner Ballspiel-Vereine organisiert hatten. Interessant ist auch, dass Titania zu jener Zeit mit dem FC Urania fusioniert war, dann aber wieder eigene Wege ging. Es ist anzunehmen, dass es in den ersten Jahren der Gründungswelle von Rasensportvereinigungen auch zu einigen Querelen zwischen den Vereinen kam.

Kein einfacher Start

Schließlich raufte man sich doch noch zusammen, um den Verband Pommersche Ballspiel-Vereine (VPBV) am 2. Juni 1905 in Stettin zu gründen. Keinem Regionalverband zugeordnet, wurde man zunächst als „Ortsgruppe Stettin“ beim Verband Berliner Ballspielvereine geführt, während die Mannschaften des Verbandes ihre Meisterschaften in Eigenregie austrugen – die erste 1905/1906.

1906 zählte der Pommersche Fußballverband dann bereits 9 Vereine und viele offene Streitpunkte, so dass diese regelmäßig durch Vermittler aus Berlin geschlichtet werden mussten. Mit dem Zusammenschluss der Berliner Verbände endete auch die Mitgliedschaft der „Ortsgruppe Stettin“. Am 18. Juli 1912 erfolgte die Neugründung des Pommerschen Fußballverbandes. Nun wurden die Fußballer Mitglied im Verband Pommerscher Sportvereine und 1913, nachdem die Gründung



Einst in Stettin: Das Fußballstadion „Rühl-Kampfbahn“, eingeweiht am 5. Oktober 1925. Es bot damals Platz für 15.000 Besucher. Am 10. März 2019 fand hier das letzte Spiel statt, bevor das Stadion komplett neu gebaut wurde, jetzt Florian-Krygier-Stadion



Die Embleme von 3 Stettiner Fussballvereinen: Das alte Emblem der „Titania“ 1902, Sport-Club Preußen 1901 und Stettiner Sport-Club 1908

eines eigenen regionalen Verbandes gescheitert war, schließlich Mitglied des Baltischen Rasen- und Wintersportverbandes (BRWV). Dies wiederum ermöglichte nicht nur den sportlichen Wettbewerb mit Mannschaften aus Danzig, Westpreußen, Ostpreußen und dem Memelland, sondern auch eine regionale Zuordnung zum Deutschen Fußballbund (DFB).

Baltenmeisterschaft erspielt

Dabei spielte der mehrfache Stettiner Meister Titania nun auch überregional – in Konkurrenz mit dem Lokalrivalen Stettiner SC – sein Können aus. 1920 setzten sich die „Löwen von Zabaldorf“ mit einem 1:0 gegen den VfB Danzig und mit 2:1 gegen den SV Prussia-Samland aus Königsberg durch und wurden Baltenmeister.

Titania, die in dieser Saison auch an der Endrunde der Deutschen Meisterschaft teilnahm, siegte im Viertelfinale gegen den SV Arminia Hannover im Holstein-Stadion Kiel am 16. Mai 1920. Nach einem Rückstand von 1:0 zur Halbzeit konnte sich Titania nach dem Ausgleich

in der Verlängerung dank des zweifachen Torschützen Richard Grapow mit 1:2 vor 4.000 Zuschauern durchsetzen, unterlag aber im Halbfinale am 30. Mai 1920 in Berlin dann dem späteren Deutschen Meister 1. FC Nürnberg deutlich mit 3:0. Auch in den Folgejahren spielte die Titania erfolgreich Fußball. So wurde die Mannschaft in der Spielsaison 1926/1927 erneut Baltenmeister und stand noch weitere fünf Mal in der Endrunde zur Deutschen Meisterschaft.

Spielsystem anders

Interessant ist auch das System, das damals gespielt wurde: Titania trat bei der Deutschen Meisterschaft gegen den HSV (1921/1922) neben Torwart Walter Haupt mit 2 Verteidigern, 4 Mittelfeldspielern und 4 Stürmern (1-2-4-4) an.

Die Vereine aus Vorpommern – zu ihnen zählten erfolgreiche Mannschaften wie der VfB Swinemünde oder Stralsund 07 – gehörten bis zur Saison 1925/1926 übrigens noch zum Norddeutschen Fußball-Verband (NFV) und spielten dann ab 1928

im Baltenverband mit. Titania, einst Aushängeschild des pommerschen Fußballs im Verband, geriet zunehmend ins Hintertreffen – auch seinen Lokalrivalen gegenüber. Der Einsatz von mehr Geld endete 1930 im Konkurs, sodass die verbliebenen Fußballer zum blau-weißen VfL Stettin wechselten.

1933 wurde der Baltenverband aufgelöst. Nun wurden die pommerschen Vereine in der Gauliga mit einer Staffel „Ost“ und „West“, beziehungsweise der zweitklassigen Bezirksliga Pommern organisiert. Meister dieser neuen Liga waren mehrfach Victoria Stolp sowie der Stettiner SC, der 1922 schon als Baltenmeister Erfolge feiern konnte. Auch der Stettiner VfL konnte in der Saison 1939/1940 noch einmal Erfolge feiern: Die Blau-Weißen wurden durch einen Sieg über Germania Stolp im Entscheidungsspiel (2:5), nachdem Hin- (1:2) und Rückspiel (1:0) keinen klaren Sieger brachten, Pommern-Meister.

Die Kriegsjahre wurden durch Einberufungen, Treibstoffmangel, Bombenangriffe bestimmt. In der Gauliga gab es nur noch 10 Mannschaften, die zudem durch Militärsportvereine und Betriebssportgemeinschaften dominiert wurden. Zunächst eingeschränkt, kam der Spielbetrieb 1944 endgültig zum Erliegen.

Torschützenkönige dabei

Wie schon oft vor 1933 scheiterten die pommerschen Fußballvereine bereits in der ersten Runde der Endrunde zur Deutschen Meisterschaft, einzige Ausnahme war der Heeressportverein Groß Born, der seinen Ursprung 1933 in Kolberg hatte. In der Saison 1943/1944 gewann der Militärsportverein alle 10 Spiele der Gauliga Ost-Pommern mit einem Torverhältnis von 83:2. Wen wundert es? Bei dem Verein spielte unter anderem Edmund „Ed“ Conen (1914-1990), genannt „Rolly“ – der Mittelstürmer wurde 1934 als einer der drei Torschützenkönige bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Italien geführt. Und an seiner Seite spielten in Groß Born bei Neustettin damals vier weitere Nationalspieler: Torwart Alexander Martinek (1919-1945), Wilhelm Sold (1911-1995), Ernst Plener (1919-2007) und Otto Rohwedder (1909-1969).

Das Halbfinale der Deutschen Meisterschaft in Hannover gegen den Luftwaffen-Sportverein Hamburg ging 2:3 verloren Auf das Spiel um Platz 3 gegen den 1. FC Nürnberg wegen der Kriegslage verzichtet.

MELDUNGEN

DFB-Elf, Rudern und Hansetage

Stettin – Staus und Unfälle: Der Rückreiseverkehr von der Ostsee in Richtung Stettin und Berlin wurde am letzten Sonntag durch Unfälle beeinträchtigt. Diese führten ab der Umgehung bei Gollnow auf einer Länge von etwa 30 Kilometern zu Staus und zählfließendem Verkehr. TS

Greifswald – Toni Kross war nicht der einzige Pommer, der am letzten Sonntagabend mit der DFB-Elf zum EM-Achtelfinale gegen Dänemark (Ergebnis 2:0) im Dortmunder Stadion auf dem Platz stand. Mit Nationalspieler Robert Andrich lief der 7-jährige Greifswalder Oscar Satzkel ein. TS

Insel Wollin – Am 29. Juni ist ein etwa 60 Jahre alter Mann in der Ostsee vor dem Ostseebad Misdroy ertrunken. Wie es von der Polizei hieß, war die Wiederbelebung des durch andere Strandbesucher Geborgenen erfolglos. Es ist der erste Badetote der Saison 2024 in Hinterpommern. TS

Demmin – Gesang hat in der Hansestadt an der Peene eine 170 Jahre lange Tradition. 1854 wurde die Demminer Liedertafel gegründet. Aus diesem Anlass findet am 6. Juli um 14 Uhr in der Beermann-Arena (Schützenstraße 1a) ein Jubiläumskonzert des Peenechores statt. TS

Stolpmünde – Am 27. Juni ging gegen 20.30 Uhr bei der Polizei die Meldung eines Bombenfundes am Strand von Stolpmünde ein. Das Umfeld des Blindgängers aus dem 2. Weltkrieg wurde daraufhin gesichert und die Bombe geborgen. Es ist bereits der zweite Fund im Jahr 2024. TS

Anklam – Das 19. Wanderrudertreffen wurde am vergangenen Wochenende durch den Anklamer Ruderclub ausgerichtet. Zu der Veranstaltung waren 65 Ruderer, die deutschlandweit in 25 Vereinen organisiert sind, angereist. Höhepunkt: Die Ausfahrt zur Insel Usedom. TS

Rummelsburg – Nach Demonstrationen der Bauern und Protesten der Transportarbeiter äußern nun auch die Förster ihren Unmut gegen die Regierungspolitik. Die Forst hat große Bedeutung – so ist die Oberförsterei Rummelsburg der größte Staatsforstbetrieb Europas. TS

Insel Rügen – 2024 wurde der 200 Meter lange Seesteg in Dranske zerstört – die Tätigkeit des Wittower Segelvereins stand vor dem Aus. Nun wird ein neuer Steg für 550.000,00 Euro gebaut – das Land versagte Unterstützung, der Bau wird vor allem durch private Gelder finanziert. TS

Stralsund – Oberbürgermeister Alexander Badrow begrüßte am 26. Juni eine sechsköpfige Delegation aus Stralsunds Partnerstadt Stargard im Rathaus, die sich ins „Goldene Buch“ eintrug. Es wurden Kooperationsprojekte zur Vorbereitung der Hansetage 2026 in Stargard und 2028 in Stralsund besprochen. Bei dieser großen Aufgabe wollen sich die beiden Partnerstädte gegenseitig unterstützen. Außerdem ging es um die Weiterentwicklung des Deutsch-Polnischen Musikschulzentrums sowie die Vertiefung der Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen und städtischen Kultureinrichtungen. Hansestadt Stralsund



Programm (auszugsweise) anlässlich des „70. Tag der Stettiner“ am Sonntag, 3. August 2024 in der Patenstadt Hansestadt Lübeck in der Gaststätte im Bootshaus Lübeck, Hüxtertorallee 4, 23564 Lübeck, Tel: 0451 79 14 27 oder 0152 573 197 32 www.bootshaus-luebeck.de

Veranstalter: Der Heimatkreis Stettin in der Pommerschen Landsmannschaft e.V. 10.30 Uhr Eintreffen im Bootshaus. Eröffnung um 11.00 Uhr durch die Vorsit-

zende des „Heimatkreis Stettin“, Ursula Zander. Die Morgenandacht hält Prof. Dr. Theol. Karl-Heinz Kuhlmann, Bohmte, der auch den Festvortrag: „Eine Kindheit und Jugendzeit in Stettin“ hält.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen erfolgen die Vereins-Regularien des Heimatkreises mit Bestätigung der Wahlergebnisse für die Amtsperiode 2024-2025

Vorgestellt und angeboten wird der frisch gedruckte „Stettiner Bürgerbrief 2024“

Bericht aus dem „Haus Stettin“ durch den Vorsitzenden des Fördervereins Herrn Dirk Rhodgess. Im „Haus Stettin“ werden historische und kulturelle Güter

erfasst, ausgewertet und aufgearbeitet. Hier wird die geschichtliche Vergangenheit Stettins als ständige authentische Ausstellung gezeigt.

15.00 Uhr Gemeinsame Kaffeetafel, Gespräche und musikalische Begleitung. 16.00 Uhr – Kleiner Spaziergang zum Haus Stettin, Hüxterdamm 18a in 23522 Lübeck.

16.30 Uhr – Bebilderter Vortrag durch den Zeitzeugen Peter Haese: „Vor 80 Jahren – Ein heißer Sommertag am 17. August 1944 in Stettin!“

17.00 Uhr – Kranzniederlegung und Totenehrung an der Glocke im Garten des Haus Stettin, Worte des Gedenkens spricht Eberhard Gaese.

Ein herzliches Willkommen allen Stettinern und Gästen.



Haus Stettin

Foto: D. Suda

• Info www.stettin-heimatkreis.de, www.haus-stettin.eu

70. „Tag der Stettiner“ in Lübeck

Die Stettiner treffen sich am Sonnabend, den 3. August 2024 in der Patenstadt

„Doppelmoral, Realitätsferne und Borniertheit“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

Sie haben zwei sehr zutreffende Lesermeinungen veröffentlicht. Danke an die Verfasser derselben und an die PAZ für deren Veröffentlichung“

Gisela Löffelmacher, Flensburg
zum Thema: Die AfD zelebriert auf offener Bühne ihre Politikunfähigkeit (Nr. 22)



Ausgabe Nr. 25

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

GRÜN-ROTES NARRENSCHIFF ZU: DAS DEUTSCHE STAATSSCHIFF GERÄT IN GEFÄHRLICHE GEWÄSSER (NR. 25)

Das Wort des Franz Josef Strauß am 7. Oktober 1986 vom „prunkgeschmückten Narrenschiff“, das auf Kollisionskurs mit der Wirklichkeit ist, sollte sich unser „akademischer Überschuss infolge der verfehlten Bildungspolitik in nicht verwendungsfähigen Studiengängen“ hinter die Ohren schreiben. Vielmehr sollten diejenigen, die in diesen katastrophalen Zeiten noch bei Verstand geblieben sind, sich fragen, warum diese prophetischen Worte verhallt sind.

Bevor die rot-grünen Faschingskommandanten das Ruder übernahmen, haben die Schwarzen das Logbuch geschrieben. Die Merzelisten und Söderisten sind Ausfluss von Beliebigkeit, Opportunismus und Charakterlosigkeit, selbstverliebt, karrieresüchtig, eigennützig. Wie eine Schablone der Ampelianer, die allerdings intellektuell noch untergewichtiger sind. *Klaus Hermann Konrad Baumgart, Naumburg/Saale*

VIEL GEREDET, NICHTS BEWIRKT ZUM TITELTHEMA: OFFENSICHTLICHES SCHEITERN (NR. 25)

Was die Ampel von Beginn an ausgezeichnet, ist kein Irrweg, sondern Unfähigkeit. Sie ist ein Debattierklub, der darüber diskutiert, wie man Migranten und Flüchtlingen noch mehr Gutes tun und die echten Deutschen noch mehr ins Abseits drängen kann. Wie wenig diese Gruppe von Parteien von dem versteht, worüber sie redet, ist schon erstaunlich. Da erklärt die Bundesinnenministerin, dass das, wie Großbritannien in Sachen Drittstaatenregelung vorgeht, nicht zielführend sei. Nahezu 18 Monate lang wurde debattiert, und noch immer wurde nichts erreicht.

Dass es sich dabei um kein leichtes Thema handelt, ist doch unbestritten. Aber bevor schulmeisterlich der Finger

gehoben wird, muss man doch zunächst selber auch etwas unternehmen und es besser machen. Weiter wird erklärt, dass es erfolgreicher sein wird, wenn sich die EU-Staaten mehr mit ihren Außengrenzen befassen würden. Aber weder in Deutschland noch in der EU haben diese Debatten irgendetwas bewirkt.

Dann gibt es Politiker in diesen Parteien, welche die Verkürzung des Bürgergeldes für völlig falsch halten. Stattdessen wäre es doch sinnvoller, das Bürgergeld komplett zu streichen und diesen Bürgern einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Diese Aussage ist so dumm, dass es einer Kommentierung nicht bedarf.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

TÜRCHAU IST NICHT THEUERN ZU: STREIT UM POLEN-TAGEBAU (NR. 24)

Eine der vielen lobenswerten Eigenschaften der PAZ besteht darin, dass sie, wo vorhanden, die deutschen Ortsnamen verwendet. Nur sollten es eben auch die richtigen sein. In der Meldung heißt der im ehemaligen Ostsachsen liegende Ort, der nun auf Polnisch Turow heißt, auf Deutsch *Türchau*. *Theuern* dagegen liegt in Bayern.

Norbert Neumann

LET’S GO, ROBERT F. KENNEDY! ZU: KENNEDYS UMFRAGEWERTE STEIGEN (NR. 23)

Was Sahra Wagenknecht und ihr BSW in der Bundesrepublik geschafft haben, nämlich (erfolgreich) Kerninhalte linker Politik für konservative Wählerschichten attraktiv zu machen, möchte nun auch Robert F. Kennedy jr. in den USA erreichen. Befördert wird dies von einer Erosion der klassischen Parteienlandschaft, was auch in Europa geschieht.

„Newcomer“ wie Robert F. Kennedy jr. profitieren zudem von einer Profillosigkeit des politischen Establishments, welches seit Jahrzehnten abwechselnd regiert, ohne dass ein politischer Wandel

erfolgt. Die Präsidentschaft Barack Obamas, welche am Anfang euphorisch vom Wähler begrüßt wurde, unterschied sich jedoch wenig von der vorherigen Bush-Regierung.

Die militärischen Abenteuer wurden unter Obama nicht weniger, die Schulden im US-Haushalt wuchsen weiter und die illegale Migration erreichte Höchststände. Zwischen der Politik von Demokraten und Republikanern war für den Wähler kein Unterschied mehr zu erkennen, da Idealisten wie Bernie Sanders und Marjorie Taylor Greene ein Außenseiterdasein in diesen Parteien fristen.

Die Wahl von Donald Trump 2016 war also keine Wahlentscheidung für den polarisierenden mittlerweile (Ex-)Präsidenten, sondern es war eine Abwahl des Establishments. Trump, von beiden Parteieneliten eher abgelehnt, konnte keine Wende „America First“ herbeiführen und war machtlos vor seinem eigenen Machtapparat. Das Erfolgsgeheimnis des „kleinen“ Herausforderers könnte die Tatsache sein, dass Robert F. Kennedy jr. unbelastet ist mit Skandalen und Korruptionsaffären des Washingtoner Establishments. Er wirkt agiler als Biden und klarsichtiger als Trump. Sein Engagement gegen die in den USA mächtige Pharmaindustrie und den militärisch-industriellen Komplex zeugen von der Unbestechlichkeit des unabhängigen Kandidaten, wovon Trump und Biden nur träumen können.

Bekanntlich freut sich auch der Dritte, wenn zwei sich streiten. Let’s go, Robert F. Kennedy jr.! *Marcel Jacobs Hamburg*

WIE DAS EI IM EISWASSER ZU: „ENTSCHEIDEND IST DIE GOTTESLIEBE“ (NR. 23)

Die „Nächstenliebe“ habe ich lange überhaupt nicht verstanden? Wie kann man alle lieben? Mit der „Nächstenliebe“ wird seit den Grenzöffnungen herumgeschmiert wie mit Marmelade. Das ist die kirchlich-institutionalisierte Art Willkommenskultur derer, die es seit jeher mit den Mächtigen gehalten haben. Ein

Pastor kriegt sein Geld übrigens vom Staat. Das sind trotz leerer Kirchen hübsche 5000 Euro im Monat. Da sagt man doch „Danke“?

Mich hat die „Nächstenliebe“ immer abgeschreckt wie das gekochte Ei das Eiswasser. Nächstenliebe ist, sich an die zehn Gebote zu halten. Man kann auch mal die Grundrechte studieren? Zum Beispiel das Völkerrecht, das vom Selbstbestimmungsrecht spricht. „Der gute Christ braucht die Kirche nicht. Wenn man einen Weg lange genug geht, geht man ihn schließlich alleine“ (Marie von Ebner-Eschenbach).

Jante Waterende, Hamburg

DAS DRAMA VON BALGA

ZU: VOM AUFSTIEG UND VERFALL EINER FRÜHEN FESTUNG (NR. 22)

Die Kämpfe der 4. Armee und damit die Zerstörung der alten Festung Balga ist in der Fachliteratur erschöpfend thematisiert worden. Als Zeitzeuge kann ich die Doku „Der weite Weg zurück nach Balga“ mit Karl-Heinz Schmeelke empfehlen. Das Ende der deutschen Einheiten rund um Balga ist an Dramatik kaum zu überbieten. *Dr. Karl-Heinz Pröhuber, Aachen*

FRIEDENSTAUGLICH WERDEN

ZU: „GEFAHR EINER SCHRITTWEISEN ESKALATION ZU EINEM DIREKTEN MILITÄRISCHEN KONFLIKT MIT RUSSLAND“ (NR. 22)

US-amerikanische Regierungen zündeln wahnsinnig gerne, aber nur in weit von den USA entfernt liegenden Ländern, und dort hinterlassen sie fast immer nur verbrannte Erde. Unsere Volksvertreter lassen sich fast blindlings in einen Krieg mit der Ukraine hineintreiben, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland das nicht will. Deutschland soll kriegstauglich werden, tönt Boris Pistorius.

Aber genau das will ich nicht, wir sollten friedentauglich werden und schnellstens mit Friedensverhandlungen beginnen. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-09-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

BAHNREISE

Spaniens rollender Botschafter

Im Luxuszug über die Iberische Halbinsel – Mit dem Tren Al Andalus von Sevilla nach Santiago de Compostela

VON DETLEF BERG

Bitte einsteigen und die Türen schließen! Dann geht ein sanfter Ruck durch die lange Waggonschlange, der Al Andalus setzt sich langsam in Bewegung. Pünktlich auf die Minute verlässt der „Palast auf Schienen“ – so nennt die spanische Bahngesellschaft ihren Nostalgiezug voller Stolz – den Bahnhof Santa Justa in Sevilla.

Nur 54 Gäste sind diesmal an Bord. Sie begeben sich auf eine Sonderreise quer durch ganz Spanien, von Sevilla in Andalusien bis hinauf nach Santiago de Compostela. Schnell sind die Abteile bezogen und das Gepäck verstaut. Alle Reisenden treffen sich im Salonwagen zum Begrüßungsgetränk. Man hat sich schon während des Vorprogramms kennengelernt, ist gespannt auf die Reise, die ein wenig in jene Vergangenheit zurückführt, als die 1929 gebauten Waggonen den englischen König auf das Angenehmste von Calais an die Côte d’Azur beförderten. Barmann Julio füllt edlen Cava in die Gläser, häuft Nüsse und Oliven in kleine Schalen. Alle nippen am Glas, die Stimmung ist gut.

Königlich war bereits der Aufenthalt im Hotel Alfonso XIII., dem wohl spektakulärsten Hotel von Sevilla. 1929 im Mudéjar-Stil für internationale Würdenträger zur iberoamerikanischen Ausstellung gebaut, vereint das luxuriöse Haus typisch andalusisches Dekor mit zeitgemäßem Komfort. Von dort ist es nicht weit zur Kathedrale mit ihrem berühmten Glockenturm und dem Königspalast Alcazar.

Zu Sevilla gehört auch der Flamenco. Im Flamenco-Museum von Christina Hoyos wird die unendliche Geschichte zwischen den Geschlechtern mit musikalisch-dramatischen Mitteln thematisiert. In der Rolle des einsamen, unverständenen Verliebten, beginnen Männer herzergreifend mit kehligen Lauten zu singen. Zu Gitarre und Gesang gesellen sich Tänzerinnen mit rhythmischem Schlagen der Absätze auf dem Parkett, während die Sänger dazu harmonisch auffeuernd in die Hände klatschen.

Am Abend überrascht Küchenchef Andrés Fernández die Passagiere mit einem



Der rote Teppich ist ausgerollt: Jeder Gast wird wie ein König empfangen

köstlichen Menü im Salonwagen. Der präsentiert sich mit holzgetäfelten Wänden, roten Plüschsesseln und dem goldglänzenden Messing der Leuchten ganz im Stil der Belle Époque. Auf dem Menüplan stehen Teufelskrabbenpastete mit Sprossen, knuspriges Spanferkel mit Apfel-Chutney und Arroz con Leche, süßer Milchreis. Dazu werden ausgewählte spanische Weine angeboten.

Eine Kleiderordnung gibt es übrigens nicht. Man sieht Kleider, Jacketts, aber keine Krawatte. Eine Sitzordnung gibt es

ebenfalls nicht. Gäste, die andere Gäste kennenlernen möchten, nehmen an einem Vierertisch Platz. Es gibt aber an der anderen Fensterseite auch kleine Zweierische. Der kleine Mittelgang stellt dabei kein Hindernis für Gespräche mit den Gästen auf der anderen Seite dar. Ausklingen kann der Abend im Barwagen zu nostalgischer Musik wie „As Times Goes By“ bei einem Gin Tonic oder einem Sherry.

In der Zwischenzeit ist der Zug zum Stehen gekommen, und fleißige Helfer haben die Sofas in den Abteilen – alle sind

klimatisiert und mit Dusche und WC ausgestattet – zu Betten verwandelt.

Am Morgen erreicht der Zug Córdoba. Ein Bus bringt die Passagiere zur Mezquita-Kathedrale mit ihren über 850 Säulen, verbunden durch weiß-rot gestreifte Bögen. Das UNESCO-Weltkulturerbe war einst eine Moschee. „Die maurischen Kalifen entwickelten Andalusien ab dem achten Jahrhundert zu einem Zentrum der muslimischen Welt. Ein Zeugnis dieser Zeit ist die Mezquita“, erläutert die Reiseleiterin Petronella. Es bleibt auch Zeit, sich einfach durch die schmalen, blütenweiß gekalkten Gassen der Juderia treiben zu lassen. Später rattert der Zug weiter gen Norden, vorbei an Olivenbäumen und Obstplantagen.

Am nächsten Tag stehen mit Toledo und Aranjuez gleich zwei UNESCO-Weltkulturerbe-Städte auf dem Ausflugsprogramm. Toledo thront auf einem Hügel, der von drei Seiten vom Fluß Tajo umflossen wird, und ist ein städtebauliches Gesamtkunstwerk. Beim nachmittäglichen Spaziergang durch die Parkanlagen von Aranjuez, einem Königsschloss vor den Toren von Madrid, fehlt nur die Musik des berühmten Gitarristen Joaquín Rodrigo.

Viel zu sehen gibt es auch in Avila mit seiner gewaltigen Festungsanlage und in León mit seiner gotischen Kathedrale. Mit einer Flussfahrt im Sil Canyon mit seinen bis zu 500 Meter tief abfallenden Schluchten erleben die Passagiere auch das grüne Spanien. Dieser Teil von Galicien, unweit der Grenze zu Portugal gelegen, ist auch bekannt für sein kleines Weinanbaugebiet Ribeira Sacra.

Bevor der Al Andalus weiterfährt, steht ein Bummel durch die Stadt Lugo auf dem Programm. Die römische Stadtmauer ist hier besonders imposant. Etwas mehr als 2200 Meter lang, umschließt sie die gut erhaltene Altstadt. Dort erwartet die Passagiere noch eine Überraschung. Eine kleine Musikkapelle hat Aufstellung genommen und spielt traditionelle Lieder aus Galicien – mit einem Dudelsack! Die Gaiteiros, so heißen die Dudelsackspieler hier, sind fester Bestandteil der Kultur von Galicien, die sich auch auf keltische Ursprünge zurückführen lässt.

Kofferpacken ist das Motto am nächsten Tag. Der Al Andalus erreicht nach rund 1250 Kilometern Fahrt quer durch Spanien auf seiner letzten Etappe Santiago de Compostela. Die Zugpassagiere wechseln für die beiden letzten Übernachtungen in den historischen Parador, der zentral am Platz des Obradoiro liegt und als ältestes Hotel der Welt gilt.

Santiago de Compostela – die Stadt im Zeichen der Muschel – ist Ziel vieler Pilger. Eine Jakobsmuschel hängt fast bei jedem irgendwo am Gepäck. Erschöpft, aber glücklich, erreichen sie den Platz vor der Kathedrale, in der sich das Grab des Apostels Jakobus befindet.

Anspruchsvoll ist auch das Programm der Passagiere: Neben einer ausführlichen



Luxus pur: Eine Suite im Al Andalus

Besichtigung der Kathedrale mit ihrem Portikus der Herrlichkeit und der Figur des Apostels auf dem Hochaltar bietet die Stadt zahlreiche Kirchen, einige prächtige Paläste, schöne Plätze und zahlreiche Museen. Die Stadt ist der letzte von zahlreichen Höhepunkten der Reise, und der Zug ist ein perfekter rollender Botschafter Spaniens.

● Der Al Andalus fährt ab August wieder die Strecke Sevilla–Santiago di Compostela. Angebote unter: www.lernidee.de

RADREISE

Mit null Promille durchs Weinparadies

Per Rad durch die Weinregion im südlichen Mähren – Ein 1200 Kilometer langes Wegenetz erschließt insgesamt 280 Weindörfer

Mit seinen sanften grünen Hügeln, dichten Wäldern sowie idyllischen mittelalterlichen Dörfern und Kleinstädten weckt das südliche Mähren Erinnerungen an die Toskana. Dort erstreckt sich Tschechiens größtes Weinbaugebiet. Um die Grenzregion zu Österreich und der Slowakei zu erkunden, bietet sich eine Tour mit dem Rad an. Allein die gut ein Dutzend Hauptrouten zwischen den Weinbergen summieren sich auf mehr als 1200 Kilometer. Unterwegs bieten sich viele Gelegenheiten zum Einkaufen. Zudem locken zahlreiche Musikfestivals sowie Weinfeste.

Ein stilisierter Weinkeller symbolisiert die Wein-Radrouten, die durch Süd-mähren führen. Bei der Fahrt über Feldwege oder kleine asphaltierte Straßen sind die Reben mit ihren blauen oder weißen Trauben, die gerade reifen, zum Greifen nah. Teilstücke der Routen führen über kleine Nebenstraßen, auf denen nur wenige Autos unterwegs sind.

Schon 1999 hatte man damit begonnen, die ersten Routen auszuzeichnen.

Mit der Zeit wuchs ein Netz, das heute rund 280 Weinbau-Dörfer umfasst. Zahlreiche zertifizierte Hotels und Pensionen, Cafés und Restaurants am Wegesrand tragen inzwischen ein grünes Schild mit der Aufschrift „Cyklisté vitáni“, das sie als fahrradfreundlich ausweist.

Die „Mährische Weinroute“ bildet das Rückgrat des Radwegenetzes. Auf fast

300 Kilometer Länge verbindet sie die hübschen Kleinstädte Znojmo [Znojmo] im Südwesten sowie Ungarisch Hradisch [Uherské Hradiště] im Südosten und führt durch alle vier Weinregionen in Süd-mähren. Ganz im Westen streift sie den Podyjí-Nationalpark am Flusslauf der Thaya. Dort wo einst der Eiserne Vorhang Westen und Osten trennte, konnte sich



Einer der schönsten Orte auf der Radstrecke in Mähren: Nikolsburg [Mikulov]

über Jahrzehnte die Natur frei entfalten, sodass bis heute viele seltene Tier- und Pflanzenarten anzutreffen sind.

Im Osten endet die Route an den Ausläufern der Weißen Karpaten [Bílá Karpaty]. Die abwechslungsreiche Tour führt ohne große Steigungen vorbei an Sehenswürdigkeiten wie der Wassermühle von Zub [Slup] aus der Zeit der Renaissance oder der barocken Burg Buchlau. Und natürlich dreht sich unterwegs alles um den Wein, ob auf dem berühmten Weinberg Schobes über der Thaya, im bemalten Weinkeller von Schattau [Šatov], im Weinbaumuseum von Auspitz [Hustopeče] oder bei den zahlreichen Winzern.

Zu den schönsten Orten auf der Strecke gehört Nikolsburg [Mikulov], über dessen Altstadt sich das schon von Weitem sichtbare Schloss erhebt. Auch dort widmet sich eine Ausstellung der Geschichte des Weinbaus. Zu ihren Schätzen gehört ein Riesenfass aus dem 17. Jahrhundert. Mit den mährischen Weinen der Gegenwart kann man sich danach in einer

der zahlreichen Kellereien in der denkmalgeschützten Altstadt befassen.

Nikolsburg ist auch ein guter Ausgangspunkt für eine weitere Radroute. Sie führt auf einem rund 80 Kilometer langen Rundkurs durch die Weinberge der Umgebung. Auf der Strecke liegt die Parklandschaft mit den Schlössern von Feldsberg [Valtice] und Eisgrub [Lednice], die bereits seit 1996 zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt. Weinliebhaber zieht es besonders in die riesigen Kellergewölbe des barocken Schlosses Feldsberg, wo im Tschechischen Weinsalon die 100 besten Weine und Sekte des Landes probiert werden können. Wer an einer Weinverkostung teilnimmt, sollte sich um eine Unterkunft vor Ort kümmern. Denn die strenge Null-Promille-Grenze gilt in Tschechien auch für Radfahrer.

● www.suedmaehren.info. Deutschsprachige Informationen über fahrradfreundliche Unterkünfte und Restaurants unter: www.cyklistevitani.cz

FÜR SIE GELESEN

Ein Neuanfang in Deutschland

Elaine Steinhof wuchs in schwierigen Verhältnissen in einer kolumbianischen Kleinstadt auf. Sie steckte sich hohe Ziele, machte Abitur und ging nach Bogotá für eine Ausbildung zur Technologin für Marktwirtschaft. Die Stadt ist ein hartes Pflaster, besonders für alleinstehende Frauen. Es erscheint Elaine unendlich schwierig, dort voranzukommen. Sie träumt von einer anderen, besseren Zukunft als derjenigen, die sie in Kolumbien trotz harter Arbeit zu erwarten hat.

In ihrer autobiographischen Erzählung „Deutschland, nicht einfach! So begann mein Leben in Deutschland“ schildert sie, wie sie mit Fleiß, Mut und mithilfe eines deutschen Freundes und Mentors die vielfältigen Herausforderungen gemeistert hat, um Armut und Unsicherheit zu entkommen und in Deutschland neu anzufangen.

Elaine lernt Deutsch und schafft es, einen Platz als Au-Pair-Mädchen in Deutschland zu finden. Nach einem Jahr wechselt sie in eine soziale Einrichtung für ein Freiwilliges Soziales Jahr. Über das Internet lernt sie Manfred kennen, einen berufstätigen Familienvater aus Berlin, der ihr fortan uneigennützig helfen wird. Manfred steht mit ihr ab 3 Uhr morgens vor der Ausländerbehörde an, unterstützt sie auch finanziell. Er berät sie und ebnet ihr den Weg für eine Ausbildung und eine berufliche Karriere in der Hotellerie. Endlich geht Elaines Traum in Erfüllung: Sie wird deutsche Staatsbürgerin.

Dagmar Jestrzemska



Elaine Steinhof: „Deutschland, nicht einfach! So begann mein Leben in Deutschland“, Novum Verlag, Berlin 2023, broschiert, 142 Seiten, 15,45 Euro

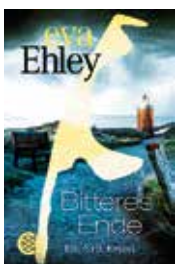
Leichte Unterhaltung

Auf der Insel Sylt findet ein literarisches Kolloquium mit angesehenen Autoren und einem unbeliebten Kritiker statt. Keiner mag den anderen. Am liebsten würde jeder auf der Stelle abreisen. Beim Abschiedessen entfernt sich der Kritiker, ohne ein Wort zu sagen. Verwundert wartet die Gruppe einige Minuten auf seine Wiederkehr. Aber er bleibt verschwunden. Am späten Abend wird ein Schwerverletzter bei der Vogelwarte gefunden. In seinem Körper stecken die vermissten wertvollen Küchenmesser der Köchin, die das Essen für die Gruppe zubereitet hatte.

Der Krimi „Bitteres Ende“ ist amüsant und locker geschrieben. Die Gedankengänge und die Beschreibung der Charaktere sind messerscharf und sehr humorvoll. Wer leichte und witzige Krimis mag, sollte die vorherigen zehn Folgen auch noch lesen.

Die Literaturwissenschaftlerin Eva Ehley hat als Lehrerin gearbeitet. Für ihre Romane erhielt sie unter anderem den Agatha-Christie-Krimipreis.

Angela Selke



Eva Ehley: „Bitteres Ende“, Fischer Verlag, Frankfurt 2024, Taschenbuch, 363 Seiten, 13 Euro

REISEBUCH DER WOCHE



Reiseziele auf dem Balkan

Ob in Slowenien, Kroatien, Mazedonien oder Albanien – in den südosteuropäischen gibt es noch viel zu entdecken

Eindrucksvolle Naturschönheiten erwarten Reisende, die sich auf den Weg begeben, den West-Balkan zu entdecken. Neben bekannten Sehenswürdigkeiten wie der Brücke von Mostar locken zahlreiche malerische

Orte wie die Bucht von Kotor, der Vjosa-Nationalpark oder auch Städte wie Zadar oder Tirana. Wo diese Orte liegen und was sie bieten, beschreibt Daniela Schetar in „Unterwegs von Slowenien bis Albanien“.

MRK



Daniela Schetar: „Unterwegs von Slowenien bis Albanien. Das große Reisebuch“, Kunth Verlag, München 2024, flexibler Einband, 319 Seiten, 29,95 Euro

PORTRAIT

Olaf Scholz und der Ukrainekrieg

Daniel Brössler, Hauptstadtkorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, sinniert über die Führungseigenschaften des deutschen Kanzlers

VON DIRK KLOSE

Ein Buch über Olaf Scholz – hat das Sinn, wo doch täglich die Zeitungen über ihn berichten? Daniel Brössler, Hauptstadtkorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, stellt die Politik des Kanzlers in der ständigen Reaktion auf den Ukrainekrieg vor. Er zeigt, dass das kriegsgeschüttelte Land mehr als andere wiewohl auch drängende Themen sein Handeln bestimmt.

Brössler geht auf die politischen Jugendjahre des jetzt 66 Jahre alten Scholz ein, der bei den Jusos als glühender Stamokap-Anhänger begann, über Stationen im Bundestag, als SPD-Generalsekretär, Erster Bürgermeister von Hamburg und Finanzminister im letzten Kabinett Merkel für viele unerwartet der SPD 2021 zum Wahlsieg verhalf, was ihm die Kanzlerschaft bescherte. Knapp drei Monate nach der Vereidigung am 8. Dezember 2021 hielt er seine viel zitierte „Zeitenwende“-Rede, in der er unter dem Eindruck des russischen Einmarschs in die Ukraine das Ende der europäischen Nachkriegsordnung konstatierte.

Seitdem sieht er den Westen in ständiger Konfrontation mit Putin. Brössler berichtet fast Monate genau über die dramatischen Ereignisse seitdem: ständige Abstimmungen in der Koalition und Kontroversen über Waffenlieferungen; dauernde Konsultationen besonders mit den USA und ein dabei entstandenes Vertrauensverhältnis zu US-Präsident Biden; Treffen mit Präsident Selenskyi, dramatische Ta-

ge mit dem Gespenst einer atomaren Apokalypse am Horizont; schließlich die unumgänglichen, endlos quälenden Finanzierungsfragen.

Immer wieder fragt Brössler dabei nach Scholz' Führungseigenschaften: nein, ein mitreißender Politiker sei er nicht, eher bedachtsam und abwägend, ein „Taktiker der Macht“ – offenbar Eigenschaften, mit denen er die brüchige Ampel zusammenhalten kann. Der Autor spricht vom „Ampel-Paradox“: Der Ukrainekrieg und seine wirtschaftlichen Folgen hätten sie unter permanenten Stress gesetzt und zugleich stabilisiert.

Es ist ein spannend zu lesendes Buch. Ein Einwand vielleicht, und zwar mit Blick auf die „Angst“ im Untertitel: So ganz kann man die Innenpolitik nicht ausklammern! Die Bevölkerung hat weniger Angst vor einem Krieg als vor vermeintlichen unmittelbaren Problemen wie Migration, sozialer Verwerfung oder „Klimakatastrophe“. Wuchert Scholz mit seinen Pfunden zu wenig? Brössler sagt es so: „Erfolgreich ist Scholz nicht, weil die Leute ihn besonders mögen. Er ist es dann, wenn sie ihm besondere Fähigkeiten zutrauen.“



Daniel Brössler: Ein deutscher Kanzler. Olaf Scholz, der Krieg und die Angst“, Propyläen Verlag, Berlin 2024, gebunden, 330 Seiten, 25 Euro

AGRARWANDEL

Wissen statt Ammenmärchen

Der in landwirtschaftlichen Themen versierte Journalist Florian Schwinn deckt die Unkenntnis der selbsternannten Klimaschützer auf

VON WOLFGANG KAUFMANN

Glaubt man den Behauptungen der Klima-Apokalyptiker, dann sind Kühe „Klimakiller“, weil sie beim Wiederkäuen das „Klimagift“ Methan herausrülpsen, das 25 Mal schädlicher wirke als Kohlendioxid. Außerdem, so das Narrativ Nummer Zwei, „verschlinge“ die Produktion von einem Kilo Rindfleisch 15.000 Liter Wasser. Daraus wird die Forderung abgeleitet, auf den Verzehr von Rindfleisch und Milchprodukten zu verzichten. Wie viele andere Erzählungen rund um den angeblichen Klimawandel ist dies kompletter Unfug. Das geht jetzt auch aus dem Buch „Die Klimakuh“ von Florian Schwinn hervor.

Der Journalist, der vorrangig über Umwelt- und Landwirtschaftsthemen schreibt, legt dar, dass der weltweite Bestand an Rindern seit 1990 um hunderte Millionen Tiere zurückging, während die Methankonzentration in der Atmosphäre permanent anstieg. Letzteres muss daher aus anderen Ursachen resultieren. Und bei dem vielen Wasser, welches die Rindfleischherstellung benötigen soll, handelt es sich ebenfalls um ein modernes Ammenmärchen aus der Kategorie der Öko-Legenden.

Kühe fressen bekanntlich Gras, und das wächst nur bei genügend Niederschlag. Also ging der Regen, der die Viehweiden grün hält, in die Berechnungen der Rinder-Gegner ein. Der Haken an der Sache ist, dass es genauso regnet, wenn keine Kuh auf der Weide steht. Insofern „verschwindet“ das Wasser nicht im Zuge

der Fleischproduktion, wie Möchtegern-Klimaschützer ohne ausreichendes Wissen über die Landwirtschaft den Menschen einreden wollen.

Nach der Entlarvung der Falschbehauptungen über die angeblich so verheerende Klimabilanz des Rindviehs erläutert Schwinn außerdem noch, in welchem großem Umfang Kühe der Umwelt nutzen können, wenn die Tiere nicht ständig im Stall stehen, wie derzeit oft üblich. So seien Rinder in der Lage, beim Weiden in der freien Natur die weitgehend verloren gegangene Biodiversität im ländlichen Raum wiederherzustellen und die bedrohte althergebrachte Kulturlandschaft hierzulande und anderswo zu retten. Treibt man die Kühe beispielsweise zum Grasen in den Wald oder zumindest an dessen Ränder, so tragen sie zur Auflichtung und somit auch Gesundung des Waldes bei.

Bei Schwinn rangiert das unter dem Oberbegriff „Agrarwende“, wobei diese Wende im Prinzip nichts anderes ist als die Rückkehr zur ursprünglichen Form der Landwirtschaft, auf der unsere bisherige Zivilisation beruhte, bevor Ackerbau und Viehzucht im 20. Jahrhundert zu Industriezweigen verkamen.



Florian Schwinn: „Die Klimakuh. Von der Umweltsünderin zur Weltenretterin“, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2024, broschiert, 255 Seiten, 24 Euro

FRITZ SKOWRONNEK

Eine tiefe Liebe zu Masuren

Vor 85 Jahren starb der Schriftsteller fern der Heimat – Sein Geburtsort Schuiken blieb ihm stets vertraut

VON SILKE OSMAN

Vor 85 Jahren starb in Oranienburg bei Berlin ein Mann, der mit seinem schriftstellerischen Werk seiner Heimat Ostpreußen ein Denkmal gesetzt hat: Fritz Skowronnek. Am 20. August 1858 wurde er im Forsthaus Schuiken bei Goldap geboren. Der Ostpreuße, der zunächst Lehrer werden wollte, sich dann aber dem Journalismus zuwandte und nach Berlin ging, wo sein jüngerer Bruder Richard ihm eine Stellung bei der „Liberalen Korrespondenz“ vermittelte, wirkte ab 1898 vornehmlich als freier Schriftsteller in Berlin. In der älteren Generation ist er vor allem durch seine Jagderzählungen und seine Romane „Der Mann von Eisen“, „Zertrümmerte Götzen“, „Schwert und Herd“, „Auf eigener Scholle“, „Das schleichende Gift“ und „Heimatfeuer“ bekannt geworden.

Weniger bekannt sein dürfte, dass Skowronnek, der in Königsberg bei Hans Prutz mit einer Arbeit über „Quellenkritische Beiträge zur Geschichte Wallensteins“ promovierte, sich auch sehr für das Selbstbestimmungsrecht seiner Heimat eingesetzt hat.

Hanswerner Heincke schreibt in der „Altpreußischen Biographie“, Band II, Lieferung 5, Marburg/Lahn 1963, über das Engagement des Ostpreußen: „Auf Skowronnek geht auch die Hilfsbereitschaft des ganzen deutschen Volkes für Ostpreußen nach 1914 zurück. Er organisierte zunächst in Berlin eine Ostpreußenhilfe durch Sammeln der verstreuten Flüchtlinge, Verhandlungen mit der Reichsregierung, Durchführung von Veranstaltungen und Einschaltung der Presse. Sein beson-



Zuhause in Masuren: Das Haus in Schuiken im Kreis Goldap, in dem Skowronnek aufwuchs (o.), Portrait des Schriftstellers (r.)
Fotos: Bildarchiv Ostpreußen

deres Werk aber ist die Patenschaftsbewegung: Er veranlasste Städte und Kreise Ost-, Mittel- und Westdeutschlands, sich bestimmter ostpreußischer Ortschaften tätig anzunehmen.

So begann mitten im Kriege der Wiederaufbau der schwer mitgenommenen Provinz. Er ist der Begründer der ‚Vereine heimattreuer Ost- und Westpreußen‘, die überall ins Leben gerufen wurden und

maßgeblich am Abstimmungssieg 1920 beteiligt waren.“

Sorge um die Heimat

Auch fern der Heimat galt die Sorge des Ostpreußen stets „seinem“ Masuren. So weiß Heincke zu berichten: „Seine Dichtung ist geprägt von der großen Liebe zu Ostpreußen, insbesondere Masuren. Jedes Jahr fuhr er mehrmals für einige Wo-

chen in die Heimat, aus der er sich auch seine Frau geholt hatte ..., er hat zusammen mit seinem Bruder Richard, ähnlich wie sein Zeitgenosse und Landsmann Sudermann, Ostpreu-



ßens Land und Leute in Deutschland weithin volkstümlich gemacht.“

Die tiefe Liebe zu dem Land im Osten ist denn auch nicht zuletzt in seiner Selbstbiographie „Lebensgeschichte eines Ostpreußen“, Leipzig 1925, mit jeder Zeile zu spüren: „Wie reich meine Jugendzeit gewesen ist“, stellt Skowronnek da fest, „habe ich erst begriffen und empfunden, als meine Kinder heranwuchsen. Als mir das zum Bewusstsein kam, habe ich alles daran gesetzt, um ihnen wenigstens einen Abglanz der Herrlichkeiten zu verschaffen, die mir die Kindheit geschenkt hat. Ich machte mit ihnen Ausflüge in die Umgebung Berlins, ich fuhr mit Frau und Kindern jedes Jahr auf vier Wochen nach Masuren, durchstreifte mit ihnen die Johanniskurger Heide, wo sie am tiefsten ist, segelte und angelte mit ihnen auf dem Spirding, dem größten Binnensee Norddeutschlands. Aber das alles war doch nur Ersatz. Den größten Teil ihrer Jugend verlebten sie doch in dem steinernen Häusermeer, spielten statt auf weichem Moosboden auf hartem Steinpflaster ...“

Als Fritz Skowronnek am 7. Juli 1939 für immer seine Augen schloss, blieb es ihm erspart, die Verwüstung seines geliebten Masurens durch die Kriegseinwirkungen zu sehen und die Teilung Deutschlands zu erleben. Der aufrechte Ostpreuße fand seine letzte Ruhestätte auf dem Friedhof von Oranienburg.

(erschieden im „Ostpreußenblatt“, Folge 27 vom 8. Juli 1989, Seite 9)

JULIUS RUPP

Er war ein unbequemer ostpreußischer Theologe

Der Theologe und Philosoph beschritt entgegen allen Widerständen unbeirrt seinen Weg – Vor 140 Jahren starb er in Königsberg

Vor dem Haus Pauperplatz 5, hinter dem Dom in Königsberg, stand ein Gedenkstein mit dem Porträt des Pfarrers Julius Rupp. Die Freie Evangelische Gemeinde hatte das Denkmal 1909 zur Hundertjahrfeier seiner Geburt setzen lassen. Das bronzene Relief stammte von der Hand seiner Enkelin Käthe Kollwitz.

Rupp wurde am 13. August 1809 als Sohn des Kalkulators Daniel Friedrich Rupp und seiner Ehefrau Juliane Karoline Wolff zu Königsberg (Pr) geboren. Er besuchte das Altstädtische Gymnasium, studierte, noch nicht 18 Jahre alt, an der Albertina Theologie, aber auch Philosophie, Geschichte, Kunst- und Literaturgeschichte. Besonders beeindruckt wurde er von dem Philosophen und Pädagogen Johann Friedrich Herbart, der seit 1809 Kants Lehrstuhl besetzte und das Pädagogische Seminar an der Universität begründet hatte.

Kants Werk über „Die Religion innerhalb der Grenzen der Vernunft“ übte Einfluss auf Rupp aus. Nach dem Examen besuchte er das Wittenberger Predigerseminar, an dem Richard Rothe lehrte. In die Heimat zurückgekehrt, wurde Rupp Lehrer in den Fächern Deutsch, Religion und Geschichte an verschiedenen Königsberger Schulen. Nach der Promotion habilitierte er sich mit einer Arbeit über Spinozas Philosophie und wurde Privatdozent an der Philosophischen Fakultät der Albertina. Um aktuelle Themen bemüht, las er Philosophie, Pädagogik, Geschichte und

Literaturgeschichte. Im Jahre 1835 heiratete er Mathilde Schiller, aus der Ehe gingen sechs Kinder hervor.

Privatdozent an der Albertina

Im Jahr 1842 wurde Rupp Divisionspfarrer. Seine Predigten an der Königsberger Schlosskirche hatten einen großen Zulauf und wurden auch gedruckt. Zum Geburtstag Friedrich Wilhelm IV., am 18. Oktober 1842, hielt Rupp eine Festrede in der Deutschen Gesellschaft über den „Christlichen Staat“, der den Völkerfrieden befestige, die Nationen lehre, sich selbst Gesetze zu geben, der keine Herren und Knechte wolle, sondern brüderliche Gleichheit. Die Rede fand viel Zustimmung, es gab auch eine Besprechung durch Karl Rosenkranz, der 1833 Herbart auf Kants Lehrstuhl gefolgt war.

Von Seiten des Konsistoriums unter dem Generalsuperintendenten Ernst Wilhelm Christian Sartorius wurde diese Rede jedoch als ein Angriff auf die staatliche Kirchenpolitik verstanden und Kultusminister Eichhorn ließ Rupp an die Pflichten seines Amtes erinnern. Zur gleichen Zeit wurde Rupp vom Magistrat der Stadt Königsberg zum Direktor des Kneiphöfischen Gymnasiums gewählt. Das Ministerium versagte jedoch der Wahl die Bestätigung. Mit seiner Streitschrift „Der Symbolzwang und die protestantische Lehr- und Gewissensfreiheit“ (1843) verschärfte er seine Position gegenüber dem Konsistorium.

Am 18. Januar 1844 hielt Rupp eine Festrede vor der Deutschen Gesellschaft über „Theodor von Hippel und seine Lehre über den Christlichen Staat“, worauf eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet wurde. Das Konsistorium erteilte einen Verweis „wegen Nichtbeachtung der früheren Mahnung“. Die Bewegung der „Lichtfreunde“ trat zu dieser Zeit in Königsberg auf. Am 9. April 1844 wurde ein Zweigverein der protestantischen Freunde gegründet, Rupp gehörte zum Vorstand des Vereins, der jedoch am 26. August 1844 bereits geschlossen wurde, was Rupp als einen Akt der Gewalt betrachtete. In seiner Predigt vom 29. Dezember 1844 sprach

er über Galater 4, 1-7 zum Thema: „Der christliche Glaube ist der Glaube der Mündigen“ und erklärte, Christ zu sein und die Seligkeit von einer Glaubenssatzung abhängig zu machen, sei miteinander unvereinbar. Das brachte ihm ein Verfahren ein. Das Konsistorium entthob am 17. September 1845 Rupp seines Amtes als Divisionspfarrer wegen wiederholter Verletzung seiner Pflichten.

Sanktionen des Konsistoriums

Noch während der Verhandlungen war Rupp vom Burghofkollegium aufgefordert worden, sich um die Hofprediger-Adjunktenstelle zu bewerben, war auch gewählt worden, vom Konsistorium wurde die Wahl jedoch nicht bestätigt. Inzwischen war es in Königsberg zur Gründung einer Freien Evangelischen Gemeinde gekommen, die wählte Rupp im Januar 1846 zu ihrem Prediger.

In der Zeit der Reaktion verlor Rupp seine Dozentur (1851) und damit seine letzte Tätigkeit außerhalb der Gemeinde, denn den Religionsunterricht an der Schule hatte er nach seiner Entlassung aus dem Amt freiwillig aufgegeben. Die Freie Gemeinde wurde polizeilich überwacht, schließlich geschlossen, sie habe kein Bekenntnis, sondern einen politischen Charakter. Rupp wurde mehrfach mit Strafen belegt, selbst die Freimaurerloge schloss ihn aus. Nach zwei Jahren gelang Rupp die Neugründung der Gemeinde unter dem Namen „Unsere Reli-

gionsgemeinschaft“. Erst mit Beginn der Regentschaft des Prinzen Wilhelm von Preußen (1858), die innenpolitisch einen Kurswechsel durch liberale Minister und die offene Verurteilung des herrschenden kirchlichen Systems brachte, konnte die Gemeinde den Namen „Freie evangelisch-katholische Gemeinde“ annehmen und mit anderen freien Gemeinden einen Bund bilden. Während der Zeit des Verfassungskonflikts war Rupp wieder politisch tätig und gab die Wochenschrift „Der Verfassungsfreund“ heraus. Ab 1863 wirkte er nur noch als Prediger in der Freien Gemeinde, bis ihn 1881 zunehmende Blindheit zwang, seine Tätigkeit zu beenden. Zur Feier des 50. Doktorjubiläums wurde er von der Philosophischen Fakultät der Albertina mit der Erneuerung seines Doktordiploms geehrt.

Das Porträtrelief für das Denkmal des Großvaters war die erste plastische Arbeit der Käthe Kollwitz. Es trug die Inschrift „Wer nach der Wahrheit, die er bekennt, nicht lebt, ist der gefährlichste Feind der Wahrheit selbst“. Und auf Rupp Grabstein stand „Der Mensch ist nicht dazu da, glücklich zu sein, sondern dass er seine Pflicht erfülle“. Das waren sicherlich Leitworte des Theologen und Philosophen, des Politikers und Journalisten Julius Rupp, der am 11. Juli 1884 in Königsberg starb.

Gerd Brausch (erschieden im „Ostpreußenblatt“, Folge 37 vom 15. September 1984, Seite 12)



Steht heute vor dem Dom in Königsberg: Das nach dem Original von Käthe Kollwitz gestaltete Denkmal
Foto: Shaun 92

● AUFGESCHNAPPT

Nach Branchengrößen wie Vaillant und Stiebel Eltron hat nun auch der Heizungsbauer Viessmann Kurzarbeit angemeldet. Grund ist vor allem der massive Einbruch des Absatzes bei Wärmepumpen, der im ersten Quartal 2024 um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Der Verkauf von Biomasse-Anlagen schrumpfte sogar um mehr als 80 Prozent, Gasheizungen lagen bei minus 17 Prozent. Ausgerechnet der Absatz von „klimaschädlichen“ Ölheizungen legte um satte 27 Prozent zu. Viessmann hatte erst vor anderthalb Jahren einen starken US-Partner ins Boot geholt, um große Stückzahlen an Wärmepumpen produzieren zu können. Auslöser für den Schritt waren die großspurigen Ankündigungen von Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck (Grüne), dessen „Gebäudeenergiegesetz“ gewaltige Hoffnungen in der Branche geweckt hatte. Später bezeichnete Habeck sein Gesetz indes als nur „einen Test“, der offenkundig schiefgegangen ist. Nun zeigen sich die wirtschaftlichen Auswirkungen. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Harald Martenstein klagt in der „Welt“ (1. Juli) vor dem Hintergrund ständiger Gewaltexzesse den linken Rassismus gegen weiße Deutsche an:

„Die woken Linken ... haben die rassistische Hackordnung umgedreht und eine neue neorassistische Werteskala entworfen, an deren Ende weiße Jungs stehen, zum Beispiel meine Söhne. Sie werfen die größte Errungenschaft weg, die der Westen besitzt, nämlich die Idee der Menschenrechte: Jeder ist gleich viel wert, egal, wie er oder sie aussieht. Sie sehen nur den Rassismus bei Deutschen. Beim Rassismus der Migranten, von denen viele die schwachen Deutschen verachten (schaut euch die Gewaltvideos an), stellen sie sich blind. Denn sie teilen ihn ja.“

Dass eine Staatssekretärin, die antisemitischem Treiben an Universitäten entgegentreten wollte, von Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) dafür nach linken Protesten entlassen wurde, bringt Jan Fleischhauer im „Focus“ (29. Juni) zu einem weitreichenden Schluss:

„Was die beiden großen, politischen Lager unterscheidet? Zum Beispiel, dass Konservative denken, sie könnten ihre Kritiker besänftigen, indem sie ihnen entgegenkommen. Linke kämen nie auf diese Idee. Sie wissen, wenn sie einknicken, wird ihnen das als Schwäche ausgelegt. Deshalb kämpfen sie bis zum Schluss.“

Ben Brechtken rechnet bei „Nius.de“ (1. Juli) hart mit der Verantwortung der Politik für die migrantische Gewaltwelle in Deutschland ab:

„Täglich wächst die Zahl der Merkel-Ampel-Opfer weiter. Menschenleben um Menschenleben wird auf dem Altar der moralischen Weltrettung geopfert. Weil die uns Regierenden feige waren und sind, mussten und müssen unzählige Bürger bluten. Und jeder Politiker, der für diese offenen Grenzen verantwortlich war und ist, hat dieses Blut auch an seinen Händen.“

Für Klaus-Rüdiger Mai offenbaren die gewaltsamen Ausschreitungen gegen den AfD-Parteitag in Essen und in Frankreich nach dem Le-Pen-Wahlsieg das wahre Gesicht des linken Lagers. Bei „Tichys Einblick“ (1. Juli) schreibt er:

„Man hatte es schon ein wenig verdrängt, das wahre Gesicht der Linken und ihrer Wohlstandsvariante, der Grünen. Doch am Samstag in Essen und gestern in Frankreich zeigten sie wieder ihr wahres Gesicht. Sie reden ständig von Demokratie, aber sie meinen nicht Demokratie, sie meinen nur ihre Macht, ihre Herrschaft, auch ihren immer offener zu Tage tretenden Totalitarismus, denn was demokratisch und was ‚Hass und Hetze‘ ist, bestimmen einzig und allein sie.“

● WORT DER WOCHE

„Wie unendlich korrupt ist der politisch-mediale Komplex im gesamten Westen, der das Schmierentheater um Biden seit vier Jahren durchzieht?“

Gerald Markel am 28. Juni bei „alexander-wallasch.de“ über die Behauptung, dass US-Präsident Joe Biden seinem Amt gewachsen sei

DER WOCHENRÜCKBLICK

Was Walter noch wusste

Warum Gysi seine Wähler nicht mehr findet, und wieso „Demokraten“ gegen Wahlen anrennen

VON HANS HECKEL

Das Entscheidende in der Demokratie sei, dass man „die Menschen abholt“ und „mitnimmt“, erklären unsere Politiker jedes Mal, wenn ihnen schon wieder Millionen von Menschen davongelaufen sind – so wie bei der Europawahl oder in Frankreich beim ersten Durchgang der Parlamentswahlen. Ob sie sich auch ernsthaft fragen, warum das mit dem „Abholen“ und „Mitnehmen“ immer öfter schiefgeht?

Interessante Frage! Eine Antwort lieferte uns Gregor Gysi. Zufälligerweise exakt zu dem Zeitpunkt, als der Verfasser dieser Zeilen ein paar Tage auf Sylt verbrachte, ließ sich der Linkspartei-Star über jene Insel aus, die seit den schrägen Gesängen von Kampen im linken Lager noch ein bisschen verschriener ist als ohnehin schon. Seitdem steht das Eiland nicht mehr nur für „soziale Ausgrenzung“, sondern gilt zudem als Hort des Faschismus. Schlimmer geht's nimmer.

Aber bleiben wir bei Gysi. Beim Talk mit Harald Schmidt erklärt er uns, was er auf Sylt als Inbegriff der sozialen Ungerechtigkeit entdeckt haben will. Früher habe man ärmere Menschen gar nicht erst auf die Insel gelassen, doziert der einstige SED-Chef. Wie müssen wir uns das vorstellen? Ständen Kontrollposten am Hindenburgdamm, um Leute mit zu geringem Einkommen oder Vermögen in den „Push back“ zu schicken? Die Geschichte muss ihm Karl-Eduard von Schnitzler höchstpersönlich erzählt haben, denn nur in dessen legendärer DDR-Sendung „Der schwarze Kanal“ war man beherzt genug, um sich derlei Schwachsinn auszudenken.

Gysi glaubt das offenbar. Und heute? In unseren Tagen grenze man die sozial Schwachen mit den astronomischen Preisen aus, sagt er. Ein normales Essen koste ja schon mindestens 45 Euro. Und die Ausgrenzung zeige Wirkung, weiß der Altkommunist zu berichten: „Am Strand trifft man da gerade drei Leute, und das im August!“

Wo auf der Insel ist der Mann gewesen, um sich seinen „Klassenstandpunkt“ erhärten zu lassen? In Orten wie Westerland oder Wenningstedt, wo wir Durchschnittsdeutsche zumeist Logis nehmen, gewiss nicht. Ein Essen unter 45 Euro ist dort kein Problem, und wer am Strand nur drei Leutchen antreffen will, muss sich im August schon auf eine sehr ausgefallene Tages- oder besser Nacht-

zeit verlegen. Nein, Gutverdiener Gysi weilt wohl eher im noblen Kampen, um mit seinen privilegierten Freunden bei einem sündteuren Mehrgängemenü auf den Kampf für die Gleichheit anzustoßen und danach die Einsamkeit der kilometerlangen Strandidylle nördlich von „Bühne 16“ zu genießen, wo das mit den „drei Leuten“ tatsächlich möglich ist. Zum „Abholen“ findet er da verständlicherweise kaum jemanden.

So steht Gysis Sylt-Anekdote sinnbildlich für die Tragödie der eingebildeten „Abholer“ und „Mitnehmer“: Sie meiden den Kontakt zum „normalen Bürger“ schon fast reflexhaft und tauschen sich nur noch mit Ihresgleichen aus, ohne zu bemerken, wie sie sich in ihrem eigenen kleinen Versailles hinter meterdicken Brandmauern isoliert haben.

Daher verhallt der Aufschrei „Haben die den Schuss nicht gehört?“, der immer mehr Deutschen entfährt angesichts hanebüchener Entscheidungen oder Sprüche ihrer Politiker, ohne Wirkung. Natürlich haben sie den Schuss nicht gehört, die Mauer ist zu dick dafür. Und wenn doch etwas durchschallt, hören sie weg. Das kann ja nur rechter Pöbel sein, den man ignorieren muss.

Wenn „falsch“ gewählt wird

Aber was geschieht, wenn „falsche“ Wahlergebnisse die höfische Idylle stören, weil sich das missgelaunte Volk den Zirkus nicht mehr bieten lassen will? Kein Grund, die Flinte ins Korn zu werfen. In Frankreich sind Tausende Unterstützer des linken Lagers auf die Straße gegangen, um gegen das Wahlergebnis zu demonstrieren. Was wollen sie damit eigentlich erreichen? Etwa, dass das Resultat mit dem Erfolg von Marine Le Pens Partei rückgängig gemacht wird?

Klingt für den Durchschnittseuropäer vollkommen lächerlich, für uns Deutsche jedoch nicht mehr, seitdem bei uns genau das im Frühjahr 2020 durchgezogen wurde – das Rückgängigmachen einer ordnungsgemäß durchgeführten demokratischen Wahl, weil den Mächtigen das Ergebnis nicht passte. Möglicherweise hat Thüringen die Blaupause dafür geliefert, was zu tun ist, wenn das Volk nicht mehr will, wie es soll. Dann kann man sich die Mühen mit dem „Abholen“ und „Mitnehmen“ sparen. Dann wird einfach durchregiert, und wer dagegen aufmuckt, ist eben kein Demokrat.

Auf EU-Ebene tastet man sich bereits vor in die neue Praxis des Regierens unter Miss-

Sie meiden den Kontakt zum „normalen Bürger“ schon fast reflexhaft und isolieren sich in ihrem eigenen kleinen Versailles



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de